

7. DATENAUSTAUSCH MIT DEM BUNDESZENTRALAMT FÜR STEUERN



OSCI® ist eine registrierte Marke
der Freien Hansestadt Bremen

(§§ 139b AO, 39e Abs. 2 EStG)

7.1 Ausgangssituation und Zielsetzung

Gemäß § 139a AO teilt das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) jedem Steuerpflichtigen ein *Identifikationsmerkmal zum Zweck der Identifizierung im Besteuerungsverfahren* zu.¹ Dieses ist bundesweit eindeutig und wird dem Steuerpflichtigen dauerhaft zugeordnet. Bei den Steuerpflichtigen wird unterschieden zwischen *„wirtschaftlich Tätigen“* (diese erhalten eine Wirtschafts-Identifikationsnummer), und natürlichen Personen, für die *„Identifikationsnummern“* vergeben werden. Das Identifikationsmerkmal besteht aus einer Ziffernfolge, die nicht aus anderen Daten über den Steuerpflichtigen gebildet oder abgeleitet werden darf. Es ist bei Anträgen, Erklärungen oder Mitteilungen gegenüber Finanzbehörden anzugeben. Da grundsätzlich jede natürliche Person im Inland steuerpflichtig ist, ist jedem der mehr als 80 Millionen Bundesbürger eine solche Identifikationsnummer (IdNr) zugeteilt worden.

Das BZSt betreibt für diesen Zweck eine Datenbank (im folgenden IdNr-Datenbank), die für alle Steuerpflichtigen die gesetzlich festgelegten Daten enthält (§ 139b Abs. 3 AO). Eindeutiges Kennzeichen ist die genannte IdNr. In der IdNr-Datenbank wird für jeden Steuerpflichtigen ein Teil der Daten gespeichert, die auch in den Melderegistern zu finden sind, siehe § 139b Abs. 6 i. V. m. Abs. 3 AO). Im laufenden Betrieb übermitteln die Meldebehörden dem BZSt bei Geburten und erstmaliger Speicherung von Personen, die noch keine IdNr erhalten haben, die Daten nach § 139b Abs. 6 Satz 1 AO zum Zwecke der Zuteilung einer IdNr (§ 139b Abs. 7 AO). Außerdem werden Änderungen der in § 139b Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 bis 10 AO bezeichneten Daten im Melderegister sowie Sterbefälle übermittelt (§ 139b Abs. 8 AO). Die Daten dürfen ausschließlich für die in § 139b Abs. 4 AO genannten Zwecke genutzt werden, jede darüber hinaus gehende Nutzung ist untersagt (§ 139b Abs. 5 AO).

Darüber hinaus speichert das BZSt in der IdNr-Datenbank zu den in § 139b Abs. 3 AO genannten Daten die in § 39e Abs. 2 Nr. 1 bis 3 EStG aufgeführten Daten hinzu. Gemäß § 39e Abs. 2 Satz 2 EStG übermitteln die Meldebehörden diese Daten und deren Änderungen im Melderegister. In diesem Kapitel der Spezifikation wird der laufende Betrieb, die Übermittlung der Tagesdaten beschrieben. Die erstmalige Übermittlung der Daten nach § 39e Abs. 2 Nr. 1 bis 4 EStG wird in [Abschnitt 13 auf Seite 651](#) der Spezifikation dargestellt.

1. Diese Datenübermittlung erfolgt auch für alle Personen, die im Melderegister geführt werden, obwohl sie nicht meldepflichtig sind

Tabelle 7-1: Datenfelder in der BZSt-Datenbank für natürliche Personen

Nr.	Inhalt	MRRG	XMeld (ggf. Rolle)
1	Identifikationsnummer	§ 2 Abs. 2 Nr. 7	Steueridentifikation
2	Wirtschafts-Identifikationsnummer	<i>Wird im Melderegister nicht gespeichert; ist nicht Gegenstand der Datenübermittlung zwischen Meldebehörden und dem BZSt.</i>	
3	Familienname	§ 2 Abs. 1 Nr. 1	NameNatuerlichePerson (Familienname, Ehepartnername, Lebenspartnername)
4	Frühere Namen	§ 2 Abs. 1 Nr. 2	NameNatuerlichePerson (Geburtsname)
5	Vornamen	§ 2 Abs. 1 Nr. 3	NameNatuerlichePerson (Vornamen, Rufname)
6	Doktorgrad	§ 2 Abs. 1 Nr. 4	NameNatuerlichePerson (Doktorgrad)
8	Tag und Ort der Geburt	§ 2 Abs. 1 Nr. 6	Geburt
9	Geschlecht	§ 2 Abs. 1 Nr. 7	Geschlecht
10	gegenwärtige oder letzte bekannte Anschrift	§ 2 Abs. 1 Nr. 12	Wohnung bzw. Anschrift (siehe unten)
11	Tag des Ein- und/oder Auszugs, Datum des Wohnungsstatuswechsels	§ 2 Abs. 1 Nr. 13	Wohnung bzw. Anschrift (siehe unten)
12	Übermittlungssperre	§ 2 Abs. 1 Nr. 18	Auskunftssperre
13	zuständige Finanzämter	<i>Wird im Melderegister nicht gespeichert; ist nicht Gegenstand der Datenübermittlung zwischen Meldebehörden und dem BZSt.</i>	
14	Sterbetag	§ 2 Abs. 1 Nr. 19	Tod
15	Zugehörigkeit zu einer steuererhebenden Religionsgemeinschaft und Datum des Ein- und Austritts	§ 2 Abs. 1 Nr. 11	Religion
16	Familienstand und Datum	§ 2 Abs. 1 Nr. 14	Familienstand
17	Steueridentifikation des Ehegatten	§ 2 Abs. 2 Nr. 7	PlausibilisierteSteueridentifikation
18	Steueridentifikation des in der Gemeinde des Elternteils mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldeten Kindes	§ 2 Abs. 2 Nr. 7	PlausibilisierteSteueridentifikation

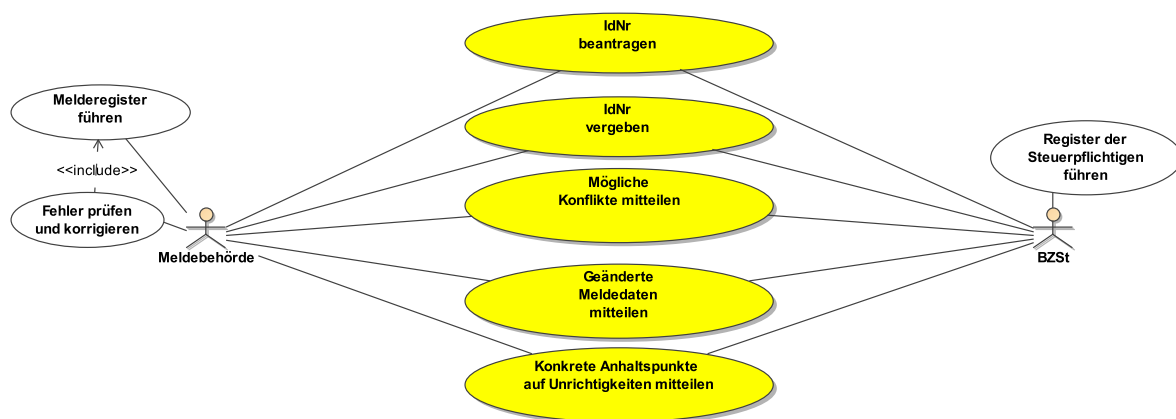
Die Meldebehörden haben dem BZSt für Zwecke der erstmaligen Zuteilung der IdNr die initialen Daten der in ihren Melderegistern geführten Einwohner mitzuteilen (Geburten und erstmaliger Zuzug aus dem Ausland § 139b Abs. 6 Satz 1 AO). Dabei wird unter Meldebehörde in diesem Kapitel grundsätzlich die Meldebehörde der Haupt- oder alleinigen Wohnung verstanden. Die Meldebehörde einer Nebenwohnung kommuniziert nicht mit dem BZSt.

Das BZSt teilt jedem Steuerpflichtigen eine IdNr zu und übermittelt diese den Meldeämtern zur Speicherung im Melderegister.

Die Meldebehörden sind verpflichtet, Änderungen der Daten nach § 139b Abs. 8 AO und § 39e Abs. 2 Nr. 1 – 3 EStG in Verbindung mit § 5c 2. BMeldDÜV dem BZSt mitzuteilen. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Datenbestände zwischen den dezentral geführten Melderegistern und der BZSt-Datenbank konsistent sind und bleiben. Es sind über 10 Mio. Geschäftsvorfälle im Jahr zu verarbeiten. Das BZSt unterrichtet nach § 139b Abs. 9 AO die Meldebehörden, wenn ihm konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit der ihm von den Meldebehörden übermittelten Daten vorliegen. Wenn der Meldebehörde diese konkreten Anhaltspunkte vorliegen, ermittelt sie nach § 4a MRRG den Sachverhalt von Amts wegen.

Insgesamt ergeben sich die in [Bild 7-1](#) dargestellten Verantwortlichkeiten, wobei die farblich unterlegten Usecases Bestandteil dieser Spezifikation sind.

Bild 7-1 Akteure und Verantwortlichkeiten der Datenübermittlung nach § 139b AO und § 39e EStG



Dieses Dokument beschreibt die für die Kommunikation zwischen Meldebehörden und BZSt anzuwendenden Prozessmodelle und Nachrichten. Es werden alle in § 139b AO und § 39e Abs. 2 EStG genannten Geschäftsvorfälle unterstützt. In diesem Sinne ist dieses Kapitel der OSCI–XMeld Spezifikation vollständig.

7.1.1 Vermeidung der Durchbrechung des Prinzips der Einheitlich- und Dauerhaftigkeit

Die Konsistenz der BZSt-Datenbank und der dezentral geführten Melderegister wird durch die Führung und Übermittlung der bei den Meldebehörden gespeicherten IdNrn gewährleistet. Diese IdNrn wandern bei einem Umzug des Einwohners innerhalb Deutschlands mit.

Aufgrund der derzeitigen Rechtslage (§ 10 Abs. 2 MRRG) hat die Meldebehörde bei einem Verzug des Einwohners ins Ausland oder nach unbekannt jedoch die IdNr *„unverzüglich“* zu löschen.¹ Damit wäre bei einem erneuten Zuzug dieses Einwohners aus dem Ausland diese Information nicht mehr vorhanden und es müsste eine Neubeantragung der IdNr beim BZSt durchgeführt werden. Grundsätzlich würde hier ein erneuter Prüfungsmechanismus einsetzen, der zum einen eine eigentlich vermeidbare Dublettenprüfung hervorbrächte, zum anderen aber auch die doppelte Anlage ein- und desselben Steuerpflichtigen in der BZSt-Datenbank zur Folge haben könnte. Neben einem erhöhten Aufwand für die Melde- und Finanzbehörden widerspräche dies dem Grundsatz der Einheitlichkeit und der Dauerhaftigkeit der Vergabe der IdNr.

1. Aus der Begründung der TaskForce vom 11.12.2006 zu dieser Sachlage: *„Die Problemstellung soll im Rahmen der Vorarbeiten für ein Bundesmeldegesetz aufgegriffen und vertieft erörtert werden.“*

Aus diesem Grund wird folgende Regelung getroffen:

Aufgrund der derzeitigen Rechtslage (§ 10 Abs. 2 MRRG) hat die Meldebehörde nach dem Wegzug und der Auswertung der Rückmeldung oder dem Tod einer Person verschiedene Daten unverzüglich zu löschen. Zu diesen Daten zählen auch das VBM und die IdNr.

Vor dem Hintergrund der bestehenden Gefahr des unwiederbringlichen Datenverlustes durch automatisierte Prozessabläufe scheint es vertretbar, wenn die Datenlöschung mit einem gewissen Zeitverzug nach Versendung der Rückmeldungsauswertungsnachricht 0203 erfolgt. Hintergrund dafür ist, dass die an das BZSt übersandte Nachricht 0504 dort auch bestimmte Prüfungsprozesse durchläuft und die Mitteilung eines eventuellen Konflikt- oder Problemfalls ebenfalls mit Zeitverzug bei der Meldebehörde eintreffen kann. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Betroffene an der Klärung eines derartigen Falles nur beteiligt werden kann, wenn er bereits einmal eine IdNr erhalten hat.

Die Frist für das jeweilige Lösungsgebot ist auf Landesebene festzulegen.

7.2 Übersicht über den Ablauf

In dieser Übersicht über den Ablauf werden die wesentlichen Entwurfsentscheidungen und Prinzipien dargestellt, anhand derer die Abläufe und Nachrichten entworfen worden sind.

7.2.1 Zuständigkeiten

Gemäß § 139b AO und § 39e Abs. 2 EStG übermitteln Meldebehörden Daten der Betroffenen an das BZSt. Bei anschließenden Änderungen an den Daten des Betroffenen informiert die zuständige Meldebehörde das BZSt, damit die Änderungen auch im Register der Steuerpflichtigen nachgezogen werden.

In dem Design der Prozessmodelle und Nachrichten wirkt sich das so aus, dass das BZSt grundsätzlich die von den Meldebehörden übermittelten Anforderungen („IdNr vergeben!“, „Daten ändern!“) durchzuführen hat, wenn die Nachricht nicht offensichtlich fehlerhaft ist. Die Möglichkeiten der inhaltlichen Prüfung der Nachrichten auf Seiten des BZSt sind nach jetzigem Kenntnisstand sehr begrenzt. Trotzdem wird das BZSt aktiv gegenüber und mit den Meldebehörden tätig werden. Dies ist in zwei Konstellationen denkbar bzw. erforderlich:

1. Stellt das BZSt im Rahmen einer Anforderung einer IdNr mittels eines Datenabgleichs in der BZSt-Datenbank fest, dass es bereits Datensätze mit (fast) identischen persönlichen Daten gibt, so könnte dies auf eine „Dublette“ hindeuten. Der Betroffene wäre irrtümlich in mehr als einer Gemeinde mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldet. Das BZSt vermutet einen Fehler in den Melderegistern und bittet die Meldebehörde, die im laufenden Betrieb eine IdNr beantragt, unter Bezug auf § 4a MRRG um Klärung von Amts wegen. Dies ist im [Abschnitt 7.2.3 auf Seite 419](#) näher erläutert.

Das Entwurfsprinzip „Meldebehörden sind führende Systeme“ wird also dahingehend angewendet, dass das BZSt die den Konflikt auslösende Meldebehörde auffordern kann, ihre Anforderung noch einmal zu überprüfen und das Ergebnis der Prüfung mitzuteilen.

2. Neben der Prüfung auf mögliche Dubletten teilt das Bundeszentralamt für Steuern der Meldebehörde mit, wenn diese unplausible oder vermutlich inkonsistente Daten übermittelt hat.

7.2.2 Die Vergabe der Identifikationsnummern

Das Verfahren der erstmaligen Zuteilung (Initialdaten) der IdNr an mehr als 80 Millionen in Deutschland gemeldete Personen ist abgeschlossen und durch den Produktivbetrieb abgelöst worden.

7.2.2.1 Prüzfifferberechnung für die IdNr nach § 139b AO

Die Identifikationsnummer (IdNr) besteht aus einer elfstelligen Ziffernfolge, die elfte Stelle ist eine Prüzfiffer. Betrachtet man die IdNr ohne Prüzfiffer, dann kommt immer eine der zehn Ziffern zweimal vor (obligatorische Ziffernwiederholung). Die restlichen acht Ziffern sind jeweils einmal enthalten. Die erste Stelle der IdNr wird nie mit der Ziffer 0 belegt.

Ausnahme: Für Testzwecke ist vom BZSt ein eigener Nummernkreis von IdNrn vorgesehen. IdNrn zu Testzwecken beginnen zur Unterscheidung von produktiven IdNrn immer mit einer Null (0). Diese IdNrn werden beispielsweise im Test des Elster-Verfahrens und in den XMeld-Referenznachrichten eingesetzt.

Beispiele:

IdNr ohne Prüfziffer	doppelte Ziffer	einfache Ziffern
4895437120	4	8, 9, 5, 3, 7, 2, 1, 0
5549267083	5	4, 9, 2, 6, 7, 0, 8, 3

Die Prüfziffer berechnet sich wie folgt (Algorithmus in Pseudo-Code):

```

cj stehe für eine der Ziffern c1 bis c10,
pz ist die Prüfziffer,
j, produkt, summe bezeichnen Hilfsfelder.
begin
  produkt := 10
  summe := 0
  for j = 1 to 10 step 1
    summe := (cj + produkt) mod 10
    if summe = 0
      then summe := 10
    end-if
    produkt := (2 * summe) mod 11
  end-for
  pz := 11 - produkt
  if pz = 10
    then pz := 0
  end-if
end.

```

7.2.2.2 Das vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM)

Für jede Person, die geboren wird oder aus dem Ausland zuzieht, vergibt die Meldebehörde ein eindeutiges VBM. Anschließend wird unter Angabe des VBM für den Betroffenen die Vergabe einer IdNr beim BZSt beantragt. Jegliche weitere Kommunikation zwischen Meldebehörden und dem BZSt erfolgt nunmehr unter Bezug auf dieses VBM. Wenn das BZSt für den Betroffenen eine IdNr vergeben hat, teilt sie dies der zuständigen Meldebehörde mit. Dort wird dann das VBM durch die IdNr ersetzt. (Das VBM wird im Melderegister gelöscht, stattdessen wird die IdNr gespeichert).

Wenn ein Betroffener in der Zeit zwischen der Beantragung einer IdNr und der Vergabe durch das BZSt umzieht und dadurch eine andere Meldebehörde zuständig wird, dann "wandert das VBM mit dem Betroffenen" zu der nunmehr zuständigen Meldebehörde. Dies erfolgt im Rahmen der Rückmeldung. Gleichzeitig wird dem BZSt unter Angabe des VBM die nunmehr für den Betroffenen zuständige Meldebehörde mitgeteilt. Das BZSt ist dadurch in der Lage, die neu vergebene IdNr der jeweils zuständigen Meldebehörde mitzuteilen. Die sichere Identifikation des Betroffenen auf Seiten der Meldebehörde erfolgt mittels des VBM.

7.2.3 Dubletten und Konflikte

Stellt das BZSt im Rahmen einer Neuansforderung einer IdNr mittels eines Datenabgleichs in der BZSt-Datenbank fest, dass es mindestens einen weiteren aktiven Datensatz mit (fast) identischen Daten der Person in einer anderen Meldebehörde gibt, so könnte dies auf eine "Dublette" hindeuten. Möglicherweise ist der Betroffene in mehr als einer Gemeinde mit Haupt- oder alleiniger Wohnung aktiv gemeldet.

In mindestens einem der Melderegister könnte dann eine Korrektur erforderlich sein. Es ist allerdings keineswegs sicher, dass es sich wirklich um ein und dieselbe Person handelt. Es kann auch eine vollständige Übereinstimmung von Daten zweier verschiedener Personen vorliegen.

Das BZSt generiert in diesen Situationen einen Konfliktfall. Jeder Konfliktfall wird eindeutig identifiziert (`type.bzst.konfliktmanagement`) und der den Konflikt auslösenden Meldebehörde übermittelt. Das BZSt kann die Konflikte nicht eigenständig klären, aber es ist zuständig für die Begleitung der Klärung der beteiligten Meldebehörden untereinander.

Durch den Empfang einer Nachricht von einer Meldebehörde wird im BZSt ein möglicher Konfliktfall ausgelöst. Daraufhin verschickt das BZSt an die auslösende Meldebehörde eine Nachricht `datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503`, wodurch diese Meldebehörde für die Klärung des Sachverhalts zuständig ist.

Die Prüfung bei der auslösenden Meldebehörde kann ergeben:

a. Es handelt sich um eine weitere Person, die richtigerweise in dem anderen Melderegister geführt wird:

In diesem Fall liegt keine Dublette vor, die anderen Meldebehörden sind nicht betroffen und haben daher nichts weiter zu veranlassen. Die auslösende Meldebehörde teilt durch Übersendung einer Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509` ihre Zuständigkeit für diese (neue) Person mit. Hier darf keine Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512` übermittelt werden, da damit die eigene Anforderung einer IdNr storniert wird.

b. Die Meldebehörde ist nicht zuständig:

Die Klärung hat ergeben, dass die auslösende Meldebehörde nicht für die Person zuständig ist (z. B. irrtümliche Anmeldung mit Hauptwohnung). Dies teilt sie dem BZSt mit einer Nachricht `datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511` mit. Die anderen Meldebehörden haben daher nichts weiter zu veranlassen.

c. Dieselbe Person ist bereits bei einer anderen Meldebehörde gespeichert:

Falls die auslösende Meldebehörde im Rahmen der Klärung feststellt, dass die Person, für die eine IdNr beantragt worden ist, bereits bei einer anderen Meldebehörde registriert ist, storniert sie mit einer Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512` ihre IdNr-Beantragung. Stattdessen gibt sie dem BZSt (z. B. nach dem Rückmeldeprozess) diejenige IdNr bekannt, welche weiterhin geltend sein soll. Die weiterhin geltende IdNr wird dem BZSt in der `datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512` zwar mitgeteilt, jedoch noch nicht in das Melderegister übernommen. Nach Erhalt der `datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512` teilt das BZSt die IdNr in der `datenuebermittlung.antwortidnr.0501` der Meldebehörde mit. Diese kann dadurch sicher sein, dass die `datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512` im BZSt eingegangen und bearbeitet worden ist.

Hier darf keine Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509` übermittelt werden, da ansonsten eine zweite IdNr zur selben Person angefordert wird.

7.2.4 Änderung persönlicher Daten des Betroffenen

Eine Nachricht zur Änderung der persönlichen Daten des Betroffenen erfolgt grundsätzlich immer unter Angabe des VBM oder der IdNr des Betroffenen.

Es wird stets der gesamte Datensatz mit den aktuellen Daten nach Änderung übermittelt. Bei einer Fortschreibung werden in der BZSt-Datenbank alle vorhandenen Daten des Betroffenen durch die in der Nachricht befindlichen aktuellen Daten ersetzt. (Im Rahmen der §§ 139b AO und 39e Abs. 2 EStG speichert das BZSt die durch die Änderung inaktuell gewordenen Daten.)

Änderungsnachrichten dürfen nur durch die für den Betroffenen zuständige Meldebehörde an das BZSt übermittelt werden. Änderungsnachrichten von nicht zuständigen Meldebehörden werden vom BZSt zurückgewiesen.

Die Ummeldung / der Statuswechsel innerhalb der Gemeinde führt nicht zu einem Wechsel der für den Betroffenen zuständigen Meldebehörde. Dieser Geschäftsvorfall wird daher als normale Änderungsnachricht übermittelt. Die neue Anschrift ist Bestandteil der aktuellen Daten des Betroffenen.

Ein gemeindeübergreifender Umzug/Statuswechsel führt zu einem Wechsel der Zuständigkeiten. Dieser Geschäftsvorfall wird daher mit einer anderen Nachricht mitgeteilt, in der die Meldebehörde der neuen Gemeinde das BZSt darüber informiert, dass sie ab jetzt für den Betroffenen zuständig ist. Die neue Anschrift des Betroffenen ist Bestandteil dieser Nachricht.

7.3 Der Ablauf im Detail

7.3.1 Das vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM) und die Vergabe der IdNr

1. Stellt eine Meldebehörde fest, dass ein Betroffener noch keine IdNr hat, so muss sie entsprechend § 139b Abs. 7 eine Nachricht mit den Daten des Betroffenen an das BZSt senden. Sie wird eine Antwortnachricht erhalten, in der die vom BZSt vergebene IdNr des Betroffenen enthalten ist. Um die eindeutige Zuordnung dieser IdNr an den Betroffenen sicherzustellen, vergibt die Meldebehörde daher in einem ersten Schritt ein (bundesweit eindeutiges!) vorläufiges Bearbeitungsmerkmal (VBM) für den Betroffenen.
2. Dieses VBM wird an das BZSt übermittelt. Das BZSt wird eine IdNr vergeben und sie der Meldebehörde mitteilen.
3. In der Zwischenzeit (also in der Zeit von der Vergabe des VBM durch die Meldebehörde bis zur Übermittlung der IdNr des Betroffenen vom BZSt an das dann zuständige Meldeamt) wird das VBM des Betroffenen wie dessen IdNr behandelt:
 - a. Es wird im Melderegister gespeichert.
 - b. Es wird bei Umzügen des Betroffenen im Rahmen der Rückmeldung von der Wegzugs- an die Zuzugsmeldebehörde übermittelt.
 - c. Bezüglich datenschutzrechtlicher Regelungen gelten die gleichen Regelungen wie bei der IdNr.
4. Sobald die vom BZSt übertragene IdNr im Melderegister eingetragen worden ist, wird die IdNr anstelle des VBM verwendet. Für einen Übergangszeitraum, dessen Länge noch zu definieren ist, können im Melderegister VBM und IdNr parallel gespeichert werden. In den Nachrichten (mit Ausnahme der Nachricht **datenuebermittlung.antwortidnr.0501**) wird, sobald bekannt, nur die IdNr übertragen, bis zu diesem Zeitpunkt nur das VBM.
5. Benötigt die Meldebehörde nach Buchung einer Rücknahme
 - der Abmeldung ins Ausland,
 - der Abmeldung von Amts wegen,
 - der Abmeldung nach unbekannt
 - des Todes der Personauf Grund der gesetzlich vorgeschriebenen Löschung des VBM oder der IdNr erneut die Zuteilung einer IdNr vom BZSt, so übermittelt sie wiederum eine Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500**.

7.3.1.1 Anfrage der IdNr für den auswärtigen Ehegatten

Die Speicherung der IdNr für den Ehegatten (DSMeld-Blatt 2703) mit Haupt- oder alleiniger Wohnung in der gleichen Gemeinde kann in der Regel automatisch erfolgen, sobald die IdNr für den Ehegatten als gemeldete Person gespeichert wird. Für die Fälle, in denen der Ehegatte nicht in der gleichen Gemeinde gemeldet ist, stellt das Bundeszentralamt für Steuern ein automatisiertes Anfrageverfahren zur Ermittlung der IdNr des Ehegatten aufgrund seiner Identifikationsdaten (Name, Geburtsdatum, AGS der Wohnung) zur Verfügung. Bei einer eindeutigen Übereinstimmung der übermittelten Identifikationsdaten des Ehegatten liefert das BZSt die IdNr zurück.

Dieses Verfahren kommt zum Einsatz

1. wenn der Ehegatte zum Zeitpunkt der Eheschließung nicht in derselben Gemeinde gemeldet ist,
2. im Falle eines Zuzugs nur eines Ehegatten in die Gemeinde,
3. zur Ermittlung nicht bekannter IdNrn auswärtiger Ehegatten im Bestand

Die Anwendung des automatisierten Anfrageverfahrens durch Versand der OSCI-XMeld-Nachricht **datenuebermittlung.anfrageidnrauswaertigerehegatte.0518** soll in der Regel ohne Zutun des Sachbearbeiters ausgelöst werden. Insbesondere nach Eheschließung oder Zuzug mit auswärtigem Ehegatten ist die Anfrage möglichst kurzfristig auszulösen. Darüber hinaus sollte eine turnusmäßige – z. B. monatliche – Anwendung auf die Bestandsfälle mit auswärtigen Ehegatten ohne IdNr erfolgen.

Das Hinzuspeichern der vom BZSt mit der Nachricht 0519 gelieferten IdNr im Falle eines eindeutigen Treffers sollte in der Regel automatisiert und ohne Zutun des Sachbearbeiters erfolgen.

Bei einem Treffer trotz abweichender Namensschreibweise wird die vom BZSt gespeicherte Namensschreibweise der anfragenden Meldebehörde gemäß § 139b Abs. 9 AO mitgeteilt. In diesem Fall ist dem Sachbearbeiter diese Abweichung anzuzeigen. Der Sachbearbeiter prüft den Fall auf eine Unrichtigkeit im Melderegister und ändert ggf. die Daten zum Ehegatten. Sollte die Anfrage zu keinem eindeutigen Ergebnis führen, wird dies der Gemeinde ebenfalls mit der Nachricht 0519 mitgeteilt, ohne dass der Sachbearbeiter auf diese Nachricht reagieren muss. Eine erneute Anfrage mit identischen Daten würde ebenfalls zu keinem eindeutigen Ergebnis führen.

Das Anfrageverfahren wird in der Regel von beiden beteiligten Meldebehörden angewendet: Ist in Gemeinde A eine Person X mit auswärtigem Ehegatten Y in Gemeinde B gemeldet, so ist in Gemeinde B zu Person Y ein auswärtiger Ehegatte X gemeldet. Sollte dabei nur eine der beiden Meldebehörden eine IdNr ermitteln können, so wird das Bundeszentralamt für Steuern die andere Meldebehörde über die Nachricht **datenuebermittlung.hinweisaufinkonsistenz.0516** darauf hinweisen. Dabei werden die IdNrn sowie die Identifikationsdaten beider Ehegatten mitgeliefert, woraufhin auch die andere Meldebehörde ihr Register, nach Prüfung durch den Sachbearbeiter, vervollständigen kann.

Für die Fälle, in denen keine der beteiligten Meldebehörden die IdNr des jeweils auswärtigen Ehegatten ermitteln konnte, müssen die Klärung des Sachverhalts im Bedarfsfall und die Übermittlung der IdNr an die Meldebehörde (z. B. durch eine Mitteilung des Finanzamts) außerhalb von OSCI-XMeld geregelt werden.

7.3.1.2 Das VBM und die Mitteilung der IdNr für den auswärtigen Ehegatten

Ist bei einer Meldebehörde zu einem auswärtigen Ehegatten nur ein vorläufiges Bearbeitungsmerkmal bekannt (der auswärtige Ehegatte ist mit Haupt- oder alleinigem Wohnsitz in einer anderen Gemeinde gemeldet), so teilt das BZSt der Meldebehörde des anderen Ehegatten die IdNr des auswärtigen Ehegatten mit, sobald für diese Person eine IdNr vergeben wird, da die IdNr des Ehegatten dieser Meldebehörde sonst nicht bekannt werden würde. D.h.: bei Zuteilung einer IdNr für eine Person wird vom BZSt neben der Nachricht **datenuebermittlung.antwortidnr.0501** an die Meldebehörde der HW-/AW-Gemeinde darüber hinaus eine Nachricht **datenuebermittlung.zuteilungidnrehegatteausserhalb.0517** an die Meldebehörde der abweichenden Gemeinde versendet, in der diese Person mit VBM als Ehegatte eingetragen ist.

Beispiel: Die Ehegatten A und B sind in Frankfurt gemeldet, für B ist aufgrund eines offenen Konfliktes nur ein vorläufiges Bearbeitungsmerkmal gespeichert. B verzieht nach Hamburg. Erst danach wird der Konflikt aufgelöst, und Hamburg wird per Nachricht **datenuebermittlung.antwortidnr.0501** die IdNr für B mitgeteilt. Das BZSt teilt Frankfurt die IdNr des auswärtigen Ehegatten B mit der Nachricht **datenuebermittlung.zuteilungidnrehegatteausserhalb.0517** ebenfalls mit. Diese Nachricht ist notwendig, da ansonsten in Frankfurt bei der Person A weiterhin das vorläufige Bearbeitungsmerkmal für B als Steueridentifikation des Ehegatten gespeichert wäre.

Falls die Meldebehörde die Nachricht **datenuebermittlung.zuteilungidnrehegatteausserhalb.0517** erhält, obwohl sie für die in der Nachricht genannte betroffene Person (Element **steueridentifikation.betroffener**) nicht zuständig ist, so übermittelt die Meldebehörde die Nachricht **datenuebermittlung.nichtmehrzustandigkeit.0513** für diese Person.

Anhand des obigen Beispiels: Frankfurt erhält eine Nachricht 0517 mit der Aufforderung im Datensatz der Person A das VBM durch die IdNr. des Ehegatten B zu ersetzen. Person A ist aber in der Zwischenzeit verzogen und Frankfurt deshalb nicht mehr zuständig, deswegen übermittelt Frankfurt eine Nachricht 0513 für Person A mit Schlüssel 0517 an das BZSt.

7.3.2 Kommunikation zwischen Meldebehörden und dem BZSt

Die Meldebehörde vergibt im Rahmen der Erfassung der Person (Geburt, Zuzug aus dem Ausland) ein VBM.

Anschließend sendet sie eine Nachricht `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500` zur Anforderung der IdNr, die im Regelfall durch das BZSt mit der Nachricht `datenuebermittlung.antwortidnr.0501` beantwortet wird, in der die festgelegte IdNr mitgeteilt wird.

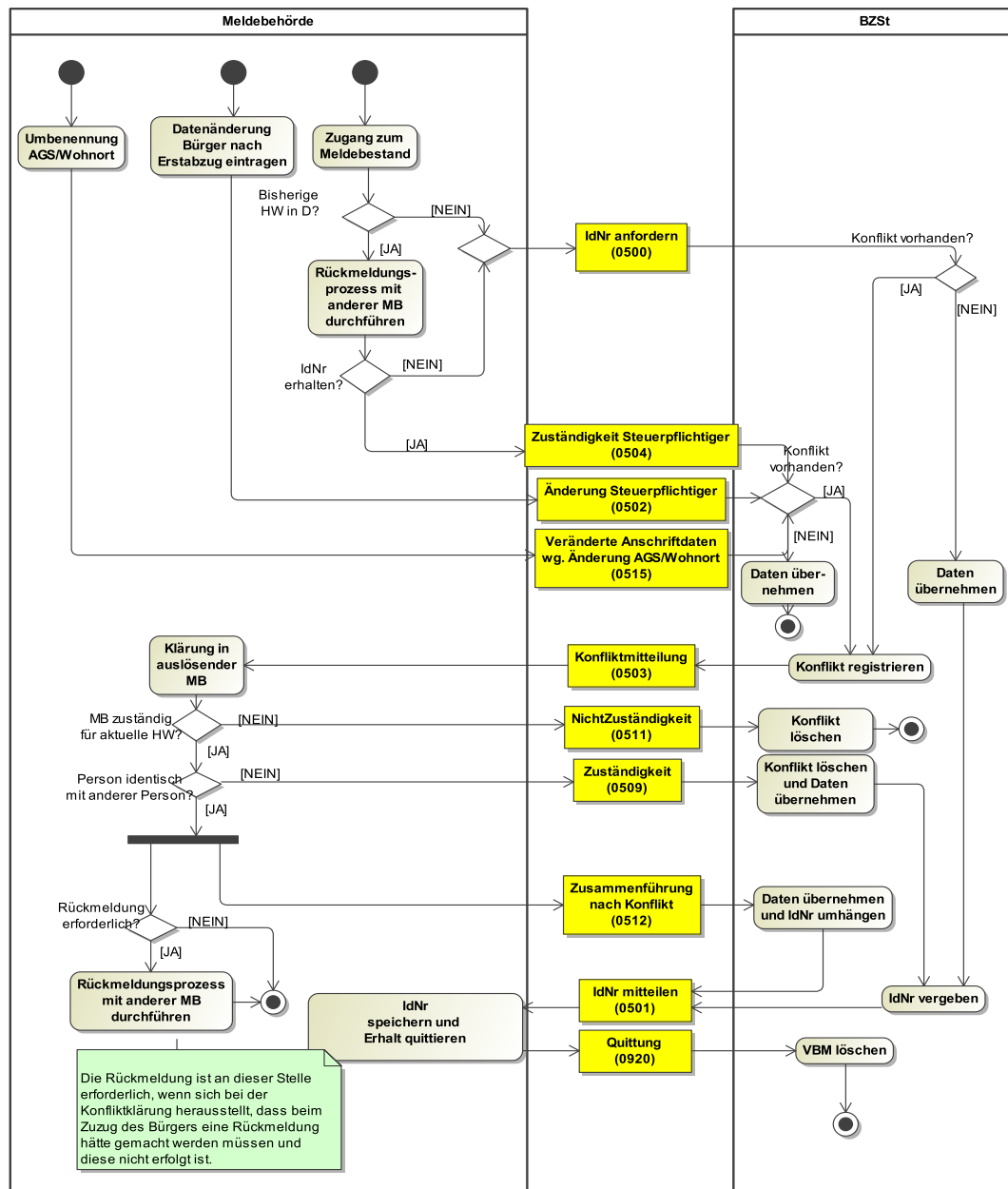
Abweichungen zu dieser Regel wird es geben, wenn bei der Prüfung durch das BZSt Hinweise darauf erkannt werden, dass die betroffene Person bereits im Bestand gespeichert ist. In diesem Fall wird die anfordernde Meldebehörde über den Sachverhalt mit einer Nachricht `datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503` informiert und zur Klärung aufgefordert. Der Ablauf der Konfliktbearbeitung ist in [Abschnitt 7.3.13 auf Seite 437](#) beschrieben.

Da der Klärungsprozess eine bestimmte Zeitspanne in Anspruch nimmt, ist es natürlich möglich, dass sich zum betrachteten Datensatz Änderungen ergeben. Deshalb muss die Meldebehörde unabhängig von den Aktivitäten der Klärung alle in der Folge aufgeführten Nachrichten des Regelbetriebes an das BZSt übersenden. Mitgeteilt werden muss also die Änderung der Daten mit der Nachricht `datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502` oder das Ende der Zuständigkeit mit der Nachricht `datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510`. Wechselt die Zuständigkeit zur Person, muss auch die neu zuständige Behörde eine Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504` übersenden. Sofern eine Gemeinde abgespalten wird oder eine Aufspaltung einer Gemeinde in mehrere neue Gemeinden erfolgt, werden die dadurch veränderten Anschriftdaten dem BZSt mit der Nachricht `datenuebermittlung.umbenennungagswohnort.0515` mitgeteilt, siehe auch [Abschnitt 7.3.15 auf Seite 439](#).

Hinweis: Da nach einem Wiederezug aus dem Ausland bei keiner Meldebehörde mehr die IdNr des Betroffenen gespeichert ist, darf folglich auch keine Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504` geschickt werden (siehe auch [Abschnitt 7.3.12 auf Seite 437](#)). Statt dessen ist eine Neubeantragung mit der Nachricht `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500` durchzuführen (eine Zuständigkeitserklärung `datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504` setzt *immer* das Vorhandensein einer IdNr voraus).

In [Bild 7-2 auf Seite 424](#) ist der grundsätzliche Kommunikationsprozess dargestellt.

Bild 7-2 Der grundsätzliche Kommunikationsprozess



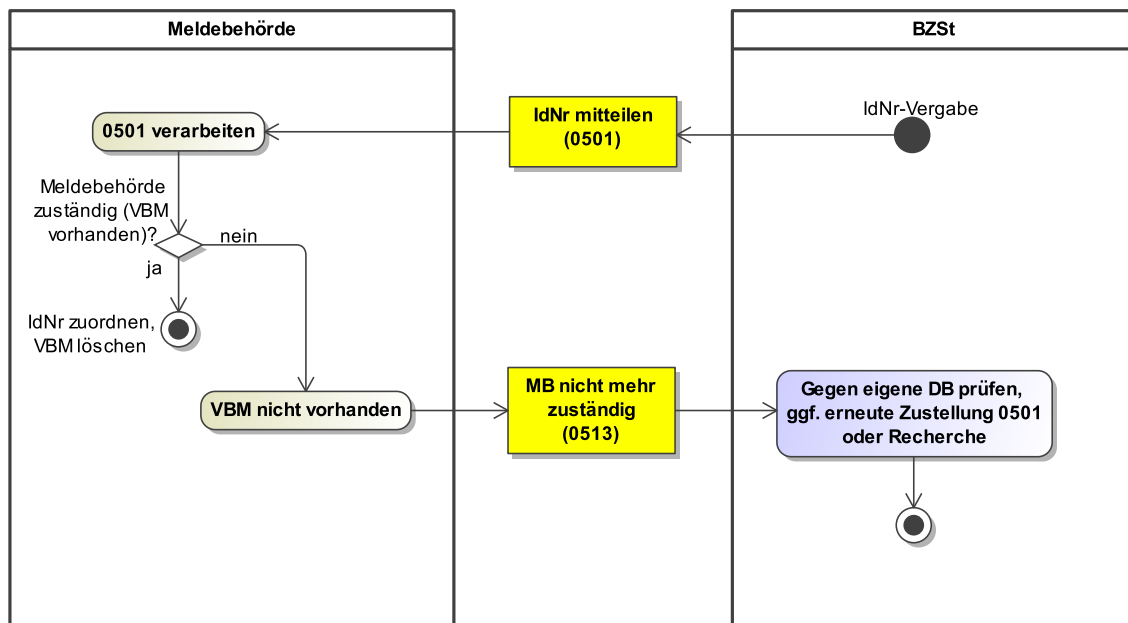
7.3.2.1 Die Nichtzuordenbarkeit des VBM / der IdNr im Melderegister

Sollte die Meldebehörde die Nachricht `dateneuebermittlung.antwortidnr.0501` des BZSt erhalten, obwohl sie nicht mehr zuständig ist, so reagiert sie darauf mit der Nachricht `dateneuebermittlung.nichtmehrzustandigkeit.0513`.

Da mit dem Ende der Zuständigkeit die Meldebehörde das VBM resp. die IdNr löscht, kann sie auch keine Zuordnung aus der Nachricht `dateneuebermittlung.antwortidnr.0501` im Melderegister vornehmen.

Daher enthält die Nachricht `dateneuebermittlung.nichtmehrzustandigkeit.0513` den Inhalt der Nachricht `dateneuebermittlung.antwortidnr.0501`.

In Bild 7-3 auf Seite 425 ist dargestellt, wie bei Nichtzuordenbarkeit verfahren wird.

Bild 7-3 “Nichtzuordenbarkeit” des VBM / der IdNr im Melderegister

7.3.2.2 Die Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung an den Bürger

Nach der Vergabe der IdNr wird dem Einwohner diese einschließlich der beim BZSt gespeicherten Daten per Briefpost mitgeteilt. Sollte der Brief nicht an die angegebene Adresse zustellbar sein, so erfolgt keine Nachsendung sondern die Weiterleitung des Briefes an die für diese Adresse zuständige Meldebehörde (Hierzu wird insbesondere auch auf den Kommentar im Kindelement **ruecksendeinfo-nichtzustellbarkeit** der Nachrichten **dateneuebermittlung.anforderungidnr.0500**, **dateneuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502** und **dateneuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** verwiesen.) Die Bearbeitung der Briefe durch die Meldebehörde erfolgt im Rahmen der Amtshilfe.

Es ist davon auszugehen, dass die Nachricht **dateneuebermittlung.antwortidnr.0501** vor dem Zustellungsversuch beim Einwohner bei der zuständigen Meldebehörde eingeht. Sollte die IdNr-Benachrichtigung an den Bürger nicht zugestellt werden können, obwohl die Meldebehörde während der IdNr-Zuteilung (noch) zuständig war, so muss sie dieses dem BZSt mitteilen. Für die Nichtzustellbarkeit kann es mehrere Gründe geben:

- nicht beschrifteter Briefkasten
- nicht vorhandener oder nicht gefundener Briefkasten
- Steuerpflichtiger ist zwischenzeitlich weggezogen oder verstorben
- fehlende Hinweise auf frühere Gemeindenamen
- etc

Dies stellt die Meldebehörde aber erst fest, wenn sie die nicht zustellbaren Briefe zur weiteren Aufklärung erhalten hat.

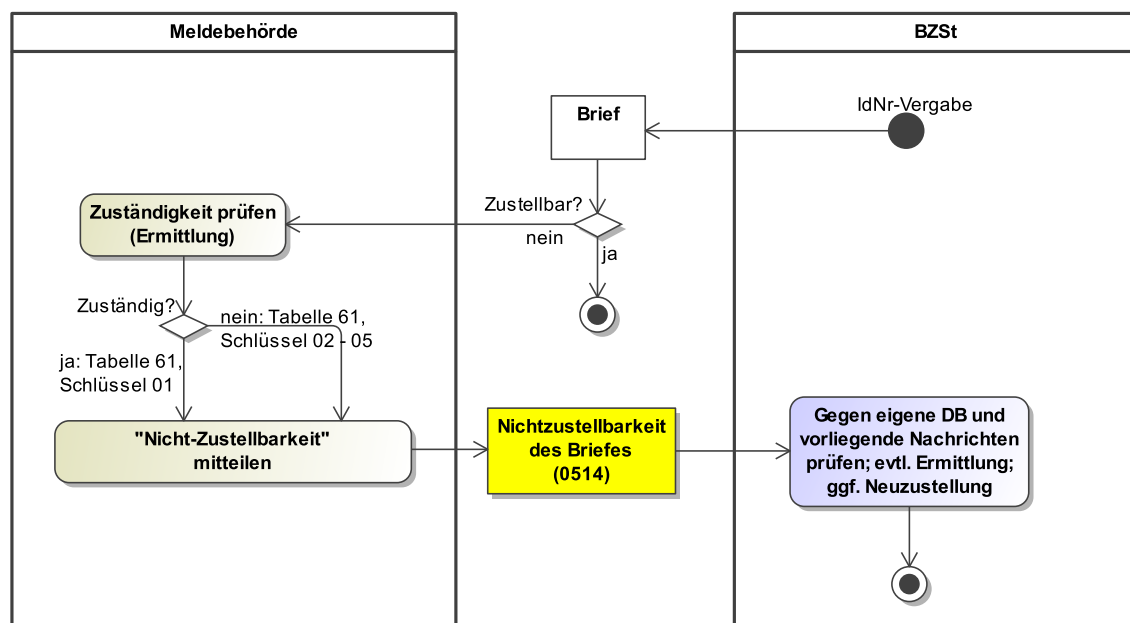
In diesen Fällen muss die Meldebehörde prüfen, ob ihre Melderegisterdaten noch der Realität entsprechen. Sie teilt dem BZSt mit der Nachricht **dateneuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514** diese Tatsache sowie anhand des Schlüsselwertes aus Schlüsseltable 61 (Schlüssel 01 – 05) die entsprechende Ausprägung mit:

- Stellt die Meldebehörde durch die Prüfung fest, dass sie weiterhin zuständig ist (Schlüsseltabelle 61, Schlüsselwert 01), kann sie mit Hilfe der ihr bekannten IdNr oder dem vorläufigen Bearbeitungsmerkmal die Nachricht `dateneubermittlung.briefnichtzustellbar.0514` an das BZSt übermitteln.
- Liegt keine Zuständigkeit bei Prüfung mehr vor (Schlüsseltabelle 61, Schlüsselwerte 02 – 05), so wurde das VBM resp. die IdNr mit dem Ende der Zuständigkeit gelöscht. In diesen Fällen darf die Meldebehörde die nicht an den Betroffenen zustellbare IdNr-Benachrichtigung öffnen. Sie übernimmt die darin enthaltene IdNr und übermittelt sie im Kindelement `steueridentifikation` in der Nachricht `dateneubermittlung.briefnichtzustellbar.0514`. Anschließend vernichtet die Meldebehörde das IdNr-Benachrichtigungsschreiben.

Mit der Anschrift wird auch der frühere Gemeindename (DSMeld-Blatt 1204) von der Meldebehörde an das BZSt übermittelt. Damit wird sichergestellt, dass Mitteilungsschreiben über Steueridentifikationsnummern nicht wegen fehlender Hinweise auf frühere Gemeindennamen unzustellbar sind.

In [Bild 7-4 auf Seite 426](#) ist dargestellt, wie bei Nichtzustellbarkeit verfahren wird.

Bild 7-4 “Nichtzustellbarkeit” der IdNr-Benachrichtigung



7.3.3 Verwendung administrativer Nachrichten im Kontext des BZSt

7.3.3.1 Rückweisung von Nachrichten

Bei nicht spezifikationskonformen Nachrichten (vgl. [Abschnitt auf Seite 10](#)), abgelaufenen Zertifikaten etc. reagiert der Empfänger mit einer ReturnToSender-Nachricht (`administration.returntosender.0900`).

7.3.3.2 Nichtverwendung von Freitextnachrichten

Das BZSt hat die Nachricht 0905 nicht produktiv gestellt, eingehende Nachrichten werden mit Nachricht `administration.returntosender.0900` und dem Fehlercode 40120 *“Bitte wenden Sie sich zur Klärung des Sachverhalts an pers-idnr@bzst.bund.de, die Nachricht 0905 ist im BZSt nicht produktiv.”* abgewiesen.

7.3.3.3 Verwendung von Quittungsnachrichten

Für Quittierungen ist die Nachricht 0920 vorgesehen. Bzgl. der Verwendung dieser Nachricht sei auf [Abschnitt 7.3.14 auf Seite 438](#) sowie [Abschnitt 7.3.16 auf Seite 439](#) verwiesen.

7.3.4 Fehlernachrichten und Mitteilung von vermuteten Inkonsistenzen im Melderegister

Bei dem Prozessmodell-Diagramm für den laufenden Betrieb haben wir aus Gründen der Übersichtlichkeit auf die Betrachtung der Plausibilitätsüberprüfung auf Seiten des BZSt verzichtet. Dies holen wir mit der Darstellung des Teilprozesses zur Plausibilitätsprüfung in den folgenden Abschnitten nach.

7.3.4.1 Fehlernachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508**

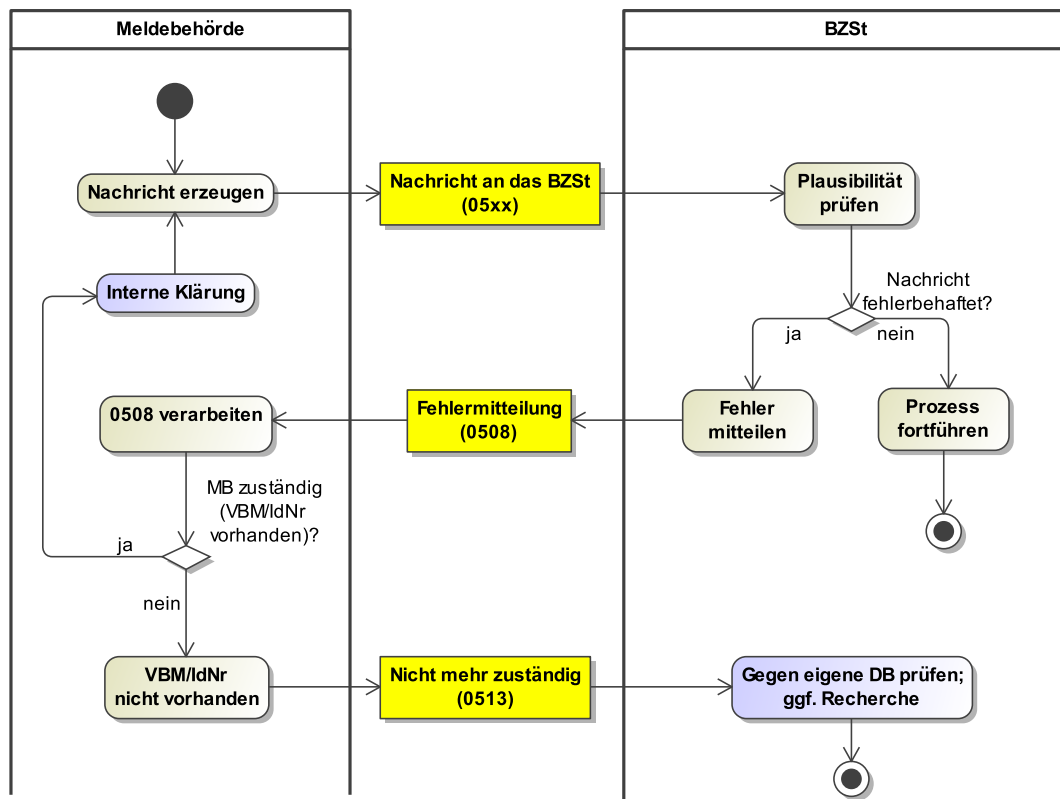
Es muss damit gerechnet werden, dass bei der Übermittlung von Nachrichten in Einzelfällen auch konkrete Fehler entdeckt werden. In einem solchen Fall kann die Nachricht durch das BZSt nicht verarbeitet werden. Die Meldebehörde wird über diesen Sachverhalt durch Übersendung der Nachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508** informiert (siehe [Bild 7-5 auf Seite 428](#)). Erfolgt auf die Nachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508** keine Reaktion auf Seiten der Meldebehörde, wird der Prozess nach § 139b AO unterbrochen.

Die Nachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508** beinhaltet:

- einen Fehlercode, der den Abweisungsgrund genauer beschreibt
- das in der fehlerhaft abgewiesenen Nachricht enthaltene Kindelement **steueridentifikation**
- zur besseren Identifizierung die Personendaten zur Steueridentifikationsnummer
- den **zeicheneinzelfall** der fehlerhaft abgewiesenen Nachricht
- den Nachrichtentyp, Erstellungszeitpunkt und Tagesvorgangszähler der fehlerhaft abgewiesenen Nachricht

Konnten keine Personendaten in der Datenbank des BZSt oder aus der abgewiesenen Nachricht ermittelt werden (eine vorherige Erstlieferung über die Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** ist ausgeblieben bzw. konnte nicht zugeordnet werden, der entsprechende Fehlercode in der Nachricht 508 lautet: 30006 – die IdNr oder das vorläufige Bearbeitungsmerkmal befinden sich nicht im Bestand), werden die Kindelemente **familiennamen** und **vornamen** mit *„nicht bekannt“* und das Kindelement **tagdergeburt** mit *„0000-00-00“* in der Nachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508** befüllt.

Derzeit unterscheiden wir folgende Fehlersituationen, die in Tabelle [Tabelle 7-2 auf Seite 428](#) näher, aber nicht abschließend bezeichnet werden. Die vollständige Tabelle der Fehlercodes wird von dem Bundeszentralamt für Steuern zur Verfügung gestellt.

Bild 7-5 Plausibilitätsprüfung**Tabelle 7-2: Fehlercodes und mögliche Reaktionen bei Eingang einer Nachricht datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508 (nicht abschließend)**

Fehler-code	Fehlertext/ergaenzende.hinweise	Ursache / mögliche Reaktion
30001	Als zuständig ist die Gemeinde mit dem AGS XXXXXXXXX gespeichert.	Eine frühere Übermittlung der Nachricht <code>datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504</code> ist fehlgeschlagen. Nachricht <code>datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504</code> erneut übermitteln, wenn die Meldebehörde zuständig ist. Die derzeit noch zuständige Meldebehörde ist im Fehlertext genannt. Eine melderechtliche Klärung ist herbeizuführen.
30006	Die IdNr oder das VBM befindet sich nicht im Bestand.	Die übermittelte Steueridentifikation (IdNr oder VBM) befindet sich nicht in der IdNr-Datenbank. Die Steueridentifikation weist möglicherweise Schreibfehler auf oder wurde mit Nachricht <code>datenuebermittlung.stornierungperson.0507</code> storniert. Die Reaktion ist im Einzelfall zu klären.
30008	Doppelte Erstlieferung des VBM	Ein identisches VBM liegt in der Datenbank vor. Für die Person muss ein neues VBM erzeugt und mit Nachricht <code>datenuebermittlung.anforderungid-nr.0500</code> übermittelt werden.

Fehler-code	Fehlertext/ergaenzende.hinweise	Ursache / mögliche Reaktion
30016	Das Geburtsdatum (Plausibilität) ist nicht identisch mit dem letzten gespeicherten Geburtsdatum	Im BZSt ist ein anderes in der Nachricht <code>datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508</code> enthaltenes Geburtsdatum vorhanden. Die als fehlerhaft abgewiesene Nachricht ist in der Plausibilität (<code>plausibilitaet.geburt</code>) mit dem vom BZSt übermittelten Geburtsdatum erneut zu übersenden.
30028	Das Sterbedatum liegt in der Zukunft	Das Sterbedatum wurde in die Zukunft hin eingetragen. Eine neue Nachricht mit korrektem Sterbedatum ist zu übermitteln.
30053	Das Konfliktkennzeichen, die Dublettennummer und die Versionsnummer konnten zur Steueridentifikation (VBM oder IdNr) nicht gefunden werden. Es liegt ggf. eine falsche Zuordnung vor.	Die Kombination aus Konfliktkennzeichen und Dublettennummer ist im Element Konfliktmanagement falsch interpretiert worden. Die Konflikt auflösende Nachricht ist erneut zu übermitteln
30054	Der Erstellungszeitpunkt der Nachricht liegt vor der Anforderung der IdNr.	Der Erstellungszeitpunkt der übermittelten Nachricht liegt vor dem der Nachricht <code>datenuebermittlung.anforderungidnr.0500</code> .
30055	Es liegt keine zugrunde liegende Nachricht 0501, 0508 oder 0516 vor.	Vom BZSt wurde keine Nachricht <code>datenuebermittlung.antwortidnr.0501</code> , <code>datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508</code> oder <code>datenuebermittlung.hinweisaufinkonsistenz.0516</code> für die Person versandt. Die Übermittlung der Nachricht <code>datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513</code> ist unzulässig.
30056	Die Bekanntgabe der IdNr durch Nachricht <code>datenuebermittlung.antwortidnr.0501</code> ist noch nicht erfolgt.	Eine IdNr wurde manuell eingepflegt, obwohl das BZSt noch keine IdNr für den Bürger mitgeteilt hat.
30057	Die Übermittlung einer Zuständigkeits(ende)nachricht konnte nicht verarbeitet werden, da eine jüngere Information abgelegt ist.	Die übermittelte Nachricht 0504/0510/0515 konnte nicht verarbeitet werden, da die in der Datenbank des BZSt vorliegenden Informationen ein jüngeres Datum aufweisen.
30061	Die Nachricht ist nicht prozesskonform.	Der Personendatensatz wurde von Seiten der MB abgemeldet. Eine Reaktivierung ist nur über eine erneute Übermittlung der Nachricht <code>datenuebermittlung.anforderungidnr.0500</code> möglich.
30065	Das Zuständigkeits(ende)datum liegt in der Zukunft.	Die Person darf nicht in die Zukunft abgemeldet werden. Der Fall muss auf Wiedervorlage gelegt werden und ist zu einem Datum in der Gegenwart abzumelden.
30068	Nachricht <code>datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510</code> darf nicht auf Nachricht <code>datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510</code> folgen.	Es liegt bereits eine Abmeldung der IdNr im BZSt vor - keine weitere Reaktion mehr notwendig

Fehler-code	Fehlertext/ergaenzende.hinweise	Ursache / mögliche Reaktion
30069	Das Zuständigkeitsendedatum aus Nachricht <code>datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510</code> liegt vor dem Zuständigkeitsbeginndatum aus Nachricht <code>datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504</code> bzw. dem Wirksamkeitsdatum aus Nachricht <code>datenuebermittlung.umbenennungagswohnort.0515</code> .	Die Zuständigkeit wurde zu einem näher in der Gegenwart liegenden Datum erklärt. Eine Abmeldung mit Nachricht <code>datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510</code> kann nur nach dem Umzugs-/ Wirksamkeitsdatum erfolgen.
30071	Die Nachricht <code>datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514</code> durfte nicht übermittelt werden, weil der Druck des Mitteilungsschreibens noch nicht erfolgt ist.	Die Nachricht <code>datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514</code> wurde übermittelt, obwohl bisher kein Mitteilungsschreiben gedruckt wurde. Der Arbeitsschritt ist unzulässig, ggf. wurde für die falsche Person eine Nachricht <code>datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514</code> erstellt.

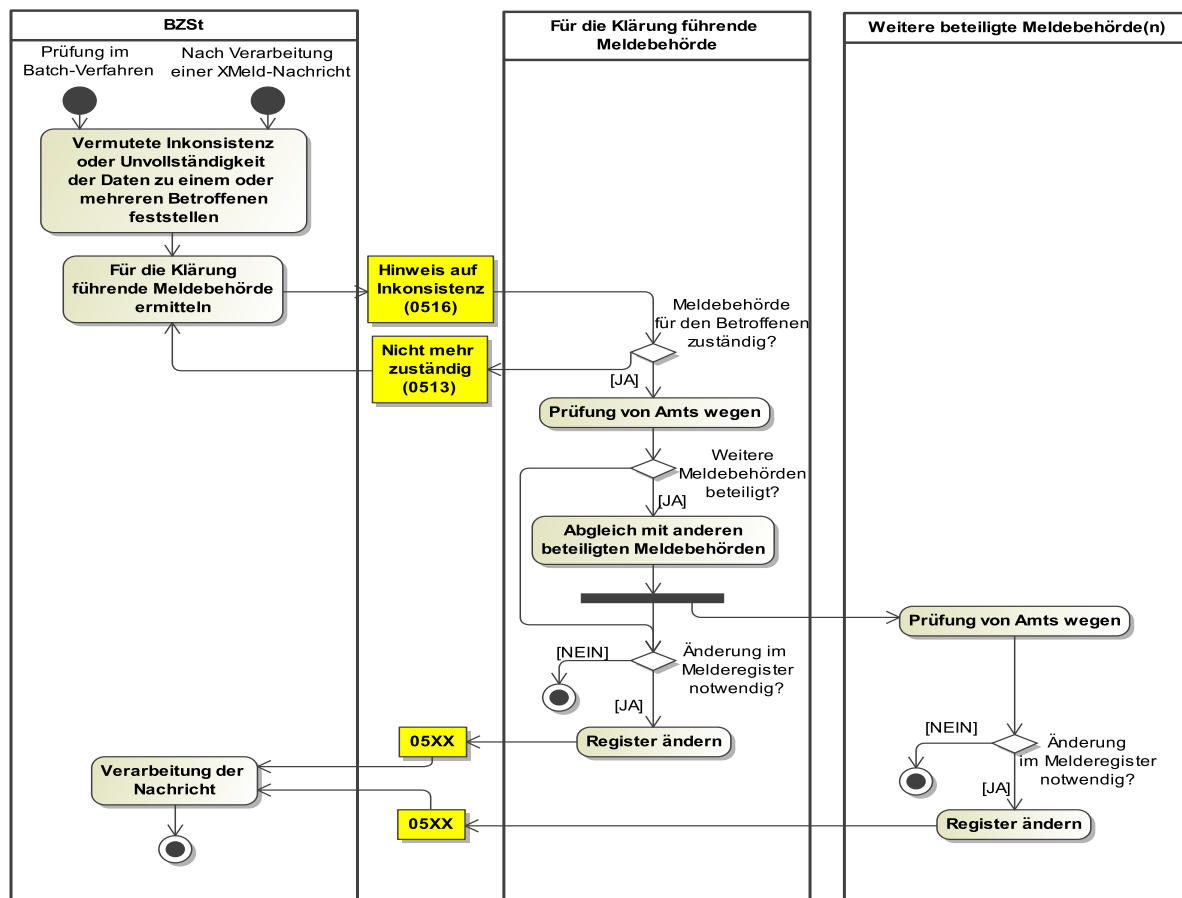
Die Fehlernachricht `datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508` ist auf den übermittelten Fehlercode hin zu prüfen. Die fehlerhaft abgewiesene Ursprungsnachricht kann über den Zeicheneinzelfall (`zeicheneinzelfall`), den Erstellungszeitpunkt (`ausloeser.erstellungszeitpunkt`), den Nachrichtentyp (`ausloeser.ereignis`) und den Tagesvorgangszähler (`ausloeser.tagesvorgangszahler`) identifiziert werden. Nach Prüfung des Fehlerhinweises und ggf. Korrektur des Melderegisters kann die Sachinformation erneut übermittelt werden.

Sollte die Meldebehörde die Nachricht `datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508` des BZSt erhalten, obwohl sie nicht mehr zuständig ist, so reagiert sie darauf mit der Nachricht `datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513`. Da mit dem Ende der Zuständigkeit die Meldebehörde das VBM resp. die IdNr löscht, kann sie auch keine Zuordnung aus der Nachricht `datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508` im Melderegister vornehmen. Daher enthält die Nachricht `datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513` den Inhalt des Kindelementes `steueridentifikation` der Nachricht `datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508`.

Nicht mehr zuständig ist die Meldebehörde nur in den Fällen, in denen für die übermittelten Personendaten weder eine IdNr noch ein VBM im Melderegister vorliegt unabhängig von dem in der Nachricht `datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508` enthaltenem Kindelement `steueridentifikation`. Eine Reaktion auf die Nachricht `datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508` ist nicht erforderlich, wenn nach Empfang der Nachricht 0508 (Vergleich Erstellungszeitpunkte) bereits eine neue Brutto-Nachricht von der Meldebehörde erfolgreich übermittelt wurde (d. h. ohne darauf folgende Nachricht `datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508` oder `administration.returptosender.0900`).

7.3.4.2 Hinweisnachricht `datenuebermittlung.hinweisaufinkonsistenz.0516`

Mit der Übermittlung der Nachricht `datenuebermittlung.hinweisaufinkonsistenz.0516` (siehe [Bild 7-6 auf Seite 431](#)) werden die Plausibilitäten um eine Hinweisnachricht erweitert, die auf (vermutete) Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten in den Melderegistern hinweist, soweit dies nicht durch Nachricht `datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508` und `datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503` bereits behandelt wurde.

Bild 7-6 Mitteilung vermuteter Inkonsistenzen oder Unvollständigkeiten an die Meldebehörden

In diesen Fällen war die Verarbeitung der Nachrichten der Meldebehörde beim BZSt möglich. Allerdings ergeben sich u. a. aufgrund der Verbindungen zu anderen Personendatensätzen (vermutete) Inkonsistenzen, die anhand einer Schlüsseltable (siehe [Tabelle 7-3 auf Seite 432](#)) beschrieben werden. Der Hinweis kann sowohl direkt bei Eingang einer Nachricht der Meldebehörde als auch erst nach einem bestimmten Zeitraum an die Meldebehörde versandt werden. Die an der (vermuteten) Inkonsistenz beteiligten Personendaten und Meldebehördendaten werden in der Nachricht `datenuebermittlung.hinweisaufinkonsistenz.0516` mit geliefert. Die Hinweismeldung `datenuebermittlung.hinweisaufinkonsistenz.0516` wird nur an eine Meldebehörde versandt, die so für die Klärung der (vermuteten) Inkonsistenz verantwortlich ist. Sie klärt den Sachverhalt in Abstimmung mit den beteiligten Meldebehörden. Die Meldebehörden, die nach Klärung des Sachverhalts ihr Register fortschreiben, übermitteln anschließend die Änderungen an das BZSt.

Ist die Meldebehörde, welche die Nachricht `datenuebermittlung.hinweisaufinkonsistenz.0516` erhält, für die betroffene Person nicht zuständig, so reagiert die Meldebehörde mit der Nachricht `datenuebermittlung.nichtmehrzustandigkeit.0513` (Schlüssel 0516).

Wird in der Klärung der beteiligten Meldebehörden festgestellt, dass die Inkonsistenz aufgrund einer nicht im BZSt verarbeiteten Nachricht beruht – und die Melderegister demnach korrekt sind –, so ist die fehlende Nachricht erneut zu übermitteln.

Tabelle 7-3: Beschreibung der vermuteten Inkonsistenzen bei Versand der Nachricht datenuebermittlung.hinweisaufrinkonsistenz.0516

Schlüssel	Vermutete Inkonsistenz	Versand der 0516 an	Übermittelte Informationen zu den beteiligten Personen (Rolle)
01	IdNr für den auswärtigen Ehegatten bekannt, aber im Melderegister sind weder IdNr noch vorläufiges Bearbeitungsmerkmal eingetragen (falls ein vorläufige Bearbeitungsmerkmal in der Meldebehörde gespeichert ist, wird die Nachricht datenuebermittlung.zuteilungidnrehagatteausserhalb.0517 übermittelt)	Gemeinde, in der die IdNr fehlt	<ul style="list-style-type: none"> Personendaten, IdNr (Betroffener) Personendaten, IdNr, erreichbare Meldebehörde (Ehegatte)
02	Familienstände des Betroffenen und des Ehegatten passen nicht zusammen	Gemeinde, bei der Änderung weiter in Vergangenheit liegt (unabhängig vom Familienstand)	<ul style="list-style-type: none"> Personendaten, IdNr, Familienstand mit Datum (Betroffener) Personendaten, IdNr, Familienstand mit Datum, erreichbare Meldebehörde (Ehegatte)
03	Die IdNr des Betroffenen und des Ehegatten verweisen nicht wechselseitig aufeinander	Gemeinde, in der die Person gemeldet ist, die laut BZSt mit mehr als einem Ehegatten verknüpft ist	<ul style="list-style-type: none"> Personendaten, IdNr, Familienstand mit Datum (Betroffener) (für 1 - n weitere Personen:) Personendaten, IdNr, Familienstand mit Datum, erreichbare Meldebehörde (Ehegatte)
04	Gleichgeschlechtliche Ehegatten	Gemeinde, die diese Nachricht gerade liefert	<ul style="list-style-type: none"> Personendaten, IdNr, Geschlecht, Familienstand mit Datum (Betroffener) Personendaten, IdNr, Geschlecht, Familienstand mit Datum, erreichbare Meldebehörde (Ehegatte)
05	Die IdNr des auswärtigen Ehegatten wurde storniert	Gemeinde, die nicht storniert hat	<ul style="list-style-type: none"> Personendaten, IdNr, Familienstand mit Datum (Betroffener) Personendaten, IdNr, erreichbare Meldebehörde (Storniert) (optional) Personendaten, IdNr, erreichbare Meldebehörde (Weiterhin geltend)
06	Für den Betroffenen wurde die IdNr eines Kindes geliefert, für das die Meldebehörde laut BZSt nicht zuständig ist	Gemeinde, die Eltern teil geliefert hat	<ul style="list-style-type: none"> Personendaten, IdNr (Betroffener) (für 1 - n weitere Personen:) Personendaten, IdNr, erreichbare Meldebehörde (Kind)
07	Die Daten der Familienstände des Betroffenen und des Ehegatten passen nicht zusammen	Gemeinde, bei der Änderung weiter in Vergangenheit liegt (unabhängig vom Familienstand)	<ul style="list-style-type: none"> Personendaten, IdNr, Familienstand mit Datum (Betroffener) Personendaten, IdNr, Familienstand mit Datum, erreichbare Meldebehörde (Ehegatte)

Schlüssel	Vermutete Inkonsistenz	Versand der 0516 an	Übermittelte Informationen zu den beteiligten Personen (Rolle)
08	Das Datum zum Familienstand "verwitwet" des Betroffenen passt nicht zum Sterbedatum des Ehegatten	Gemeinde mit lebender Person	<ul style="list-style-type: none"> Personendaten, IdNr, Familienstand mit Datum (Betroffener) Personendaten, IdNr, Sterbedatum, erreichbare Meldebehörde (Ehegatte)

7.3.5 Mitteilung einer Änderung (ohne Stornierung einer Person)

Ändern sich zu einer mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldeten Person die in § 139 AO und § 39e Abs. 2 EStG genannten Daten, ohne dass es sich um einen Zugang oder Abgang aus dem Meldedatenbestand handelt und ohne dass sich die Zuständigkeit für diesen Datensatz ändert, so ist diese Änderung unverzüglich dem BZSt mitzuteilen. Dazu ist die Nachricht **datenuebermittlung.aenderung.steuerpflichtiger.0502** zu verwenden.

Dem BZSt werden in diesem Fall immer die in § 139 AO und § 39e Abs. 2 EStG genannten Daten komplett übergeben – unabhängig von der Art der Änderung der Daten.

7.3.6 Zurücknahme der Anforderung einer Steueridentifikation oder einer Zuständigkeitserklärung gegenüber dem BZSt

Eine Meldebehörde, die irrtümlich die Zuständigkeit für einen Steuerpflichtigen an das Bundeszentralamt für Steuern gemeldet hat, muss diese, je nach Sachverhalt, auf unterschiedliche Weise stornieren.

Tabelle 7-4: Zurücknahme der Anforderung einer Steueridentifikation oder einer Zuständigkeitserklärung gegenüber dem BZSt

Sachverhalt	Umsetzung
Stornierung eines Zuzugs von Gemeinde A in Gemeinde B oder eines Statuswechsels auf HW/AW in Gemeinde B (in der Gemeinde B ist irrtümlich ein Zuzug oder ein Statuswechsel auf HW/AW erfolgt)	Rücknahme des Zuständigkeitswechsels: <ul style="list-style-type: none"> A und B klären den Sachverhalt, Die irrtümliche Fortschreibung der Melderegister wird zurückgenommen, A übermittelt die Nachricht rueckmeldung.anmeldunginland.0201 an B, B übermittelt die Nachricht rueckmeldung.auswertung.0203 an A, A übermittelt die Nachricht datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504 an das BZSt.
Stornierung eines Wiederezuzugs aus dem Ausland (z. B. versehentliche Anmeldung beider Ehegatten, obwohl tatsächlich nur einer aus dem Ausland wiederzieht).	Die Meldebehörde übermittelt die Nachricht datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510 mit dem Schlüssel 09 an das BZSt.

Sachverhalt		Umsetzung
Stornierung eines irrtümlich erfassten erstmaligen Zuzugs einer Person aus dem Ausland, einer irrtümlich erfassten Geburt oder einer doppelten Bestandsführung einer Person im Melderegister	falls noch keine IdNr und keine Konfliktmitteilung erhalten	<p>Meldebehörde übermittelt <code>datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506</code> an das BZSt.</p> <p>In der Praxis wird BZSt-seitig als Reaktion auf eine Nachricht <code>datenuebermittlung.anforderungidnr.0500</code> unverzüglich eine Nachricht <code>datenuebermittlung.antwortidnr.0501</code> oder eine <code>datenuebermittlung.konfliktmitteilungausloeser.0503</code> generiert.</p> <p>Wenn das BZSt bereits eine Nachricht 0501 versendet hat, wird die Nachricht 0506 vom BZSt wie eine Nachricht 0507 interpretiert und die Meldebehörde reagiert auf die 0501 mit der Nachricht <code>datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513</code>.</p> <p>Sollte die Anforderung eine Konfliktmeldung ausgelöst haben, so wird die Nachricht 0506 vom BZSt ignoriert und die Meldebehörde muss den (ihr per Nachricht 0503 mitgeteilten) Konflikt per Nachricht <code>datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511</code> auflösen.</p> <p>Hinweis: Die Nachricht <code>datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506</code> wird voraussichtlich zu Release H entfallen, stattdessen wird auch in diesen Fällen die Nachricht <code>datenuebermittlung.stornierungperson.0507</code> zu verwenden sein.</p>
	falls bereits IdNr erhalten	<p>Meldebehörde übermittelt <code>datenuebermittlung.stornierungperson.0507</code>.</p> <p>Bitte beachten Sie, dass die Übermittlung dieser Nachricht immer zur endgültigen Löschung des Datensatzes beim Bundeszentralamt für Steuern führt. Die betroffene Person erhält in diesem Fall automatisch ein Schreiben zur Stilllegung der IdNr.</p>
	falls bereits Konfliktmitteilung erhalten	<p>Meldebehörde übermittelt mit <code>datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511</code> die Nicht-Zuständigkeit.</p>

7.3.7 Zuständigkeitswechsel durch gemeindeübergreifenden Wohnsitzwechsel

Wenn ein Betroffener durch Zuzug in eine Gemeinde oder durch gemeindeübergreifenden Statuswechsel eine neue Hauptwohnung (oder alleinige Wohnung) bezieht, ist hiermit ein Zuständigkeitswechsel verbunden.

Zwar ist mit der erfolgten Anmeldung bei der Meldebehörde der neuen Hauptwohnung (oder alleinigen Wohnung) die melderechtliche Zuständigkeit neu festgelegt, dies hat allerdings noch keine Außenwirkung insbesondere in Richtung BZSt. – Zunächst muss noch ein Rückmeldeprozess gestartet werden, der komplett durchzuführen ist. Bei Auswertungsabweichungen (oder nicht möglicher Identifikation) wird im Rahmen des Rückmeldeprozesses eine manuelle Fallklärung durchgeführt.

Anschließend informiert die Meldebehörde, die für die neue Haupt- oder alleinige Wohnung zuständig ist, das BZSt mit der Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504` über den mit der erfolgten Anmeldung verbundenen Zuständigkeitswechsel. Dies ist in dem Prozessmodell in [Abschnitt 7.3.2 auf Seite 423](#) dargestellt ([Bild 7-2 auf Seite 424](#)).

Diese Vorgehensweise ist auch bei einem gemeindeübergreifenden Wohnsitzwechsel bzw. einem Statuswechsel innerhalb einer Meldebehörde anzuwenden.

7.3.8 Ende der Zuständigkeit einer Meldebehörde

In bestimmten Fällen endet die Zuständigkeit einer Meldebehörde für den Betroffenen. Dies kann die Meldebehörde mit der Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** dem BZSt mitteilen. Die Zuständigkeit endet in folgenden Fällen:

- Abmeldung ins Ausland
- Abmeldung nach Unbekannt
- Abmeldung von Amts wegen
- Tod des Betroffenen
- irrtümliche Anlage im Melderegister

7.3.9 Rücknahme der Nichtzuständigkeit

Die Rücknahme der Nichtzuständigkeit wird über eine Neuanforderung mit der Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** realisiert, wobei der Schlüssel 04 *“Neuanforderung IdNr wegen Rücknahme der Nichtzuständigkeit”* zu verwenden ist. (Dadurch erkennt das BZSt unmittelbar, dass für einen Betroffenen eine IdNr angefordert wird, obwohl der Betroffene bereits mit IdNr im BZSt-Bestand existieren muss.)

Im Falle der Rücknahme der Nichtzuständigkeit aufgrund eines irrtümlich gemeldeten Sterbefalls antwortet das BZSt immer mit der Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503**. Dies geschieht auch wenn die Prüfung beim BZSt lediglich einen eindeutigen Treffer ergeben hat. Damit wird der Sensibilität dieser Korrektur Rechnung getragen. Enthält die Konfliktnachricht im Element **weitere.beteiligte.person** den Datensatz zu dem die Rücknahme der Nichtzuständigkeit erfolgen soll, teilt die Meldebehörde dies dem BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512** mit. Daraufhin antwortet das BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.antwortidnr.0501**. Nach Einarbeitung der IdNr durch die Meldebehörde antwortet diese – wie grundsätzlich nach Erhalt der Nachricht 0501 – mit der Nachricht **administration.quittung.0920**.

Stellt die Meldebehörde fest, dass die Rücknahme der Nichtzuständigkeit doch nicht erfolgen sollte, so beantwortet sie die Konfliktnachricht mit der Nachricht **datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511**. Die Beantwortung der Konfliktnachricht mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509** ist in den o.g. Fällen nicht zulässig und wird mit der Nachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508** zurückgewiesen.

7.3.10 Neuanforderung der IdNr bei irrtümlich gelöschter IdNr/VBM

Falls auf Seiten der Meldebehörde die IdNr/VBM irrtümlich gelöscht wurde, obwohl die Meldebehörde weiterhin für den Betroffenen zuständig ist, ist die IdNr/VBM mit der Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500**, Schlüssel 05 beim BZSt erneut anzufordern.

In diesem Fall antwortet das BZSt immer mit der Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503**. Dies geschieht auch wenn die Prüfung beim BZSt lediglich einen eindeutigen Treffer ergeben hat. Enthält die Konfliktnachricht im Element **weitere.beteiligte.person** den Datensatz zu dem die IdNr / das vorläufige Bearbeitungsmerkmal angefordert wurde, teilt die Meldebehörde dies dem BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512** mit. Daraufhin antwortet das BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.antwortidnr.0501**. Nach Einarbeitung der IdNr durch die Meldebehörde antwortet diese – wie grundsätzlich nach Erhalt der Nachricht 0501 – mit der Nachricht **administration.quittung.0920**.

Stellt die Meldebehörde fest, dass Anforderung der IdNr / des vorläufiges Bearbeitungsmerkmal doch nicht erfolgen sollte, so beantwortet sie die Konfliktnachricht mit der Nachricht **datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511**. Die Beantwortung der Konfliktnachricht mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509** ist in den o.g. Fällen nicht zulässig und wird mit der Nachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508** zurückgewiesen.

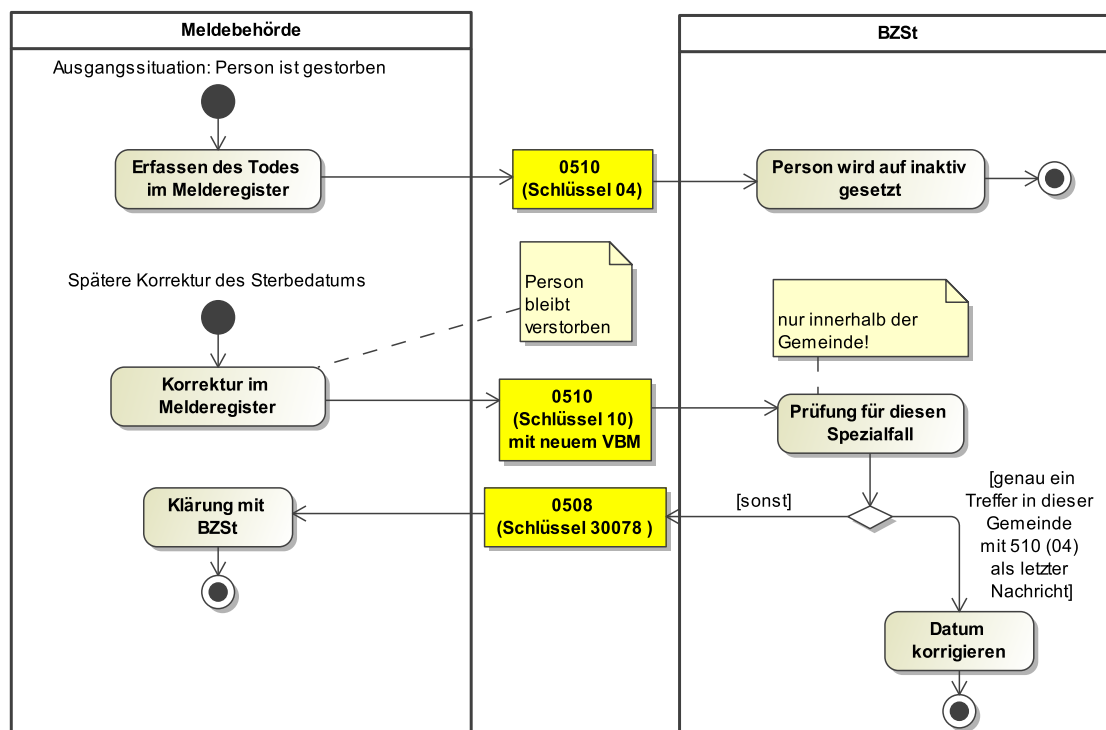
7.3.11 Korrektur des Sterbedatums

Den Sonderfall der Korrektur eines Sterbedatums teilt die Meldebehörde dem BZSt mit einer weiteren Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** unter Verwendung des Schlüssels 10 (Korrektur des Sterbedatums) der Tabelle 48 und einem vorläufigen Bearbeitungsmerkmal mit. Das BZSt prüft die Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** gegen den Datenbestand der sendenden Meldebehörde. Ergibt die Prüfung beim BZSt, dass diese Nachricht genau einem Datensatz eindeutig zugeordnet werden kann und ist zuvor eine Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** mit Schlüssel 04 der gleichen Meldebehörde eingegangen, wird das geänderte Sterbedatum eingearbeitet und der Prozess abgeschlossen.

Kann der Datensatz nicht oder nicht eindeutig identifiziert werden so antwortet das BZSt mit einer Nachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508** und Fehlercode (30078). In diesem Fall ist eine direkte Klärung der Meldebehörde mit dem BZSt erforderlich.

Das für die erneute Übermittlung der Nachricht 0510 für den bereits inaktiven Datensatz vergebene vorläufige Bearbeitungsmerkmal muss durch die Meldebehörde nach angemessener Zeit (z. B. jährlich) wieder entfernt werden. Es wird vom BZSt nicht anderweitig verwendet.

Bild 7-7 Ablauf Korrektur Sterbedatum



7.3.12 Anforderung einer IdNr bei Zuzug aus dem Ausland

Bei einem erstmaligen Zuzug in den Geltungsbereich des MRRG erhält das BZSt die Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** mit dem Schlüssel 02 aus Tabelle 46.

Um mögliche Konfliktfälle zu vermeiden, erhält das BZSt bei einem *Wiederzuzug* aus dem Ausland die Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** mit dem Schlüssel 06 aus Tabelle 46. Damit erhält das BZSt einen Hinweis darauf, dass die betroffene Person als inaktiver Bestandsfall in der Datenbank des BZSt vorhanden sein sollte. Bei eindeutiger Zuordnung wird vom BZSt eine Nachricht 0501 generiert.

7.3.13 Mögliche Konflikte im Rahmen der Datenübermittlung zwischen dem BZSt und den Meldebehörden

Es ist davon auszugehen, dass bei Neuansforderung einer IdNr durch eine Meldebehörde auf Seiten des BZSt mögliche Konflikte im Melderegister entdeckt werden. Aufgrund § 139b Abs. 9 AO ist das BZSt verpflichtet, bei Vorliegen von konkreten Anhaltspunkten bzgl. unrichtiger Daten im Melderegister die zuständige(n) Meldebehörde(n) unverzüglich zu unterrichten. Hierfür wird im laufenden Betrieb die Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503** verwendet.

Bei Auftreten derartiger Fälle führt das BZSt ein Konfliktmanagement durch. Dazu erhalten die an einem Konflikt beteiligten Meldebehörden im Rahmen der Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503** jeweils ein eindeutiges Element vom Typ **type.bzst.konfliktmanagement** mit übermittle (wobei das darin enthaltene *Konfliktkennzeichen* bei allen Elementen identisch ist). Diese Konfliktmanagement-Elemente werden dann sowohl in der Kommunikation der Meldebehörden untereinander (bei der sog. *„Klärung von Amts wegen“*) als auch in der weiteren Kommunikation von Meldebehörden mit dem BZSt verwendet.

Sollte ein Konfliktfall auf Seiten der Meldebehörde(n) unbeantwortet bleiben, so kann das BZSt die Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503** mit einem Erinnerungsstatus erneut versenden. Eine Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** führt nicht zur Konfliktklärung. Der Konflikt bleibt auch nach Abmeldung weiterhin bestehen und ist mit einer konfliktauflösenden Nachricht zu beenden. Auch im Konfliktmanagement wird die IdNr nur aufgrund einer Mitteilung des BZSt (Nachricht 0501) in das Melderegister übernommen und nie aufgrund eigener Erkenntnisse der Meldebehörde.

7.3.13.1 Beispiel einer Konfliktauslösung durch eine Meldebehörde im Produktivbetrieb

Beteiligt an dem Szenario sind die Meldebehörden Jena, Stuttgart und Berlin. Bei den Meldebehörden Stuttgart und Jena ist zu Recht für jeweils unterschiedliche Personen eine eigene IdNr gespeichert.

Nach Zuzug aus dem Ausland nach Berlin wird für die betroffene Person mit der Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** eine IdNr beantragt. Durch das BZSt werden Ähnlichkeiten zu je einem Datensatz in Jena und Stuttgart festgestellt.

Das BZSt vergibt ein Konfliktmanagement-Element und informiert Berlin (= die auslösende Meldebehörde) mit einer Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503** unter Mitteilung des Konfliktmanagement-Elementes und unter Bezug auf die Datensätze in Jena und Stuttgart über die Vermutung, dass es sich um eine Dublette handeln könnte.

Nun sind folgende Fälle möglich:

1. Es handelt sich nicht um eine Dublette. Der Datensatz bezieht sich auf eine noch nicht gemeldete Person. In diesem Fall teilt Berlin dies dem BZSt unter Verwendung der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509** mit. Jena und Stuttgart werden nicht aktiv. Nach der Konfliktauflösung sind drei verschiedene Personen in den Melderegistern der beteiligten Meldebehörden Berlin, Jena und Stuttgart gespeichert. Liegt bei Übermittlung eine Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** vor, so bleibt die Person abgemeldet. Die Meldebehörde erklärt sich mit Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509** nicht erneut für zuständig.

2. Die Meldebehörde in Berlin ermittelt im Dialog mit den Meldebehörden Jena und Stuttgart, dass es sich nicht um einen Zuzug aus dem Ausland handelt sondern um einen Zuzug aus dem Inland. Die Person hat früher bzw. bisher bereits in Jena gewohnt. Nun muss zwischen den Meldebehörden Jena und Berlin ein Rückmeldeverfahren durchgeführt werden, bei dem die Person in Berlin entweder den Status Nebenwohnung oder Alleinige Wohnung resp. Hauptwohnung erhält. Berlin teilt dem BZSt eine der beiden folgenden Nachrichten mit:
 - Berlin ist neue Hauptwohnung resp. Alleinige Wohnung und teilt mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512** die Zuständigkeit nach Dublettenklärung mit. Bestandteil dieser Nachricht ist die IdNr der bereits beim BZSt bekannten Person. Gleichzeitig wird die vorherige IdNrn-Beantragung hiermit storniert. Die geltende IdNr wird erst dann in das Melderegister eingetragen, wenn das BZSt die **datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512** verarbeitet und eine **datenuebermittlung.antwortidnr.0501** an die Meldebehörde gesendet hat. Jena und Stuttgart werden auch in diesem Fall nicht aktiv.
 - Berlin ist nur Nebenwohnung und teilt mit der Nachricht **datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511** dem BZSt mit, dass Berlin doch nicht zuständig ist. Jena und Stuttgart werden auch in diesem Fall nicht aktiv.
3. Liegt aktuell keine Zuständigkeit vor, ist zu prüfen, ob eine Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** für den Konfliktauslöser übermittelt wurde. In diesem Fall ist für diesen eine Nachricht **datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511** zu übermitteln, wenn nie eine Zuständigkeit vorlag. Lag eine Zuständigkeit vor und ist der Konfliktauslöser vor Konfliktlösung wieder verzogen, so ist eine Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512** zu übermitteln. Die Meldebehörde erklärt sich mit Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512** nicht erneut für zuständig sondern löst nur den Konflikt. Die Abmeldung mit Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** bleibt bestehen.

7.3.14 Übermittlung der Übermittlungssperren

Nach der bereits erfolgten Erstübermittlung von Übermittlungssperren aufgrund § 21 Abs. 5 oder § 21 Abs. 7 Nr. 1 und Nr. 2 MRRG ist jede Änderung einer entsprechenden Übermittlungssperre (Einrichtung und Löschung) mit Hilfe einer Nachricht **datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502** über OSCI-Transport an das BZSt zu übermitteln. Sollte für Neuzugänge (Geburt, Zuzug aus dem Ausland) bereits eine entsprechende Übermittlungssperre vorliegen, ist diese in der Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** stets mitzuteilen. Ebenso sind Übermittlungssperren bei einem Zuständigkeitswechsel zwischen Meldebehörden mitzuteilen (Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504**).

Enthält eine der Bruttonachrichten eine Auskunftssperre mit Schlüssel 1 oder 3, so ist Einarbeitung der Auskunftssperre der absendenden Meldebehörde mit der Nachricht 0920 zu quittieren. Hierfür ist der Schlüssel 5 (*„Ebene 5“*) in der Quittungsnachricht anzugeben. Falls die absendende Meldebehörde keine Quittung erhält und auch keine Fehlermeldung (**datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508** oder **administration.returntosender.0900**) durch das BZSt übermittelt wurde, muss diese Meldebehörde mit dem BZSt Kontakt aufnehmen, um die Fortschreibung der Auskunftssperre sicherzustellen.

Die Auskunftssperre mit Schlüssel 6 ist nicht durch das BZSt zu quittieren. Es wird in diesem Fall in vielen Melderegistern so verfahren, dass der Datensatz der betroffenen Person geschlossen und ein neuer eröffnet wird. Die Auskunftssperre wird dann nur einmalig an das BZSt übermittelt, danach ist der Sachverhalt (Adoption, Änderung des Namens oder des Geschlechts nach dem Transsexuellengesetz) im Melderegister nicht mehr sichtbar. Durch eine Quittierung des Erhalts würde der Sachverhalt unter Umständen wieder aufgedeckt.

7.3.15 Mitteilung der Ab- oder Aufspaltung einer Gemeinde

Mit der Nachricht `datenuebermittlung.umbenennungagswohntort.0515` kann eine AGS-Änderung aufgrund einer Ab- oder Aufspaltung einer Gemeinde an das BZSt übermittelt werden. Dies umfasst ausschließlich die folgenden Fälle:

1. Die Abspaltung eines Teils einer bestehenden Gemeinde in eine neue Gemeinde. Der AGS der alten Gemeinde bleibt erhalten, die abgespaltene Gemeinde erhält einen neuen AGS; in der Nachricht `datenuebermittlung.umbenennungagswohntort.0515` werden nur Personen der neuen abgespaltenen Gemeinde übermittelt.
2. Die Aufspaltung einer Gemeinde in mehrere neue Gemeinden. Der AGS der alten Gemeinde wird nicht weiter verwendet, die neuen Gemeinden erhalten jeweils einen neuen AGS; in den Nachrichten `datenuebermittlung.umbenennungagswohntort.0515` werden alle Personen der jeweils neuen Gemeinde übermittelt.

Die Nachricht `datenuebermittlung.umbenennungagswohntort.0515` ist nicht zu übermitteln bei:

- a. der Zusammenlegung mehrerer Gemeinden zu einer neuen Gemeinde,
- b. einer Eingemeindung,
- c. einem reinen Wechsel des AGS ohne Auswirkungen auf das Gemeindegefüge,
- d. einer Änderung der Anschrift des Steuerpflichtigen in der Gemeinde.

Das BZSt veranlasst in den Fällen a) bis c) die Änderungen selbständig. Damit sind in diesen Fällen durch die Meldebehörden keine Nachrichten `datenuebermittlung.umbenennungagswohntort.0515` zu senden.

Die in d) beschriebenen Änderungen übermitteln die Meldebehörden dem BZSt mit der Nachricht `datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502`.

7.3.16 Quittierung der erfolgreichen Einarbeitung der mitgeteilten IdNr

Wird der Meldebehörde von dem Bundeszentralamt für Steuern eine IdNr über die Nachricht `datenuebermittlung.antwortidnr.0501` mitgeteilt, und ist diese weiterhin zuständig für die betroffene Person, so ist die erfolgreiche Ersetzung des vorläufigen Bearbeitungsmerkmals durch die mitgeteilte IdNr ab OSCI–XMeld 1.6 mit der Nachricht 0920 unter Verwendung des Schlüssels **Ebene 5** (fachliche Verarbeitung durchführen) der Schlüsseltabelle 81 zu quittieren (siehe auch [Abschnitt 16.3.1 auf Seite 785](#)). Zur eindeutigen Identifizierung der quittierten IdNr sind die Werte des Elements `technische.einzelidentifikation` aus der `datenuebermittlung.antwortidnr.0501` zwingend in das Element `technische.einzelidentifikation` der Nachricht 0920 zu übernehmen. Nach Erhalt der Nachricht 0920 löscht das BZSt das vorläufige Bearbeitungsmerkmal zur quittierten IdNr. Die Ersetzung des vorläufigen Bearbeitungsmerkmals eines auswärtigen Ehegatten durch die über die Nachricht `datenuebermittlung.zuteilungidnrehegatteausserhalb.0517` empfangene IdNr wird von den Meldebehörden nicht quittiert.

7.4 Datentypen

In diesem Abschnitt beschreiben wir die BZSt-bezogenen Datentypen. Für Informationen über die allgemeinen Datentypen sei auf [Abschnitt 2 auf Seite 90](#) verwiesen.

7.4.1 Datentyp für schemakonforme Konfliktkennzeichen im BZSt-Kontext

Typ: `type.bzst.konfliktkennzeichen`

Durch die Verwendung dieses Datentyps wird ab OSCI–XMeld 1.3.3 gewährleistet, dass nur noch schemakonforme Werte für das BZSt-Konfliktkennzeichen verwendet werden.

Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps `xs:string`.

Die Werte müssen dem Muster `'d{9}'` entsprechen.

7.4.2 Datentyp für schemakonforme Dublettennummern im BZSt-Kontext

Typ: `type.bzst.dublettennummer`

Durch die Verwendung dieses Datentyps wird ab OSCI–XMeld 1.3.3 gewährleistet, dass nur noch schemakonforme Werte für die BZSt-Dublettennummer verwendet werden.

Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps `xs:string`.

Die Werte müssen dem Muster `'d{9}'` entsprechen.

7.4.3 Datentyp für schemakonforme Versionsnummern im BZSt-Kontext

Typ: `type.bzst.versionsnummer`

Durch die Verwendung dieses Datentyps wird ab OSCI–XMeld 1.3.3 gewährleistet, dass nur noch schemakonforme Werte für die BZSt-Versionsnummer verwendet werden.

Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps `xs:string`.

Die Werte müssen dem Muster `'d{9}'` entsprechen.

7.4.4 Datentyp für schemakonforme Erinnerungsstatus im BZSt-Kontext

Typ: `type.bzst.erinnerungsstatus`

Durch die Verwendung dieses Datentyps wird ab OSCI–XMeld 1.3.3 gewährleistet, dass nur noch schemakonforme Werte für den BZSt-Erinnerungsstatus verwendet werden.

Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps `xs:string`.

Die Werte müssen dem Muster `'00|1E|2E'` entsprechen.

7.4.5 Datentyp für schemakonforme Einzelfallkennzeichnungen im BZSt-Kontext

Typ: `type.bzst.zeicheneinzelfall`

Durch die Verwendung dieses Datentyps wird ab OSCI–XMeld 1.4 gewährleistet, dass ein konkreter BZSt-Zeicheneinzelfall maximal 25 Zeichen umfassen kann. Außer den Zeichen `A..Z`, `a..z` sowie den Ziffern `0..9` sind maximal zwei Sonderzeichen erlaubt. Umlaute und das `“ß”` gelten als Sonderzeichen.

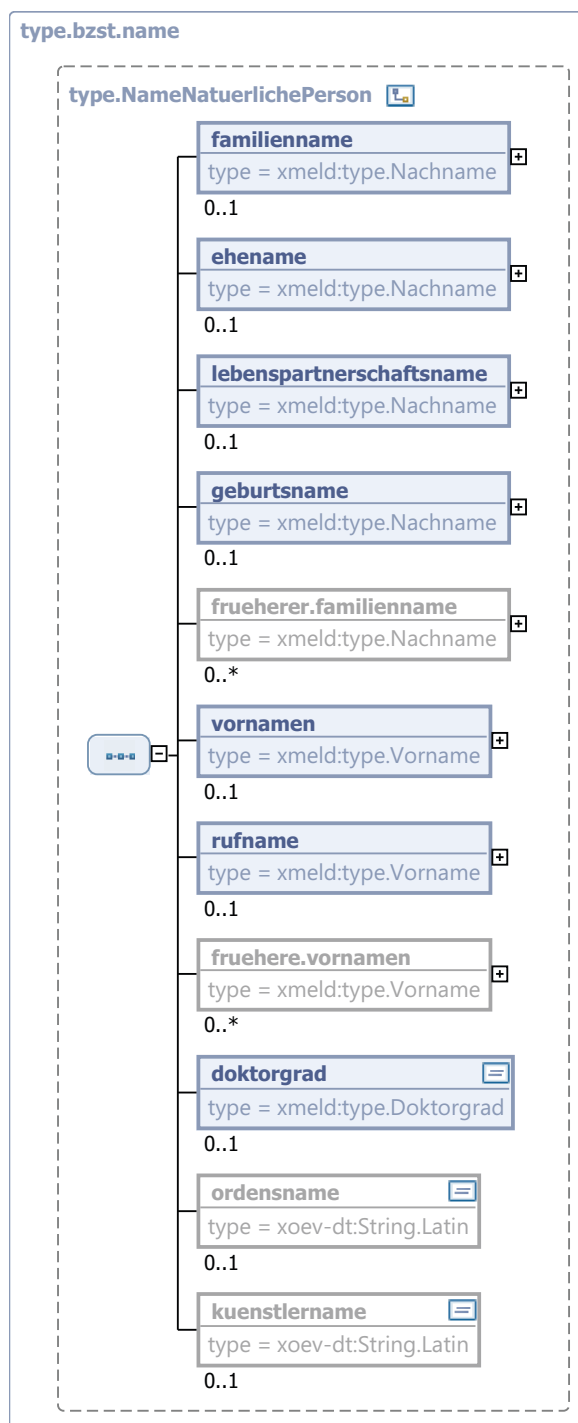
Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps `xs:string`.

Die Werte müssen dem Muster `'.{1,25}'` entsprechen.

7.4.6 Umfang des Namens in der Datenübermittlung an das BZSt

Typ: `type.bzst.name`

Dieser Datentyp enthält alle Namensangaben zu einer natürlichen Person, die im Rahmen von Datenübermittlungen an das BZSt übermittelt werden können.

Bild 7-8 type.bzst.name

Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps **type.NameNatuerlichePerson** (siehe [Abschnitt 1.4.1 auf Seite 46](#)).

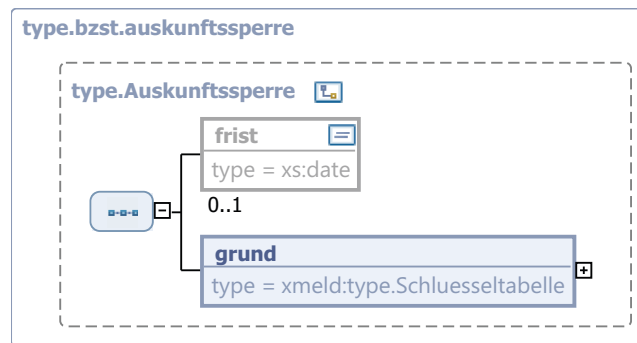
Kindelemente von <code>type.bzst.name</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
familienname	<code>type.Nachname</code>	0..1	1.4.3	49
<p>Der aktuelle Familienname.</p> <p>Familienname kann sein der Geburtsname, der gemeinsam bestimmte Ehefrau oder Lebenspartnerschaftsname, der Ehefrau oder der Lebenspartnerschaftsname zusammen mit dem hinzugefügten Begleitnamen.</p>				
ehefrau	<code>type.Nachname</code>	0..1	1.4.3	49
<p>Ein Eintrag erfolgt nur dann, wenn die Ehefrau einen Ehefrau führen und dieser vom geführten Familiennamen abweicht. Dies ist nur dann der Fall, wenn ein Ehegatte dem Ehefrau einen Begleitnamen hinzugefügt hat.</p> <p>Nach § 1355 BGB sollen die Ehefrau einen gemeinsamen Familiennamen (Ehefrau) bestimmen. Bestimmen sie keinen Ehefrau, so führen sie ihren zur Zeit der Eheschließung geführten Namen auch nach der Eheschließung.</p> <p>Zum Ehefrau können die Ehefrau durch Erklärung gegenüber dem Standesbeamten den Geburtsnamen des Mannes oder den Geburtsnamen der Frau bestimmen.</p> <p>Ein Ehegatte, dessen Geburtsname nicht Ehefrau wird, kann durch Erklärung gegenüber dem Standesbeamten dem Ehefrau seinen Geburtsnamen oder den zur Zeit der Erklärung geführten Namen voranstellen oder anfügen (§ 1355 Abs. 4 BGB); die Erklärung bedarf der öffentlichen Beglaubigung.</p>				
lebenspartnerschaftsname	<code>type.Nachname</code>	0..1	1.4.3	49
<p>Ein Eintrag erfolgt nur dann, wenn die Lebenspartner einen Lebenspartnerschaftsnamen führen und dieser vom geführten Familiennamen abweicht.</p> <p>Lebenspartnerschaftsname ist der Name, den die Lebenspartner durch Erklärung gegenüber der nach Landesrecht zuständigen Behörde als gemeinsamen Namen bestimmt haben (§ 3 Abs. 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes).</p>				
geburtsname	<code>type.Nachname</code>	0..1	1.4.3	49
Geburtsname ist der Name, der sich jeweils aus dem Geburtseintrag ergibt.				
vornamen	<code>type.Vorname</code>	0..1	1.4.2	49
Es sind sämtliche Vornamen möglichst in der Reihenfolge anzugeben, wie sie im Geburtenbuch eingetragen sind.				
rufname	<code>type.Vorname</code>	0..1	1.4.2	49
<p>In diesem Element ist der Rufname der betroffenen Person anzugeben.</p> <p>Es sind alle zum Rufnamen gehörenden Vornamen anzugeben.</p> <p>Sofern in einer OSCI-XMeld-Nachricht die Übermittlung des Rufnamens vorgesehen ist, soll dieser immer angegeben werden (und nicht nur dann, wenn sich der Rufname vom ersten Vornamen unterscheidet).</p>				
doktorgrad	<code>type.Doktorgrad</code>	0..1		
Es sind nur diejenigen Doktorgrade anzugeben, die in Pässe eingetragen werden dürfen. Sind mehrere Doktorgrade anzugeben, so sind sie durch ein Leerzeichen zu trennen.				

7.4.7 Datentyp für die Übermittlung von Auskunftssperren im BZSt-Kontext

Typ: `type.bzst.auskunftssperre`

Bei einer Datenübermittlung an das BZSt darf nur der Grund für das Bestehen einer Auskunftssperre übermittelt werden. Für diesen Zweck wird dieser eingeschränkte Datentyp bereitgestellt.

Bild 7-9 `type.bzst.auskunftssperre`



Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps `type.Auskunftssperre` (siehe [Abschnitt 1.7.2 auf Seite 58](#)).

Kindelement von <code>type.bzst.auskunftssperre</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
grund	<code>type.Schluesseltabelle</code>	1		
Es ist der Grund der Auskunftssperre anzugeben.				
Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 11: <i>Grund für Auskunftssperre</i> auf Seite 860 .				

7.4.8 Datentyp für alle zur Identifikation eines BZSt-Konfliktfalles notwendigen Daten

Typ: `type.bzst.konfliktmanagement`

Um alle in Zusammenhang mit einem konkreten Konflikt notwendigen Informationen an *einer* Stelle zusammenzufassen, wurde das Element `type.bzst.konfliktmanagement` definiert.

Dieses Element umfasst folgende Kindelemente:

- `konfliktkennzeichen`
- `dublettennummer`
- `versionsnummer`

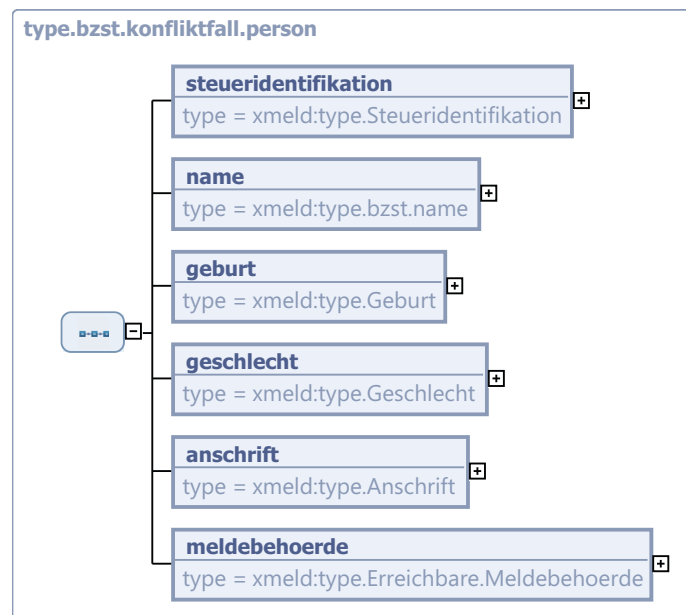
Bild 7-10 type.bzst.konfliktmanagement

Kindelemente von type.bzst.konfliktmanagement				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
konfliktkennzeichen	type.bzst.konfliktkennzeichen	1	7.4.1	439
<p>Das Konfliktkennzeichen wird im Konfliktfall (Bsp. vermutete Dubletten) vom BZSt vergeben. Es identifiziert einen konkreten Konflikt, in dem das BZSt vermutet, dass Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten in den Melderegistern der beteiligten Meldebehörden vorliegen.</p> <p>Solange ein Konfliktfall noch nicht abgeschlossen ist und sich zwischenzeitlich zusätzliche Erkenntnisse ergeben, die den dann noch Beteiligten wieder mitgeteilt werden müssen, erfolgt diese Mitteilung unter Erweiterung des bereits verwendeten Konfliktkennzeichens und der bereits verwendeten Dublettennummer um die Versionsnummer (z. B. Konfliktkennzeichen/Dublettennummer/Versionsnummer: 4711/1/1, 4711/1/2, ...). Derartige Situationen werden bereits nach der Erstübermittlung der VBMs an das BZSt mit Beginn der Konsolidierungsphase auftreten.</p>				
dublettennummer	type.bzst.dublettennummer	1	7.4.2	440
<p>Ein Konfliktfall besteht aus Hinweisen zu mindestens zwei Personen, die nach Erkenntnissen des BZSt als identisch erscheinen. Pro Konfliktfall wird jeder Person eine eindeutige Dublettennummer (DNr) zugeordnet. Die DNr bleibt während der Lebenszeit des Konfliktfalles unverändert bestehen und kann so zur Referenzierung bei der Aufklärung des Konfliktes sowohl bei den beteiligten Meldebehörden wie beim BZSt verwendet werden.</p>				
versionsnummer	type.bzst.versionsnummer	1	7.4.3	440
<p>Ein Konfliktfall wird nur bei Zuständigkeitswechsel durch Umzug vom BZSt fortgeschrieben. Anhand der ergänzenden Versionsnummer kann eine konkrete Ausprägung des Konfliktes identifiziert werden.</p>				

7.4.9 Datentyp für die Beschreibung einer an einem BZSt-Konfliktfall beteiligten Person

Typ: *type.bzst.konfliktfall.person*

Es werden für jeden am Konflikt beteiligten BZSt-Datensatz alle beim BZSt gespeicherten personenbezogenen Daten zu Vergleichszwecken übermittelt. Außerdem sind die Daten der beteiligten Meldebehörde mit übermittelt.

Bild 7-11 type.bzst.konfliktfall.person

Kindelemente von type.bzst.konfliktfall.person				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
steueridentifikation	type.Steueridentifikation	1	1.3.17	44
name	type.bzst.name	1	7.4.6	440
Dies Element umfasst nur die Namensinformationen, wie sie auch von der Meldebehörde an das Bundeszentralamt für Steuern übermittelt wurden.				
geburt	type.Geburt	1	1.3.5	33
geschlecht	type.Geschlecht	1	1.3.6	34
anschrift	type.Anschrift	1	1.7.4	63
Umsetzungshinweise: Bei Anschriften im Geltungsbereich des MRRG sind mindestens der AGS, die Postleitzahl, die Gemeinde, der frühere Gemeindename und die Straße zu erfassen.				
meldebehoerde	type.Erreichbare.Meldebehoerde	1	1.9.5	75

7.4.10 Datenstruktur für die Plausibilitätsprüfung eines Steuerpflichtigen beim BZSt

Typ: *type.plausibilitaetsteuerpflichtiger*

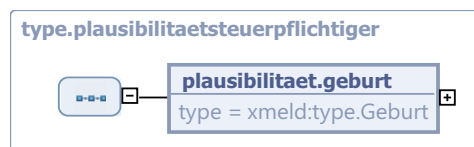
Die hier übermittelten Daten dienen der Plausibilitätsprüfung beim BZSt bzw. der MB.

Bei Übermittlung von MB an BZSt werden in diesem Element die Daten vor Änderung mitgeteilt. Diese Daten müssen identisch sein mit den beim BZSt gespeicherten Daten vor der Änderung. Bei einer erneuten Übermittlung einer vormals vom BZSt wegen abweichendem Geburtsdatum abgewiesenen Nachricht muss an dieser Stelle das in der Nachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508** mitgeteilte BZSt-seitig gespeicherte Geburtsdatum verwendet werden.

Bei Übermittlung vom BZSt an MB werden in diesem Element die aktuellen BZSt-Daten übermittelt.

Für die Plausibilitätsdaten wurde bisher nur das Geburtsdatum ausgewählt, da es sich besonders gut zur ergänzenden Identifikation eignet und relativ selten geändert wird. Aus diesem Grunde werden Namen ausdrücklich *nicht* verwendet (Namensänderungen bei Eheschließungen, Vornamensänderungen bei Ausländern, etc).

Bild 7-12 type.plausibilitaetsteuerpflichtiger



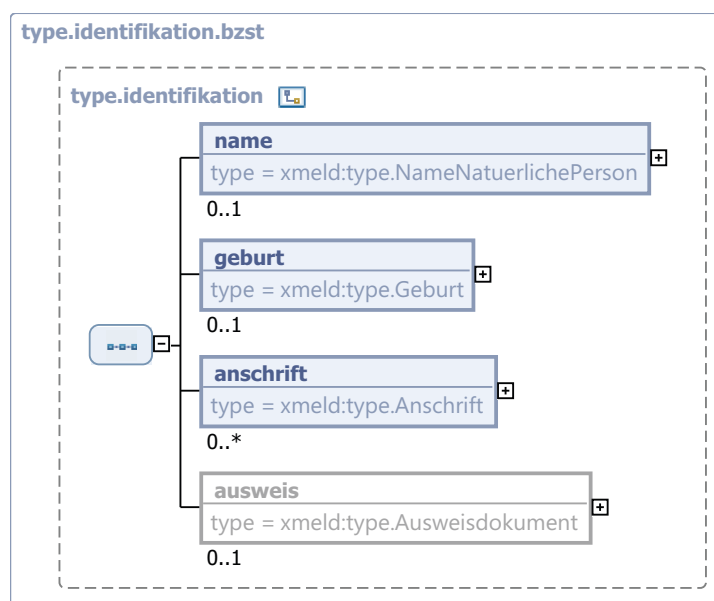
Kindelement von type.plausibilitaetsteuerpflichtiger				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
plausibilitaet.geburt	type.Geburt	1	1.3.5	33
Es darf im Zusammenhang mit der Plausibilitätsprüfung nur der Tag der Geburt übermittelt werden.				

7.4.11 Datentyp zur Identifikation des Betroffenen

Typ: *type.identifikation.bzst*

Falls meldebehördenseitig die IdNr resp. das VBM gelöscht worden sind, ist mit diesem Element eine Zuordnung zum Betroffenen möglich.

Bild 7-13 type.identifikation.bzst



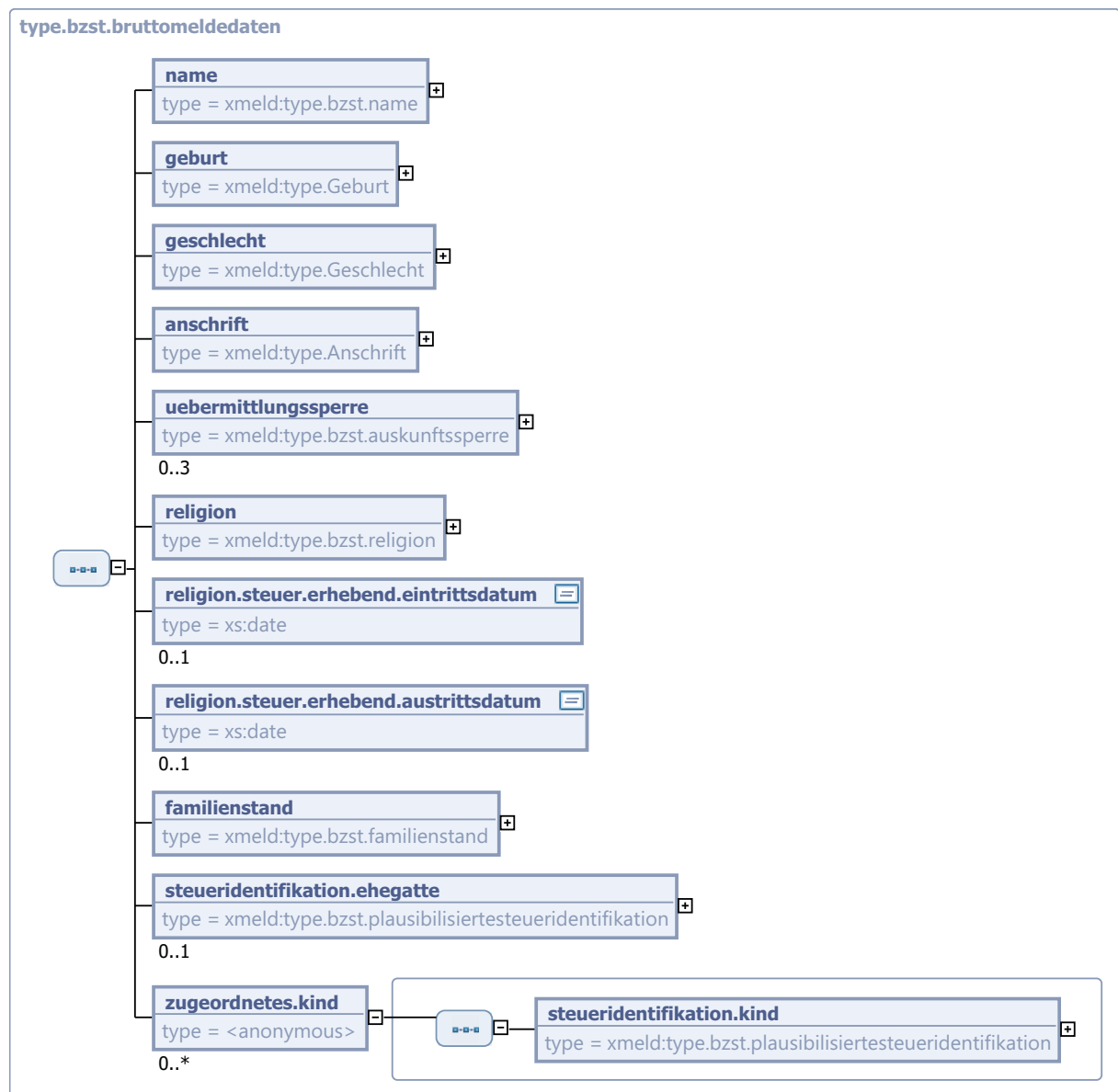
Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps `type.identifikation` (siehe [Abschnitt 2.3.1 auf Seite 100](#)).

Kindelemente von <code>type.identifikation.bzst</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
name	<code>type.bzst.name</code>	1	7.4.6	440
Dieses Element dient dazu, den Betroffenen anhand seines Namens zu identifizieren. Es muss mindestens ein Vor- und ein Nachname des Betroffenen angegeben werden. Weitere Namensangaben sind optional.				
geburt	<code>type.Geburt</code>	1	1.3.5	33
Dieses Element dient dazu, den Betroffenen anhand von Angaben zu seiner Geburt zu identifizieren. Es muss mindestens das Geburtsdatum angegeben werden, weitere Daten sind optional.				
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	1	1.7.4	63
Die letzte beim BZSt bekannte Anschrift des Betroffenen ist zur Identifikation anzugeben.				

7.4.12 Datentyp für die Übermittlung von Bruttomeldedaten an das BZSt

Typ: `type.bzst.bruttomeldedaten`

Die von dem Bundeszentralamt für Steuern gemäß §§ 139b Abs. 6 Nr. 1 – 10 AO und §39e Abs. 2 Nr. 1 – 3 EStG zu einer Person gespeicherten Daten.

Bild 7-14 type.bzst.bruttomeldedaten

Kindelemente von type.bzst.bruttomeldedaten				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
name	type.bzst.name	1	7.4.6	440
Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Rufname, der Familienname, der Ehepartnername, der Geburtsname sowie der Doktorgrad übermittelt werden.				
geburt	type.Geburt	1	1.3.5	33
Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.				
geschlecht	type.Geschlecht	1	1.3.6	34
anschrift	type.Anschrift	1	1.7.4	63

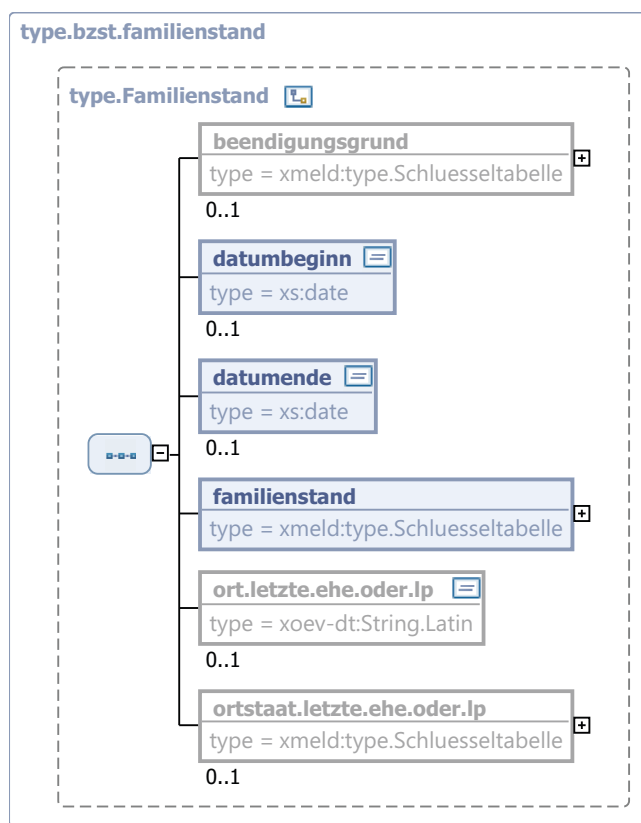
Kindelemente von <code>type.bzst.bruttomeldedaten</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
<p>Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.</p> <p>Umsetzungshinweise:</p> <p>Bei Anschriften im Geltungsbereich des MRRG sind mindestens der AGS, die Postleitzahl, die Gemeinde, der frühere Gemeindename und die Straße zu erfassen.</p>				
uebermittlungssperre	<code>type.bzst.auskunftssperre</code>	0..3	7.4.7	443
<p>Auf Grund der Sensibilität der mit dieser Nachricht übermittelten Information ist es erforderlich, den Empfänger auf bestehende Übermittlungssperren hinzuweisen (§ 21 Abs. 5 und § 21 Abs. 7 Nr. 1 und Nr. 2 MRRG), sofern deren Befristungsdatum nicht in der Vergangenheit liegt.</p>				
religion	<code>type.bzst.religion</code>	1	7.4.15	452
religion.steuer.erhebend.eintrittsdatum	<code>xs:date</code>	0..1		
<p>Das Datum des Eintritts in eine steuererhebende Religionsgemeinschaft.</p>				
religion.steuer.erhebend.austrittsdatum	<code>xs:date</code>	0..1		
<p>Das Datum des Austritts aus einer Steuer erhebenden Religionsgemeinschaft. Wenn dieses Element gefüllt ist, so muss im Element religion.steuererhebend der Wert für keine Zugehörigkeit zu einer Steuer erhebenden Religionsgemeinschaft ('--') übermittelt werden.</p>				
familienstand	<code>type.bzst.familienstand</code>	1	7.4.13	450
steueridentifikation.ehegatte	<code>type.bzst.plausibilisiertesteueridentifikation</code>	0..1	7.4.14	451
<p>Die Steueridentifikation des Ehegatten (IdNr oder vorläufiges Bearbeitungsmerkmal), soweit bekannt. Dieses Element darf nur übermittelt werden, falls der Familienstand 'VH' geführt wird. Falls eine IdNr vorliegt, ist zwingend diese zu übermitteln. Ein vorläufiges Bearbeitungsmerkmal darf nur dann übermittelt werden, wenn die IdNr noch nicht bekannt ist.</p>				
zugeordnetes.kind		0..n		
<p>In diesem Element wird die Steueridentifikation eines in der Gemeinde des Elternteils mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldeten Kindes übermittelt.</p>				
steueridentifikation.kind	<code>type.bzst.plausibilisiertesteueridentifikation</code>	1	7.4.14	451
<p>Es sind die Steueridentifikation (IdNr oder vorläufiges Bearbeitungsmerkmal) des Kindes sowie zur Plausibilisierung das Geburtsdatum zu übermitteln. Falls eine IdNr vorliegt, ist zwingend diese zu übermitteln. Ein vorläufiges Bearbeitungsmerkmal darf nur dann übermittelt werden, wenn die IdNr noch nicht bekannt ist.</p>				

7.4.13 Datentyp für die Übermittlung des Familienstands an das BZSt

Typ: *type.bzst.familienstand*

Dieser Typ beschreibt die an das Bundeszentralamt für Steuern zu übermittelnden Informationen zum Familienstand einer Person.

Bild 7-15 type.bzst.familienstand



Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps `type.Familienstand` (siehe [Abschnitt 1.3.4 auf Seite 31](#)).

Kindelemente von <code>type.bzst.familienstand</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
datumbeginn	<code>xs:date</code>	0..1		
Es ist das Datum der letzten Eheschließung oder der Begründung der letzten Lebenspartnerschaft anzugeben.				
datumende	<code>xs:date</code>	0..1		
Es ist das Datum (Rechtskraft) der Beendigung der letzten Ehe oder der letzten Lebenspartnerschaft anzugeben.				
familienstand	<code>type.Schluesstabelle</code>	1		
Es ist der personenstandsrechtliche Familienstand anzugeben. Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 7: <i>Familienstand</i> auf Seite 856 .				

7.4.14 Datentyp für die Übermittlung einer per Geburtsdatum plausibilisierten Steueridentifikation

Typ: type.bzst.plausibilisiertesteueridentifikation

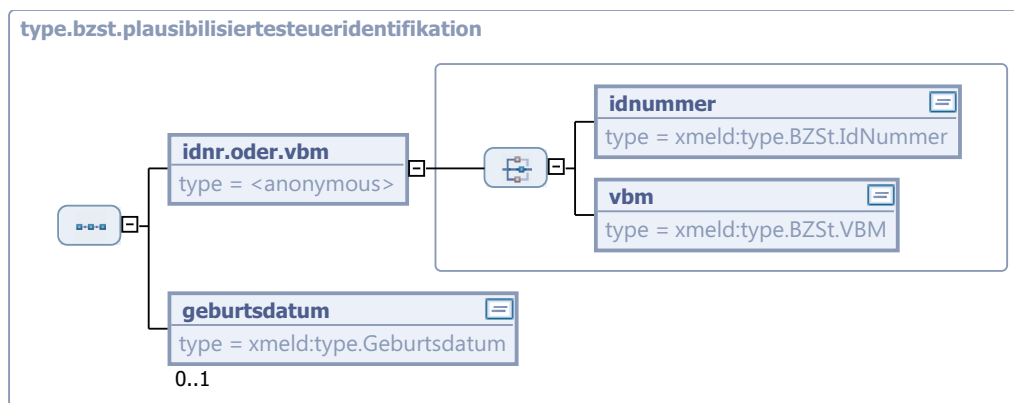
Das BZSt teilt jedem Steuerpflichtigen zum Zwecke der eindeutigen Identifizierung in Besteuerungsverfahren ein einheitliches und dauerhaftes Merkmal (Identifikationsmerkmal) zu, das bei Anträgen, Erklärungen oder Mitteilungen gegenüber Finanzbehörden anzugeben ist.

Natürliche Personen erhalten vom BZSt eine Identifikationsnummer.

Bis zur Vergabe der Identifikationsnummer wird dem Betroffenen zur sicheren Kommunikation von der Meldebehörde ein vorläufiges Bearbeitungsmerkmal (VBM) zugeordnet.

Das Geburtsdatum wird zusätzlich zur Identifikationsnummer oder zum VBM zur Plausibilisierung mitgeliefert.

Bild 7-16 type.bzst.plausibilisiertesteueridentifikation



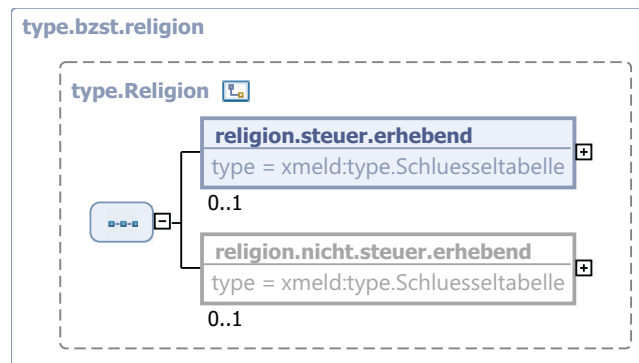
Kindelemente von type.bzst.plausibilisiertesteueridentifikation				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
idnr.oder.vbm		1		
Es ist entweder die IdNr oder das vorläufige Bearbeitungsmerkmal anzugeben. Liegt die IdNr vor, ist diese zu verwenden.				
idnummer	type.BZSt.IdNummer	1	1.3.18	45
Falls die IdNr bekannt ist, ist diese zu übermitteln.				
vbm	type.BZSt.VBM	1	1.3.19	45
Wenn keine IdNr bekannt ist, so ist statt dessen das vorläufige Bearbeitungsmerkmal zu übermitteln.				
geburtsdatum	type.Geburtsdatum	0..1		

7.4.15 Datentyp für die Übermittlung der Zugehörigkeit zu einer Steuer erhebenden Religionsgemeinschaft an das BZSt

Typ: *type.bzst.religion*

Die, an das Bundeszentralamt für Steuern zu übermittelnde, Religionszugehörigkeit. Es ist nur die Zugehörigkeit zu einer Steuer erhebenden Religionsgemeinschaft zu übermitteln.

Bild 7-17 type.bzst.religion



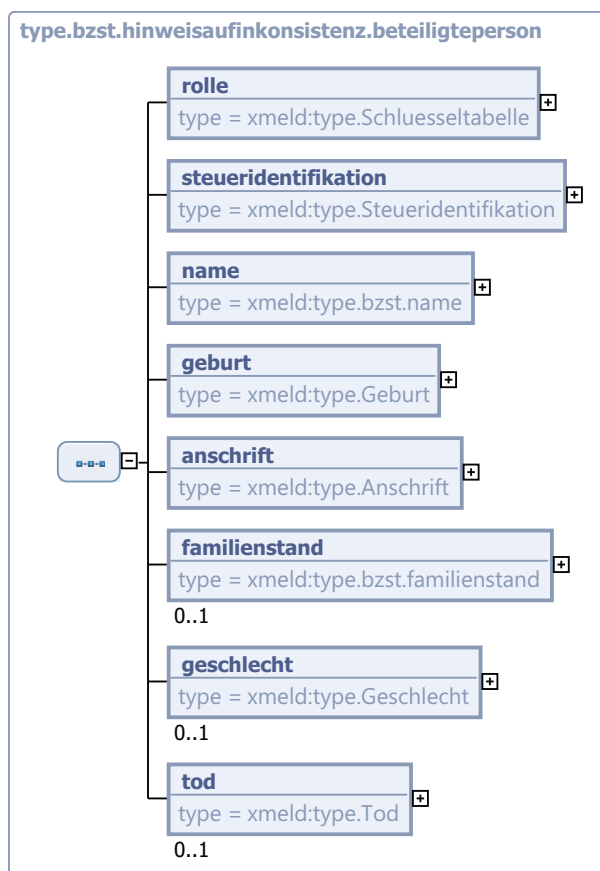
Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps `type.Religion` (siehe [Abschnitt 1.3.10 auf Seite 38](#)).

Kindelement von <code>type.bzst.religion</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
religion.steuer.erhebend	<code>type.Schluesstabelle</code>	1		
Angabe der Zugehörigkeit zu einer Steuer erhebenden Religionsgesellschaft. Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der externen Schlüsseltabelle 25: <i>Religion.Steuer.erhebend</i> auf Seite 869 .				

7.4.16 Datentyp für die Übermittlung von Informationen zu einer Person innerhalb eines Hinweises auf Inkonsistenz

Typ: *type.bzst.hinweisaufinkonsistenz.beteiligteperson*

Für die Übermittlung eines Hinweises auf eine vermutete Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Melderegister können mit diesem Datentyp Informationen zu einer im eigenen Melderegister geführten Person von dem Bundeszentralamt für Steuern an eine Meldebehörde übermittelt werden.

Bild 7-18 type.bzst.hinweisaufinkonsistenz.beteiligteperson

Kindelemente von type.bzst.hinweisaufinkonsistenz.beteiligteperson				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
rolle	type.Schluesstabelle	1		
Die Rolle dieser Person in dem Hinweis auf eine vermutete Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Melderegisters. Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 78: <i>Hinweis auf Inkonsistenz durch das BZSt - Rolle beteiligte Person</i> auf Seite 913 .				
steueridentifikation	type.Steueridentifikation	1	1.3.17	44
name	type.bzst.name	1	7.4.6	440
Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Rufname, der Familienname, der Ehenname, der Lebenspartner-schaftsname, der Geburtsname sowie der Doktorgrad übermittelt werden.				
geburt	type.Geburt	1	1.3.5	33
Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.				
anschrift	type.Anschrift	1	1.7.4	63

Kindelemente von <code>type.bzst.hinweisaufinkonsistenz.beteiligteperson</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
<p>Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.</p> <p>Umsetzungshinweise:</p> <p>Bei Anschriften im Geltungsbereich des MRRG sind mindestens der AGS, die Postleitzahl, die Gemeinde, der frühere Gemeindename und die Straße zu erfassen.</p>				
familienstand	<code>type.bzst.familienstand</code>	0..1	7.4.13	450
geschlecht	<code>type.Geschlecht</code>	0..1	1.3.6	34
tod	<code>type.Tod</code>	0..1	1.3.12	40

7.4.17 Datentyp für die Übermittlung von Informationen zu einer auswärtig gemeldeten Person innerhalb eines Hinweises auf Inkonsistenz

Typ: `type.bzst.hinweisaufinkonsistenz.beteiligteperson.anderebehoerde`

Für die Übermittlung eines Hinweises auf eine vermutete Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Melderegister können mit diesem Datentyp Informationen zu einer in einem anderen Melderegister geführten Person von dem Bundeszentralamt für Steuern an eine Meldebehörde übermittelt werden.

Bild 7-19 `type.bzst.hinweisaufinkonsistenz.beteiligteperson.anderebehoerde`



Dieser Typ ist eine Erweiterung des Basistyps `type.bzst.hinweisaufinkonsistenz.beteiligteperson` (siehe [Abschnitt 7.4.16 auf Seite 452](#)).

Kindelement von <code>type.bzst.hinweisaufinkonsistenz.beteiligteperson.anderebehoerde</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
erreichbare.meldebehoerde	<code>type.Erreichbare.Meldebehoerde</code>	1	1.9.5	75

7.5 Die Nachrichten

Eine Übersicht aller für den Datenaustausch mit dem Bundeszentralamt für Steuern spezifischen Nachrichten finden Sie in der [Tabelle auf Seite 455](#). Da es sich um eine Datenübermittlung zwischen Meldebehörden und anderen Behörden gemäß § 18 MRRG handelt, sind diese Nachrichten Bestandteil der Nachrichtenhauptgruppe **datenuebermittlung**, siehe [Abschnitt 6.5 auf Seite 365](#).

Alle Nachrichten zu <i>“Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden und BZSt (§ 139b AO)”</i>		
Nr.	Beschreibung	Seite
0500	<p>Die Meldebehörde fordert gemäß § 139b Abs. 7 AO für den/die Betroffenen die Vergabe einer IdNr an. Diese Nachricht (=Sammelnachricht) enthält das vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM) des/der Betroffenen.</p> <p>Eine Übermittlung von Plausibilitätsdaten (vgl. Nachricht 0502) ist aus folgendem Grund nicht notwendig: Man muss davon ausgehen, dass im Meldeamt die aktuellen, geprüften und maßgeblichen Daten vorliegen. Insbesondere in der Zwischenzeit der Erstanforderung der IdNr und der Zuteilung dieser kann und wird es vielfältige Veränderungen in den unterschiedlichen Datensätzen eines Steuerpflichtigen geben, z. B. eine Namensänderung. Diese Veränderung wird mit dem VBM entsprechend der Änderung an das BZSt verschickt. Wann diese in den Datenbestand des BZSt eingearbeitet werden, ist nicht nachvollziehbar. Da eine Zuordnung der zugesandten IdNr über die VBM eindeutig möglich ist, und bedingt durch die nicht nachvollziehbare Aktualität der Daten beim BZSt, wird es keine zusätzliche Plausibilitätsprüfung geben.</p> <p>Diese Nachricht wird auch verwendet, wenn für einen Betroffenen eine vorher (mit einer 0510-Nachricht) mitgeteilte Nichtzuständigkeit wieder zurückgenommen werden soll.</p> <p>Rechtsgrundlage: §§ 139b Abs. 7 und 8 AO und 39e Abs. 2 Nr. 1 – 3 EStG</p>	463
0501	<p>Die mit der Nachricht 0500 angeforderte IdNr wurde vom BZSt vergeben und wird mit dieser Nachricht der Meldebehörde mitgeteilt. Zur eindeutigen Zuordnung des Betroffenen bei der Meldebehörde wird das VBM zurück übermittelt, d. h. beide Elemente müssen gefüllt sein.</p> <p>Die Übermittlung der Nachricht 0501 folgt entweder direkt auf die Nachricht 0500 (wenn kein Konfliktfall vorlag) oder aber nach der Klärung eines Konfliktes durch eine der Nachrichten 0509 oder 0512.</p> <p>Die erfolgreiche Verarbeitung (Eintragung der IdNr und Löschung des vorläufigen Bearbeitungsmerkmals im Melderegister) der Nachricht 0501 ist dem Bundeszentralamt für Steuern mit der Quittungsnachricht administration.quittung.0920 (siehe Abschnitt 16.3 auf Seite 785) mitzuteilen. Hierfür ist der Schlüssel "Ebene 5" in der Quittungsnachricht anzugeben.</p>	464

Alle Nachrichten zu <i>“Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden und BZSt (§ 139b AO)”</i>		
Nr.	Beschreibung	Seite
0502	<p>Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn die, zu einer Person gespeicherten Daten gemäß §§ 139b Abs. 6 Nr. 1 – 10 AO und § 39e Abs. 2 Nr. 1 – 3 EStG (siehe auch Bruttomeldedaten, Abschnitt 7.4.12 auf Seite 447) geändert worden sind. Hierzu zählen auch Anschriftenänderungen innerhalb der Gemeinde, sofern keine Änderung des AGS aufgrund einer Ab- oder Aufspaltung einer Gemeinde erfolgt ist. (Änderungen des AGS sind in diesen Fällen mit Nachricht 0515 mitzuteilen). Änderungen des Namens aufgrund einer Adoption sowie eine Änderung des Vornamens und des Geschlechts nach dem Transsexuellengesetz sind ebenfalls mit dieser Nachricht zu übermitteln.</p> <p>Es werden grundsätzlich <i>alle beim BZSt zu speichernden Daten</i> übermittelt, um die Datenqualität jederzeit sicherstellen zu können.</p> <p>Der korrespondierende Datensatz in der BZSt-Datenbank ist mit dem in dieser Nachricht gelieferten Bruttodatensatz komplett zu überschreiben. Um sicherzustellen, dass die anhand der IdNr beim BZSt gefundene Person auch diejenige ist, deren Daten zu überschreiben sind, wird als zusätzliches Plausibilitätsmerkmal das Geburtsdatum übermittelt.</p> <p>Betrifft die Änderung das Geburtsdatum selbst, so wird zur Plausibilitätsprüfung das Geburtsdatum <i>vor Änderung</i> übermittelt, in der Nachricht selbst das <i>geänderte</i> Geburtsdatum.</p> <p>Ist einem Steuerpflichtigen die Steueridentifikation eines Kindes zugeschrieben oder zuzuschreiben, so ist auch für die Eintragung/Entfernung dieser Steueridentifikation bei dem Elternteil eine Nachricht 0502 für diesen zu übermitteln. Insbesondere ist darauf zu achten, dass nur die Steueridentifikation von minderjährigen Kindern, die in derselben Gemeinde wie der Betroffene mit Haupt- oder alleinigem Wohnsitz gemeldet sind, auch an das Bundeszentralamt für Steuern übermittelt werden dürfen. Verzieht ein Kind also aus der Gemeinde, ist für jeden Elternteil, mit dem das Kind verknüpft ist, eine Nachricht 0502 ohne die Steueridentifikation des Kindes zu übermitteln. Weitere Anlässe, die zu einer Übermittlung einer 0502 für jeden Elternteil führen, der mit dem Kind verknüpft ist, sind: Geburt eines Kindes, Tod eines Kindes, Volljährigkeit eines Kindes, Zuordnung oder Wegfall des Kindes zum Elternteil, Berichtigung des Geburtsdatums des Kindes mit der Konsequenz der Volljährigkeit/Minderjährigkeit</p> <p>Im Fall der Volljährigkeit eines Kindes ist es vertretbar, von der tagesaktuellen Lieferung der Nachricht 0502 abzuweichen, wenn es sich um den einzigen Übermittlungsgrund handelt. Aus wirtschaftlichen Gründen kann ein monatlicher Rythmus für die Datenübermittlung gewählt werden. Dabei gilt: wird eine Änderungsnachricht für einen Elternteil aus einem anderen Anlass erstellt, dürfen darin ausschließlich IdNr:n minderjähriger Kinder übermittelt werden.</p> <p>Wird die Steueridentifikation des Ehegatten eingetragen, geändert oder entfernt, führt dies unabhängig von der Gemeindezugehörigkeit des anderen Ehegatten zu einer Übermittlung einer Nachricht 0502.</p> <p>Die Einarbeitung einer Nachricht 0501 und somit die Ersetzung des VBM durch die IdNr für den Betroffenen, den Ehegatten oder das Kind löst grundsätzlich keine Nachricht 0502 aus.</p> <p>Der gemeindeübergreifende Wohnsitzwechsel ist mit der Nachricht datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504 zu übermitteln. Das Ende der Zuständigkeit (Tod, Wegzug ins Ausland oder nach unbekannt, Abmeldung von Amts wegen) ist mit der Nachricht datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510 zu übermitteln.</p> <p>Rechtsgrundlage: §§ 139b Abs. 8 AO und 39e Abs. 2 EStG</p>	466

Alle Nachrichten zu <i>“Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden und BZSt (§ 139b AO)”</i>		
Nr.	Beschreibung	Seite
0503	<p>Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der den Konflikt auslösenden Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten der Melderegister vorliegen.</p> <p>Die Meldebehörde ist verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen. Dazu erhält die Meldebehörde Informationen über alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden zu einem früheren Zeitpunkt an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)</p> <p>Außerdem wird das Element konfliktmanagement zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO</p>	468
0504	<p>Die Nachricht 0504 wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn eine Haupt- oder alleinige Wohnung in der Gemeinde durch Zuzug oder Statuswechsel begründet und dadurch diese Meldebehörde zuständig im Sinne § 139b AO wird. Voraussetzung dafür ist der Eingang einer 0203 mit VBM resp. IdNr.</p> <p>Es wird der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen sowie Plausibilitätsdaten übermittelt (nach §§ 139b Abs. 6 Nr. 1 – 10 AO und 39e Abs. 2 Nr. 1 – 3 EStG).</p> <p>Auf Seiten des BZSt bewirkt der Erhalt dieser Nachricht, dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von derjenigen Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden, die sich mit einer Nachricht diesen Typs als <i>“zuständig für den Betroffenen”</i> erklärt hat.</p> <p>Rechtsgrundlage: §§ 139b Abs. 8 AO und 39e Abs. 2 EStG</p>	470
0506	<p>Mit dieser Nachricht zieht eine Meldebehörde einen früher gestellten Antrag (mit einer Nachricht 0500) auf Erteilung einer IdNr zurück.</p> <p>Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt gesandt, nachdem innerhalb der Meldebehörde eine <i>Klärung von Amts wegen</i> zu dem Ergebnis geführt hat, dass eine frühere Anforderung der Vergabe einer IdNr zu Unrecht erfolgt ist.</p> <p>In der Praxis wird BZSt-seitig als Reaktion auf eine Nachricht datenuebermittlung.anforderungidnr.0500 unverzüglich eine Nachricht datenuebermittlung.antwortidnr.0501 oder eine datenuebermittlung.konfliktmitteilungausloeser.0503 generiert (vgl. Abschnitt 7.3.6 auf Seite 433).</p> <p>Wenn das BZSt bereits eine Nachricht 0501 versendet hat, wird die Nachricht 0506 vom BZSt wie eine Nachricht 0507 interpretiert und die Meldebehörde reagiert auf die 0501 mit der Nachricht datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513.</p> <hr/> <p>Bitte beachten Sie, dass die Übermittlung dieser Nachricht dann zur endgültigen Löschung des Datensatzes beim Bundeszentralamt für Steuern führt. Die betroffene Person erhält in diesem Fall automatisch ein Schreiben zur Stilllegung der IdNr.</p> <hr/> <p>Sollte die Anforderung eine Konfliktmeldung ausgelöst haben, so wird die Nachricht 0506 vom BZSt ignoriert und die Meldebehörde muss den (ihr per Nachricht 0503 mitgeteilten) Konflikt per Nachricht datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511 auflösen.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO</p>	472

Alle Nachrichten zu <i>“Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden und BZSt (§ 139b AO)”</i>		
Nr.	Beschreibung	Seite
0507	<p>Mit dieser Nachricht wird eine IdNr und der dazugehörige Datensatz im Bundeszentralamt für Steuern storniert. Hiermit kann</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein irrtümlich erfasster erstmaliger Zuzug einer Person aus dem Ausland, • eine irrtümlich erfasste Geburt oder • eine doppelte Bestandsführung einer Person im Melderegister rückgängig gemacht werden. <hr/> <p>Bitte beachten Sie, dass die Übermittlung dieser Nachricht immer zur endgültigen Löschung des Datensatzes beim Bundeszentralamt für Steuern führt. Die betroffene Person erhält in diesem Fall automatisch ein Schreiben zur Stilllegung der IdNr.</p> <hr/> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG</p>	474
0508	<p>Wird in einer von einer Meldebehörde erhaltenen Nachricht bei der BZSt-seitigen Plausibilitätskontrolle ein Fehler entdeckt, so sendet das BZSt eine Nachricht 0508 an die entsprechende Meldebehörde.</p> <p>Darin wird mit der Schlüsseltabelle 49 der Meldebehörde eine grobe Fehlerklassifizierung übermittelt. Mit differenzierten Hinweisen resp. Freitexten in den zusätzlichen Feldern kann das BZSt eine eigene Fehlerbeschreibung angeben. – Damit bekommt das BZSt einen Gestaltungsspielraum unabhängig von OSCI–XMeld.</p> <p>Beispiele für Fehler sind: Geburts- oder Todesdatum liegt in der Zukunft, übermittelte Felder sind leer, etc.</p> <p>Bei dieser Nachricht handelt es sich um eine Sammelnachricht. Somit kann das BZSt mehrere Fälle, die sich auf verschiedene fehlerhafte Datensätze aus einer Sammelnachricht beziehen, an eine Meldebehörde übermitteln.</p> <p>Auf nicht spezifikationskonforme Nachrichten (z.B. Verwendung von nicht in den Schlüsseltabellen aufgeführten Schlüsseln, syntaktisch nicht korrekte IdNr, vgl. Abschnitt auf Seite 10) reagiert das BZSt – wie grundsätzlich in OSCI–XMeld geregelt – mit der administrativen Nachricht <code>administration.returntosender.0900</code> und nicht mit der Nachricht <code>datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508</code>.</p> <p>Das im Element <code>tagdergeburt.bzst</code> übermittelte BZSt-seitig gespeicherte Geburtsdatum der Person muss von der Meldebehörde bei einer erneuten Übermittlung eines Sachverhalts als Plausibilisierungsdatum verwendet werden.</p> <p>Rechtsgrundlage: §§ 4a Abs. 3 MRRG und 139b Abs. 9 AO</p>	476
0509	<p>Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit dem angegebenen VBM zu Recht geführt wird (in dieser Konstellation handelt es sich in dem Konfliktfall um mindestens zwei verschiedene Personen, die in den beteiligten Meldebehörden zu Recht geführt werden), die Meldebehörde also zuständig ist. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0503 geschickt werden (mit Ausnahme der Sachverhalte, die in Abschnitt 7.3.9 auf Seite 435 bzw. Abschnitt 7.3.10 auf Seite 435 dargestellt sind).</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG</p>	479

Alle Nachrichten zu “Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden und BZSt (§ 139b AO)”		
Nr.	Beschreibung	Seite
0510	<p>Mit dieser Nachricht teilt eine Meldebehörde dem BZSt mit, dass sie nicht mehr für den Betroffenen zuständig ist. Diese Nachricht wird geschickt, wenn entweder eine Abmeldung ins Ausland/Unbekannt, eine Abmeldung von Amts wegen oder der Tod des Betroffenen vorliegt. Außerdem wird diese Nachricht verwendet, wenn dem BZSt mitgeteilt werden muss, dass eine Person irrtümlich im Melderegister angelegt wurde, sofern es sich nicht um einen Anwendungsfall der Nachricht 0507 handelt, oder ein Sterbedatum korrigiert werden muss.</p> <p>Die Nachricht ist nicht im Falle von Adoptionen oder Änderungen nach dem Transsexuellengesetz zu verwenden – diese sind über eine Nachricht datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502 zu übermitteln, da die IdNr ein Leben lang erhalten bleiben muss.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (8) AO</p>	480
0511	<p>Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit dem angegebenen VBM nicht geführt wird. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0503 geschickt werden. Aus diesen Nachrichten sind dafür die Daten der auslösenden Person in das Element konfliktfall.person zu übernehmen.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG</p>	481
0512	<p>Mit dieser Nachricht kann eine Meldebehörde (nach Klärung) eine fehlerhafte Beantragung einer IdNr zurückziehen. Gleichzeitig teilt sie dem BZSt die Steueridentifikation mit, die sie im Rahmen des Klärungsprozesses ermittelt hat (bei dieser Konstellation handelt sich um ein und die selbe Person bei den, am Konfliktfall beteiligten Meldebehörden).</p> <p>Diese Nachricht ist daher eine der möglichen Antwortnachrichten auf die Konfliktmitteilungsnachricht 0503.</p> <p>Nach dem Erhalt dieser Nachricht übermittelt das Bundeszentralamt für Steuern die vergebene IdNr mit der Nachricht 0501 an die Meldebehörde. Erst mit dem Erhalt der Nachricht 0501 darf im Melderegister das vorläufige Bearbeitungsmerkmal durch die IdNr ersetzt werden.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG</p>	482
0513	<p>Diese Nachricht wird in folgenden Fällen von der Meldebehörde an das BZSt geschickt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0501 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM-Zuordnung möglich ist • Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachrichten 0508 oder 0516 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM/IdNr-Zuordnung möglich ist • Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0517 für die betroffene Person (Element steueridentifikation.betroffener) nicht mehr zuständig, so dass keine VBM/IDNr-Zuordnung möglich ist <p>Aufgrund dessen können nur die Angaben aus der erhaltenen Nachricht (0501, 0508, 0516 oder 0517) zurückgesendet werden.</p>	484
0514	<p>Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, falls der Brief mit der IdNr nicht zugestellt werden konnte.</p>	485

Alle Nachrichten zu <i>“Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden und BZSt (§ 139b AO)”</i>		
Nr.	Beschreibung	Seite
0515	<p>Mit dieser Nachricht teilt die Meldebehörde dem BZSt die sich aufgrund einer Abspaltung ergebende Änderung des AGS der abgespaltenen Gemeinde oder die sich aufgrund einer Aufspaltung ergebenden AGS-Änderungen aller neuen Gemeinden mit (vgl. Abschnitt Abschnitt 7.3.15 auf Seite 439).</p> <p>Ändern sich in diesem Zusammenhang weitere Anschriftendaten (z.B. Änderung von Straßennamen), werden diese ebenfalls mit dieser Nachricht mitgeteilt.</p> <p>Es werden der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen gemäß §§ 139b Abs. 6 Nr. 1-10 AO und 39e Abs. 2 Nr. 1-3 EStG sowie alle Plausibilitätsdaten übermittelt.</p> <p>Der Erhalt der Nachricht <code>datenuebermittlung.umbenennungagswohno.0515</code> wird auf Seiten des BZSt als Erklärung der Zuständigkeit aufgefasst, d. h. dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von der entsprechenden Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden.</p> <p>Änderungen der Anschriftendaten die nicht im Zusammenhang mit der Ab- oder Aufspaltung einer Gemeinde stehen sind ausschließlich mit <code>datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502</code> zu übermitteln.</p> <p>Rechtsgrundlage: §§ 139b Abs. 8 AO und 39e Abs. 2 EStG</p>	487
0516	<p>Mit dieser Nachricht informiert das BZSt die Meldebehörde über das Vorliegen konkreter Anhaltspunkte, die auf eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit im Melderegister hinweisen. Je nach Art des Hinweises (Schlüsseltabelle Hinweisart) kann diese Nachricht Daten von einer oder mehreren, von der vermuteten Unrichtigkeit betroffenen, Personen aus der eigenen und aus weiteren beteiligten Meldebehörden enthalten.</p> <p>Bei Hinweisen, die mehrere Meldebehörden betreffen, versendet das BZSt den Hinweis immer nur an eine führende Meldebehörde (welche dies ist, ist pro Hinweisart festgelegt).</p> <p>Im Gegensatz zur Nachricht 0508 wird diese Nachricht aus Sicht der Meldebehörde nicht zwingend als unmittelbare Reaktion auf eine eigene gesendete Nachricht empfangen (es findet keine Abweisung einer Nachricht durch das BZSt statt).</p> <p>Konfliktfälle / Dubletten werden durch die gesonderte Nachricht 0503 mitgeteilt.</p> <p>Siehe dazu auch Abschnitt 7.3.4 auf Seite 427.</p>	488
0517	<p>Mit dieser Nachricht informiert das Bundeszentralamt für Steuern über die Zuteilung einer IdNr für einen nicht mit Haupt- oder alleinigem Wohnsitz in der Gemeinde gemeldeten Ehegatten, für den jedoch ein vorläufiges Bearbeitungsmerkmal gespeichert ist. Neben der Steueridentifikation des Betroffenen wird das bisher gespeicherte vorläufige Bearbeitungsmerkmal des auswärtigen Ehegatten zur Identifizierung mitgeliefert. Die Meldebehörde ersetzt auf diese Nachricht hin das vorläufige Bearbeitungsmerkmal des auswärtigen Ehegatten durch die gelieferte IdNr des auswärtigen Ehegatten.</p> <p>Falls die Meldebehörde die Nachricht <code>datenuebermittlung.zuteilungidnrehegatteausserhalb.0517</code> erhält, obwohl sie für die in der Nachricht genannte betroffene Person (Element <code>steueridentifikation.betroffener</code>) nicht zuständig ist, so übermittelt die Meldebehörde die Nachricht <code>datenuebermittlung.nichtmehr-zustaendigkeit.0513</code> für diese Person.</p>	490

Alle Nachrichten zu <i>“Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden und BZSt (§ 139b AO)”</i>		
Nr.	Beschreibung	Seite
0518	<p>Mit dieser Nachricht fragt die Meldebehörde die IdNr eines im Inland gemeldeten Ehegatten an, der nicht in der gleichen Gemeinde mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldet ist. Dazu übermittelt die Meldebehörde neben den Identifikationsdaten für den auswärtigen Ehegatten zur Plausibilisierung auch die IdNr und das Geburtsdatum für die in der anfragenden Gemeinde gemeldete Person.</p> <p>Ergeben die übermittelten Identifikationsdaten des auswärtigen Ehegatten (Name, Geburtsdatum, AGS des Wohnorts) einen eindeutigen Treffer im Datenbestand des BZSt, so übermittelt das BZSt die IdNr des Ehegatten mit der Nachricht <code>dateneuebermittlung.antwortidnrauswaertigerehegatte.0519</code> an die Meldebehörde. – Sofern die Identifikationsdaten des auswärtigen Ehegatten nicht vollständig sind, darf diese Anfrage nicht gestellt werden. In diesem Fall würde das BZSt mit einer Nachricht <code>administration.returntosender.0900</code> antworten.</p> <p>Die Anwendung des Anfrageverfahrens soll in der Regel automatisiert, ohne Einbeziehung des Sachbearbeiters erfolgen (vgl. Abschnitt 7.3.1.1 auf Seite 421).</p> <p>Bei der Anfrage wird die IdNr der Person aus der anfragenden Gemeinde plausibilisiert. In den folgenden Fällen wird eine Nachricht 0508 übermittelt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die übermittelte IdNr ist laut BZSt nicht in dieser Gemeinde gemeldet (Fehlercode 30001) 2. die übermittelte IdNr ist dem BZSt unbekannt (Fehlercode 30006) 3. das übermittelte Geburtsdatum ist nicht mit dem im BZSt gespeicherten Geburtsdatum identisch (Fehlercode 30016) 	491
0519	<p>Mit dieser Nachricht beantwortet das Bundeszentralamt für Steuern eine Anfrage der IdNr eines auswärtigen Ehegatten (Nachricht <code>dateneuebermittlung.anfrageidnrauswaertigerehegatte.0518</code>)</p> <p>Die Verarbeitung dieser Nachricht in der Meldebehörde soll in der Regel automatisiert ohne Einbeziehung des Sachbearbeiters erfolgen (vgl. Abschnitt 7.3.1.1 auf Seite 421).</p> <p>Mit dem Erhalt dieser Nachricht ist der Prozess abgeschlossen. Sollte die Antwortnachricht auf eine nicht (mehr) zuständige Meldebehörde treffen, so ist die Nachricht zu ignorieren.</p> <p>Wie alle Änderungen an den an das BZSt zu übermittelnden Daten hat auch die Hinzuspeicherung der IdNr eines Ehegatten eine Nachricht <code>dateneuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502</code> zur Folge.</p>	492

Die Meldebehörde fordert eine IdNr mit der Nachricht `dateneuebermittlung.anforderungidnr.0500` ([Abschnitt 7.5.1 auf Seite 463](#)) vom BZSt an. Nachdem die IdNr vergeben worden ist, wird sie vom BZSt mit der Nachricht `dateneuebermittlung.antwortidnr.0501` ([Abschnitt 7.5.2 auf Seite 464](#)) an die Meldebehörde gesendet.

Sofern das BZSt auf Seiten der Meldebehörde(n) einen Konflikt vermutet, sendet das BZSt die Nachricht `dateneuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503` ([Abschnitt 7.5.4 auf Seite 468](#)) an die den Konflikt auslösende Meldebehörde. Falls vom BZSt eindeutig ein Fehler in der empfangenen Nachricht festgestellt wurde, so versendet das BZSt die Nachricht `dateneuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508` ([Abschnitt 7.5.8 auf Seite 476](#)) an die Meldebehörde, von der die Nachricht empfangen worden ist.

Mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509** ([Abschnitt 7.5.9 auf Seite 479](#)) teilt die Meldebehörde dem BZSt im Konfliktfall mit, dass die Person mit der angegebenen IdNr zu Recht im Melderegister der Meldebehörde geführt wird. Mit der Nachricht **datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511** ([Abschnitt 7.5.11 auf Seite 481](#)) teilt die Meldebehörde dem BZSt im Konfliktfall mit, dass die Person mit der angegebenen IdNr nicht (mehr) im Melderegister der Meldebehörde geführt wird. Mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512** ([Abschnitt 7.5.12 auf Seite 482](#)) teilt die Meldebehörde dem BZSt im Konfliktfall zu einen mit, dass die Person mit der angegebenen IdNr zu Recht im Melderegister der Meldebehörde geführt wird, zum anderen, dass eine Dublette zusammengeführt wurde.

Sollte eine Meldebehörde auf eine Konfliktmitteilungsnachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503** nicht innerhalb einer bestimmten Zeit antworten, kann das BZSt diese Nachricht – mit einem entsprechenden Erinnerungsstatus versehen – erneut an die Meldebehörde versenden.

Änderungen an den im Melderegister gespeicherten Personendaten werden von der Meldebehörde mit der Nachricht **datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502** ([Abschnitt 7.5.3 auf Seite 466](#)) an das BZSt weitergegeben.

Mit der Nachricht **datenuebermittlung.storn oanforderungidnr.0506** ([Abschnitt 7.5.6 auf Seite 472](#)) kann die Meldebehörde eine irrtümlich durchgeführte IdNr-Anforderung beim BZSt stornieren.

Hinweis: Die Nachricht **datenuebermittlung.storn oanforderungidnr.0506** wird voraussichtlich zu Release H entfallen.

Sofern sich (durch Statuswechsel oder Umzug) ein Zuständigkeitswechsel ergibt, teilt die zukünftig zuständige Meldebehörde diesen Sachverhalt dem BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** ([Abschnitt 7.5.5 auf Seite 470](#)) mit. Mit der Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** ([Abschnitt 7.5.10 auf Seite 480](#)) kann eine Meldebehörde ihre bisherige Zuständigkeit für einen Steuerpflichtigen für beendet erklären.

Es ist möglich, dass durch meldebehördeninterne Konsolidierung festgestellt wird, dass eine Person aus dem Melderegister zu streichen ist. Dies wird dem BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.stornierungperson.0507** ([Abschnitt 7.5.7 auf Seite 474](#)) mitgeteilt.

Mit den Nachrichten **datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513** ([Abschnitt 7.5.13 auf Seite 484](#)) und **datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514** ([Abschnitt 7.5.14 auf Seite 485](#)) informiert die Meldebehörde das BZSt über die Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung.

Mit der Nachricht **datenuebermittlung.hinweisaufinkonsistenz.0516** teilt das Bundeszentralamt für Steuern Hinweise auf Inkonsistenzen oder Unvollständigkeiten des Melderegisters bzgl. zugeschriebener Personen mit. Der Spezialfall der Zuteilung einer IdNr für den auswärtigen Ehegatten wird mit der gesonderten Nachricht **datenuebermittlung.zuteilungidnrehegatteausserhalb.0517** übermittelt.

Fehlt im Melderegister die Steueridentifikation des auswärtigen Ehegatten, so fragt die Meldebehörde diese mit Nachricht **datenuebermittlung.anfrageidnrauswaertigerehegatte.0518** beim BZSt an. Die Antwort auf die Anfrage wird mit Nachricht **datenuebermittlung.antwortidnrauswaertigerehegatte.0519** vom BZSt an die Meldebehörde übermittelt. Bei Nichtmehrzuständigkeit für die Person in der Meldebehörde wird die Nachricht **datenuebermittlung.antwortidnrauswaertigerehegatte.0519** ignoriert. Der Prozess sollte nach Möglichkeit ohne Beteiligung des Sachbearbeiters erfolgen und nur bei Fehlermeldungen an diesen ausgesteuert werden.

7.5.1 Anforderung der IdNr

Nachricht: **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500**

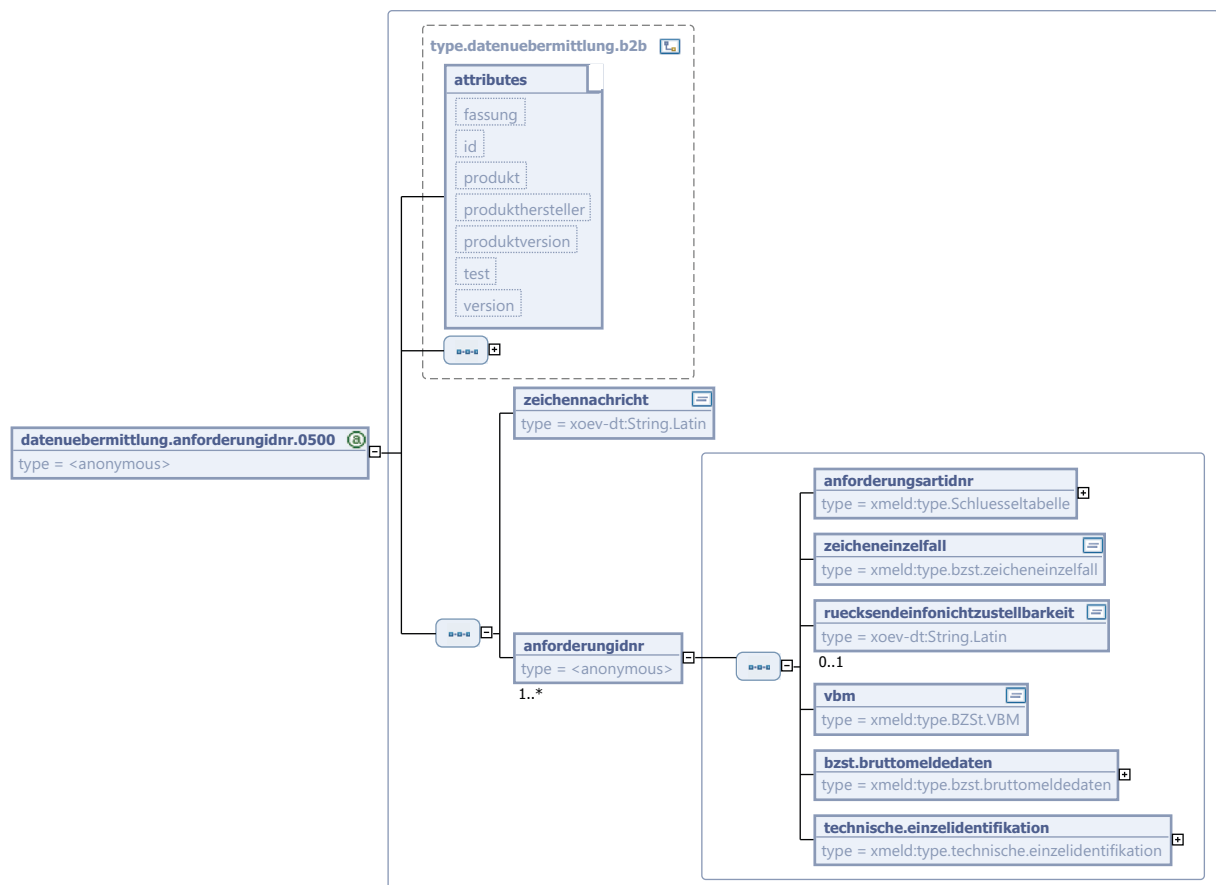
Die Meldebehörde fordert gemäß § 139b Abs. 7 AO für den/die Betroffenen die Vergabe einer IdNr an. Diese Nachricht (=Sammelnachricht) enthält das vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM) des/der Betroffenen.

Eine Übermittlung von Plausibilitätsdaten (vgl. Nachricht 0502) ist aus folgendem Grund nicht notwendig: Man muss davon ausgehen, dass im Meldeamt die aktuellen, geprüften und maßgeblichen Daten vorliegen. Insbesondere in der Zwischenzeit der Erstanforderung der IdNr und der Zuteilung dieser kann und wird es vielfältige Veränderungen in den unterschiedlichen Datensätzen eines Steuerpflichtigen geben, z. B. eine Namensänderung. Diese Veränderung wird mit dem VBM entsprechend der Änderung an das BZSt verschickt. Wann diese in den Datenbestand des BZSt eingearbeitet werden, ist nicht nachvollziehbar. Da eine Zuordnung der zugesandten IdNr über die VBM eindeutig möglich ist, und bedingt durch die nicht nachvollziehbare Aktualität der Daten beim BZSt, wird es keine zusätzliche Plausibilitätsprüfung geben.

Diese Nachricht wird auch verwendet, wenn für einen Betroffenen eine vorher (mit einer 0510-Nachricht) mitgeteilte Nichtzuständigkeit wieder zurückgenommen werden soll.

Rechtsgrundlage: §§ 139b Abs. 7 und 8 AO und 39e Abs. 2 Nr. 1 – 3 EStG

Bild 7-20 datenuebermittlung.anforderungidnr.0500



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps **type.datenuebermittlung.b2b** (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.anforderungidnr.0500</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
zeichennachricht	<code>String.Latin</code>	1	J.1	
Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.				
anforderungidnr		1..n		
Der Typ <code>type.anforderungidnr</code> enthält Daten über den Steuerpflichtigen sowie die Anforderungsart.				
anforderungsartidnr	<code>type.Schluesseltabelle</code>	1		
Anforderungsart der IdNr. Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 46: <i>Mitteilung der Zuständigkeit</i> auf Seite 881 .				
zeicheneinzelfall	<code>type.bzst.zeicheneinzelfall</code>	1	7.4.5	440
Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.				
ruecksendeinfonichtzustellbarkeit	<code>String.Latin</code>	0..1	J.1	
Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.) Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann ermittelt das BZSt über den AGS gegen eine bereinigte Bundesgemeindedatei die Angaben zur Aufbereitung der Absenderzeile für den Fall der Unzustellbarkeit selbst. Umsetzungshinweise: Wenn vorhanden, ist hier die Postfachadresse der Meldebehörde (Behördenname, Postfach, PLZ, Ort bzw. Behördenname, PLZ-Großkunde, Ort) anzugeben.				
vbm	<code>type.BZSt.VBM</code>	1	1.3.19	45
bzst.bruttomeldedaten	<code>type.bzst.bruttomeldedaten</code>	1	7.4.12	447
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	2.4.3	118

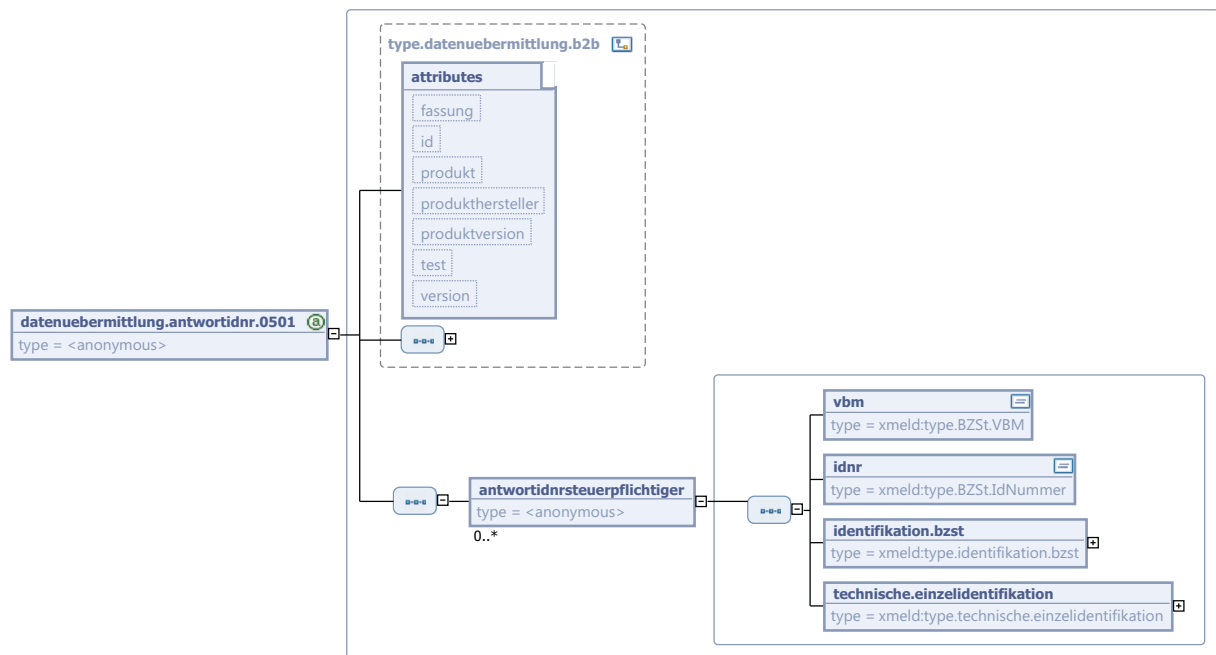
7.5.2 Mitteilung der IdNr durch das BZSt

Nachricht: `datenuebermittlung.antwortidnr.0501`

Die mit der Nachricht 0500 angeforderte IdNr wurde vom BZSt vergeben und wird mit dieser Nachricht der Meldebehörde mitgeteilt. Zur eindeutigen Zuordnung des Betroffenen bei der Meldebehörde wird das VBM zurück übermittelt, d. h. beide Elemente müssen gefüllt sein.

Die Übermittlung der Nachricht 0501 folgt entweder direkt auf die Nachricht 0500 (wenn kein Konfliktfall vorlag) oder aber nach der Klärung eines Konfliktes durch eine der Nachrichten 0509 oder 0512.

Die erfolgreiche Verarbeitung (Eintragung der IdNr und Löschung des vorläufigen Bearbeitungsmerkmals im Melderegister) der Nachricht 0501 ist dem Bundeszentralamt für Steuern mit der Quittungsnachricht `administration.quittung.0920` (siehe [Abschnitt 16.3 auf Seite 785](#)) mitzuteilen. Hierfür ist der Schlüssel "Ebene 5" in der Quittungsnachricht anzugeben.

Bild 7-21 datenuebermittlung.antwortidnr.0501

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.antwortidnr.0501</code>					
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite	
antwortidnrsteuerpflichtiger		0..n			
Der Typ <code>type.antwortidnrsteuerpflichtiger</code> enthält die Steueridentifikationsdaten des Steuerpflichtigen sowie einen Datenblock mit minimalen Identifikationsdaten (wird nur benötigt, falls zwischenzeitlich auf Seiten der Meldebehörde das VBM des Betroffenen gelöscht worden ist).					
vbm	<code>type.BZSt.VBM</code>	1	1.3.19	45	
idnr	<code>type.BZSt.IdNummer</code>	1	1.3.18	45	
identifikation.bzst	<code>type.identifikation.bzst</code>	1	7.4.11	446	
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	2.4.3	118	

7.5.3 Änderung der Daten des Steuerpflichtigen

Nachricht: datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502

Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn die, zu einer Person gespeicherten Daten gemäß §§ 139b Abs. 6 Nr. 1 – 10 AO und § 39e Abs. 2 Nr. 1 – 3 EStG (siehe auch Bruttomeldedaten, [Abschnitt 7.4.12 auf Seite 447](#)) geändert worden sind. Hierzu zählen auch Anschriftenänderungen innerhalb der Gemeinde, sofern keine Änderung des AGS aufgrund einer Ab- oder Aufspaltung einer Gemeinde erfolgt ist. (Änderungen des AGS sind in diesen Fällen mit Nachricht 0515 mitzuteilen). Änderungen des Namens aufgrund einer Adoption sowie eine Änderung des Vornamens und des Geschlechts nach dem Transsexuellengesetz sind ebenfalls mit dieser Nachricht zu übermitteln.

Es werden grundsätzlich *alle beim BZSt zu speichernden Daten* übermittelt, um die Datenqualität jederzeit sicherstellen zu können.

Der korrespondierende Datensatz in der BZSt-Datenbank ist mit dem in dieser Nachricht gelieferten Bruttodatenatz komplett zu überschreiben. Um sicherzustellen, dass die anhand der IdNr beim BZSt gefundene Person auch diejenige ist, deren Daten zu überschreiben sind, wird als zusätzliches Plausibilitätsmerkmal das Geburtsdatum übermittelt.

Betrifft die Änderung das Geburtsdatum selbst, so wird zur Plausibilitätsprüfung das Geburtsdatum *vor Änderung* übermittelt, in der Nachricht selbst das *geänderte* Geburtsdatum.

Ist einem Steuerpflichtigen die Steueridentifikation eines Kindes zugeschrieben oder zuzuschreiben, so ist auch für die Eintragung/Entfernung dieser Steueridentifikation bei dem Elternteil eine Nachricht 0502 für diesen zu übermitteln. Insbesondere ist darauf zu achten, dass nur die Steueridentifikation von minderjährigen Kindern, die in derselben Gemeinde wie der Betroffene mit Haupt- oder alleinigem Wohnsitz gemeldet sind, auch an das Bundeszentralamt für Steuern übermittelt werden dürfen. Verzieht ein Kind also aus der Gemeinde, ist für jeden Elternteil, mit dem das Kind verknüpft ist, eine Nachricht 0502 ohne die Steueridentifikation des Kindes zu übermitteln. Weitere Anlässe, die zu einer Übermittlung einer 0502 für jeden Elternteil führen, der mit dem Kind verknüpft ist, sind: Geburt eines Kindes, Tod eines Kindes, Volljährigkeit eines Kindes, Zuordnung oder Wegfall des Kindes zum Elternteil, Berichtigung des Geburtsdatums des Kindes mit der Konsequenz der Volljährigkeit/Minderjährigkeit

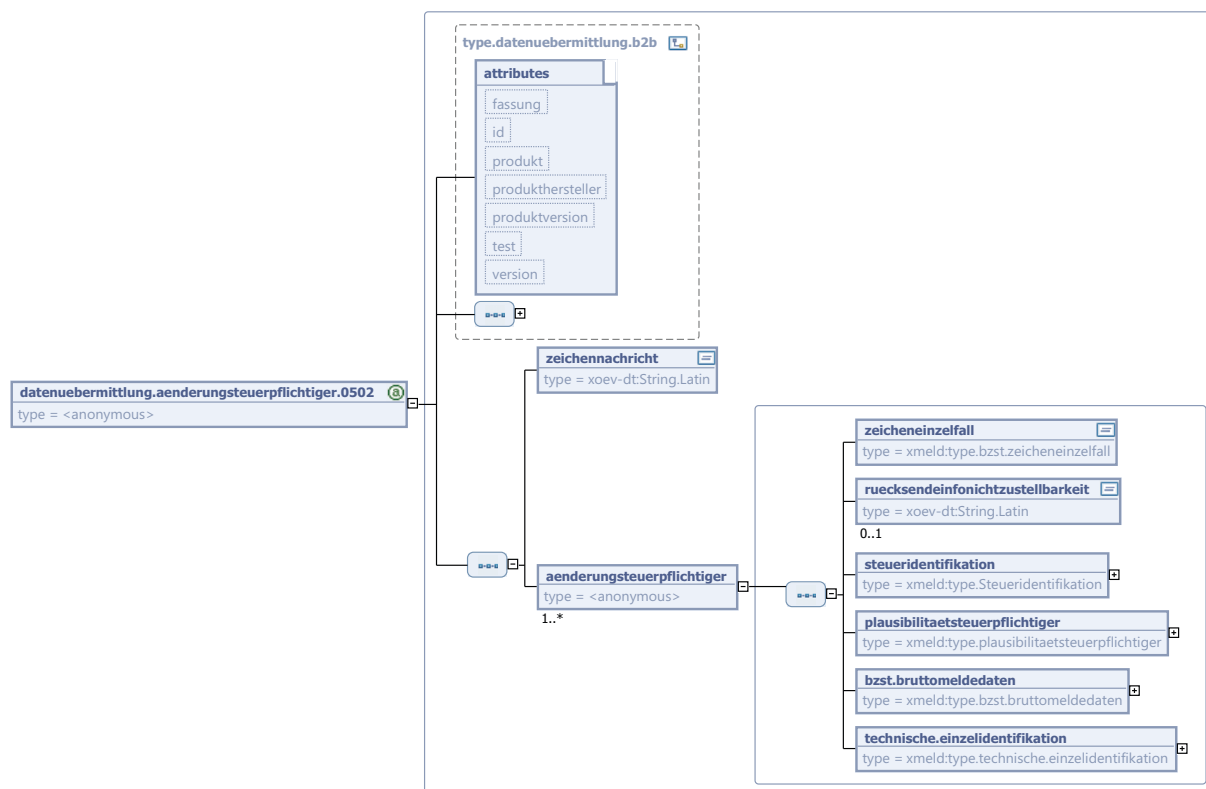
Im Fall der Volljährigkeit eines Kindes ist es vertretbar, von der tagesaktuellen Lieferung der Nachricht 0502 abzuweichen, wenn es sich um den einzigen Übermittlungsgrund handelt. Aus wirtschaftlichen Gründen kann ein monatlicher Rythmus für die Datenübermittlung gewählt werden. Dabei gilt: wird eine Änderungsnachricht für einen Elternteil aus einem anderen Anlass erstellt, dürfen darin ausschließlich IdNr'n minderjähriger Kinder übermittelt werden.

Wird die Steueridentifikation des Ehegatten eingetragen, geändert oder entfernt, führt dies unabhängig von der Gemeindezugehörigkeit des anderen Ehegatten zu einer Übermittlung einer Nachricht 0502.

Die Einarbeitung einer Nachricht 0501 und somit die Ersetzung des VBM durch die IdNr für den Betroffenen, den Ehegatten oder das Kind löst grundsätzlich keine Nachricht 0502 aus.

Der gemeindeübergreifende Wohnsitzwechsel ist mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** zu übermitteln. Das Ende der Zuständigkeit (Tod, Wegzug ins Ausland oder nach unbekannt, Abmeldung von Amts wegen) ist mit der Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** zu übermitteln.

Rechtsgrundlage: §§ 139b Abs. 8 AO und 39e Abs. 2 EStG

Bild 7-22 datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
zeichennachricht	String.Latin	1	J.1	
Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.				
aenderungsteuerpflichtiger		1..n		
Der Typ <code>type.aenderungsteuerpflichtiger</code> enthält geänderte Daten über den Steuerpflichtigen sowie die Änderungsart.				
zeicheneinzelfall	type.bzst.zeicheneinzelfall	1	7.4.5	440
Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.				
ruecksendeinfonichtzustellbarkeit	String.Latin	0..1	J.1	

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
<p>Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.)</p> <p>Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann ermittelt das BZSt über den AGS gegen eine bereinigte Bundesgemeindedatei die Angaben zur Aufbereitung der Absenderzeile für den Fall der Unzustellbarkeit selbst. Die Übermittlung dieser Information ist nur erforderlich, bis die Erstzuteilung der IdNr abgeschlossen ist.</p> <p>Umsetzungshinweise:</p> <p>Wenn vorhanden, ist hier die Postfachadresse der Meldebehörde (Behördenname, Postfach, PLZ, Ort bzw. Behördenname, PLZ-Großkunde, Ort) anzugeben.</p>				
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	1.3.17	44
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	7.4.10	445
bzst.bruttomeldedaten	<code>type.bzst.bruttomeldedaten</code>	1	7.4.12	447
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	2.4.3	118

7.5.4 Mitteilung des BZSt über einen vermuteten Konfliktfall an die auslösende Meldebehörde

Nachricht: `datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503`

Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der den Konflikt auslösenden Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten der Melderegister vorliegen.

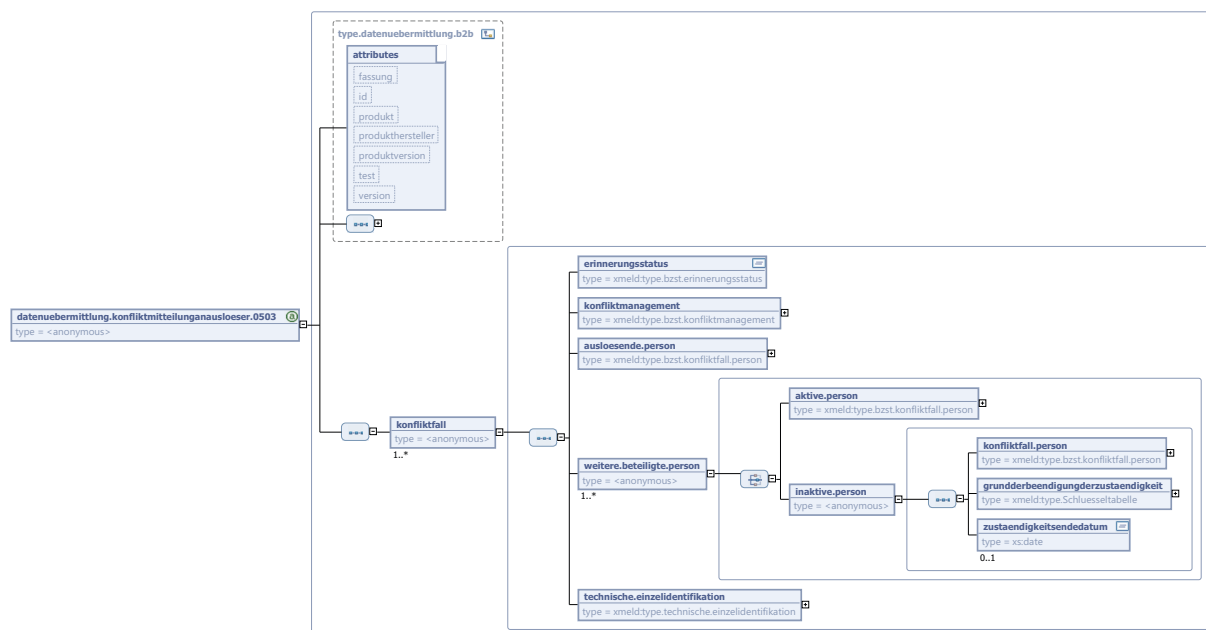
Die Meldebehörde ist verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen. Dazu erhält die Meldebehörde Informationen über alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden zu einem früheren Zeitpunkt an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)

Außerdem wird das Element **konfliktmanagement** zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO

Umsetzungshinweise:

Für Personen, zu denen im BZSt keine Organisationseinheit(en) in der zuständigen Meldebehörde bekannt sind, wird in der Konfliktfallnachricht 0503 genau *eine* ORGANISATIONSEINHEIT mit der Bezeichnung **Unbekannt** und der Hierarchieebene **999** übermittelt.

Bild 7-23 datenuebermittlung.konfliktmitteilungausloeser.0503

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.konfliktmitteilungausloeser.0503</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
konfliktfall		1..n		
<p>Dieses Element wird zur Übermittlung genau eines Konfliktfalls verwendet. Zu einem Konfliktfall gehört immer die den Konflikt auslösende und mindestens eine weitere Person. Innerhalb der umfassenden Nachricht 0503 kann dieses Element allerdings n-mal auftreten.</p> <p>Falls eine Meldebehörde auf die initiale Konfliktmitteilung nicht reagiert, hat das BZSt die Möglichkeit, diese Nachricht erneut zu schicken. Dabei nutzt das BZSt das Feld <code>erinnerungsstatus</code>, um der Meldebehörde qualifiziert mitzuteilen, welche Erinnerungsstufe vorliegt.</p>				
erinnerungsstatus	<code>type.bzst.erinnerungsstatus</code>	1	7.4.4	440
Das Feld <code>erinnerungsstatus</code> dient der Übermittlung von Erinnerungs-Warnstufen an die Meldebehörde.				
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	7.4.8	443
ausloesende.person	<code>type.bzst.konfliktfall.person</code>	1	7.4.9	444
Die hier übermittelten Personendaten sind Auslöser des zu lösenden Dublettenproblems.				
weitere.beteiligte.person		1..n		
Für jede weitere am Dublettenproblem beteiligte Person (aktiv oder inaktiv) ist dieses Element genau einmal zu übermitteln.				
aktive.person	<code>type.bzst.konfliktfall.person</code>	1	7.4.9	444
Mit diesem Element wird eine aktive, am Dublettenproblem beteiligte Person gekennzeichnet.				
inaktive.person		1		
Mit diesem Element wird eine inaktive, am Dublettenproblem beteiligte Person gekennzeichnet.				

Kindelement von <code>datenuebermittlung.konfliktmitteilungausloeser.0503</code>					
Kindelement		Typ	Anz.	Ref.	Seite
	konfliktfall.person	<code>type.bzst.konfliktfall.person</code>	1	7.4.9	444
	grundderbeendigung-derzustandigkeit	<code>type.Schluesselfeld</code>	1		
	Beendigung der Zuständigkeit Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 48: <i>Mitteilung der Beendigung der Zuständigkeit</i> auf Seite 882 .				
	zustandigkeitsendedatum	<code>xs:date</code>	0..1		
	Mit diesem Datum teilt die Meldebehörde den Zeitpunkt des Endes ihrer Zuständigkeit mit.				
	technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	2.4.3	118

7.5.5 Änderung der für den Steuerpflichtigen zuständigen Meldebehörde

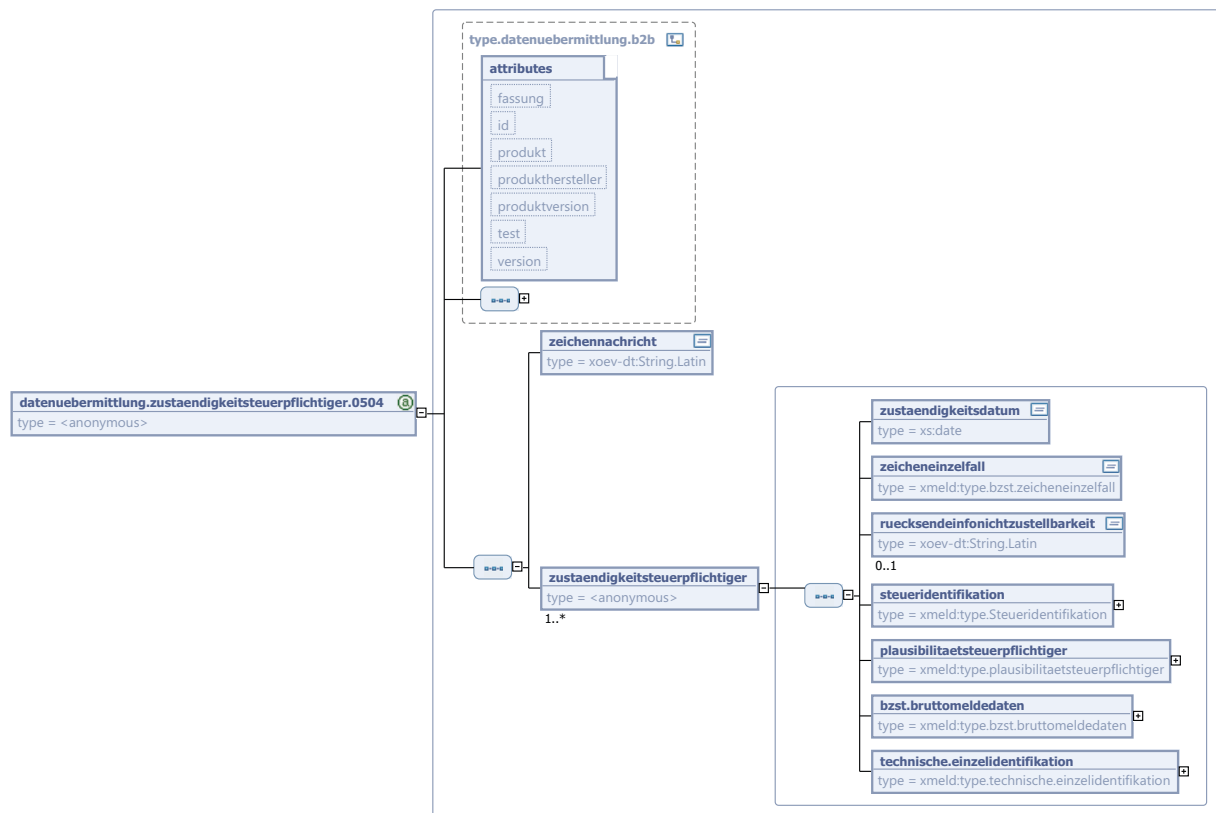
Nachricht: `datenuebermittlung.zustandigkeitsteuerpflichtiger.0504`

Die Nachricht 0504 wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn eine Haupt- oder alleinige Wohnung in der Gemeinde durch Zuzug oder Statuswechsel begründet und dadurch diese Meldebehörde zuständig im Sinne § 139b AO wird. Voraussetzung dafür ist der Eingang einer 0203 mit VBM resp. IdNr.

Es wird der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen sowie Plausibilitätsdaten übermittelt (nach §§ 139b Abs. 6 Nr. 1 – 10 AO und 39e Abs. 2 Nr. 1 – 3 EStG).

Auf Seiten des BZSt bewirkt der Erhalt dieser Nachricht, dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von derjenigen Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden, die sich mit einer Nachricht diesen Typs als *„zuständig für den Betroffenen“* erklärt hat.

Rechtsgrundlage: §§ 139b Abs. 8 AO und 39e Abs. 2 EStG

Bild 7-24 datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
zeichennachricht	String.Latin	1	J.1	
Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.				
zustaendigkeitsteuerpflichtiger		1..n		
Der Typ <code>type.zustaendigkeitsteuerpflichtiger</code> enthält den kompletten Datensatz über den Steuerpflichtigen sowie das Datum, zu dem der Wohnungstatuswechsel stattgefunden hat bzw. die Haupt- oder alleinige Wohnung bezogen worden ist.				
zustaendigkeitsdatum	xs:date	1		

Kindelemente von datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
<p>Es ist das Datum des Beziehens der Haupt- oder alleinigen Wohnung anzugeben. Bei einem Statuswechsel ist das Datum des Wohnungsstatuswechsels zu übermitteln.</p> <p>Ab diesem Datum ist die im Nachrichtenkopf übermittelte Meldebehörde zuständig.</p> <p>Zuständig in diesem Sinne bedeutet, dass das BZSt ab diesem Datum Nachrichten unter anderem vom Typ 0502 und 0510 nur noch von dieser Meldebehörde akzeptiert.</p> <p>Das Datum ist erforderlich, weil nicht auszuschließen ist, dass aufgrund einer hohen Mobilität einzelner Meldepflichtiger Nachrichten des Typs 0504 beim BZSt nicht in der Reihenfolge der Ereignisse eintreffen (Nachrichten überholen sich aufgrund von Verzögerungen in den Meldebehörden).</p>				
zeicheneinzelfall	<code>type.bzst.zeicheneinzelfall</code>	1	7.4.5	440
Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.				
ruecksendeinfonichtzustellbarkeit	<code>String.Latin</code>	0..1	J.1	
<p>Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.)</p> <p>Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann ermittelt das BZSt über den AGS gegen eine bereinigte Bundesgemeindedatei die Angaben zur Aufbereitung der Absenderzeile für den Fall der Unzustellbarkeit selbst.</p> <p>Die Übermittlung dieser Information ist nur erforderlich, bis die Erstzuteilung der IdNr abgeschlossen ist.</p> <p>Umsetzungshinweise:</p> <p>Wenn vorhanden, ist hier die Postfachadresse der Meldebehörde (Behördenname, Postfach, PLZ, Ort bzw. Behördenname, PLZ-Großkunde, Ort) anzugeben.</p>				
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	1.3.17	44
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	7.4.10	445
bzst.bruttomeldedaten	<code>type.bzst.bruttomeldedaten</code>	1	7.4.12	447
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	2.4.3	118

7.5.6 Stornierung einer vorherigen IdNr-Anforderung durch die Meldebehörde

Nachricht: `datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506`

Dieser Abschnitt entfällt. Nähere Informationen finden Sie auf Seite 1420.

Mit dieser Nachricht zieht eine Meldebehörde einen früher gestellten Antrag (mit einer Nachricht 0500) auf Erteilung einer IdNr zurück.

Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt gesandt, nachdem innerhalb der Meldebehörde eine *Klärung von Amts wegen* zu dem Ergebnis geführt hat, dass eine frühere Anforderung der Vergabe einer IdNr zu Unrecht erfolgt ist.

In der Praxis wird BZSt-seitig als Reaktion auf eine Nachricht `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500` unverzüglich eine Nachricht `datenuebermittlung.antwortidnr.0501` oder eine `datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503` generiert (vgl. Abschnitt 7.3.6 auf Seite 433).

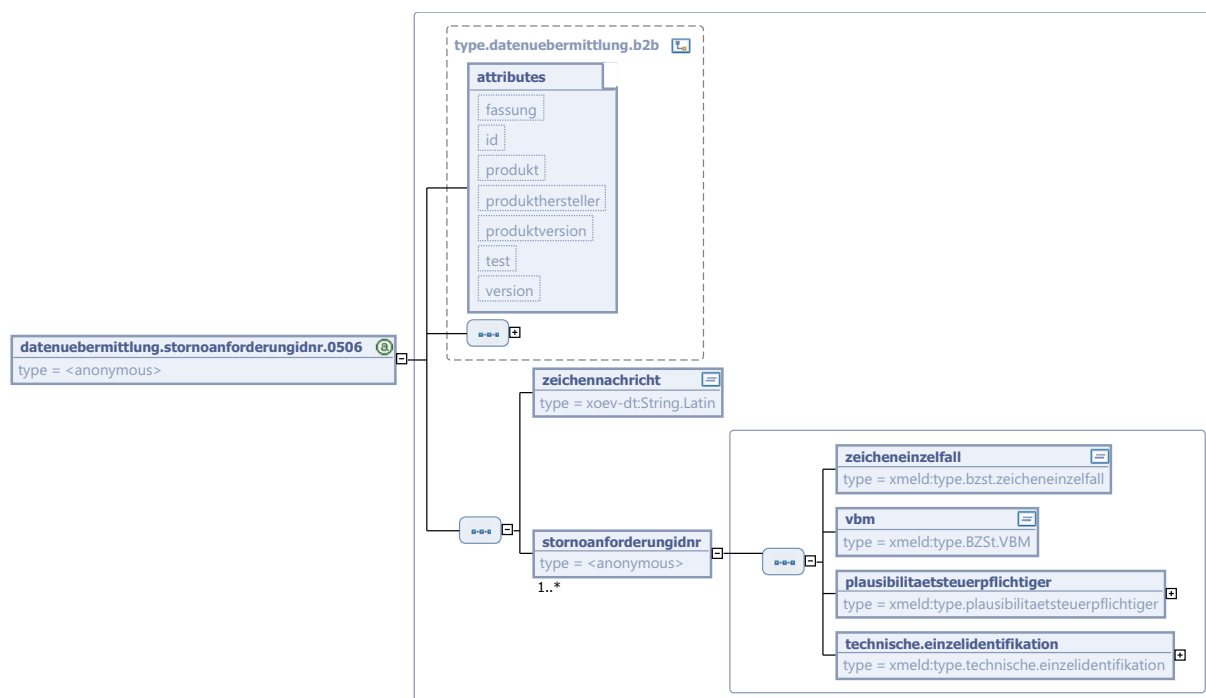
Wenn das BZSt bereits eine Nachricht 0501 versendet hat, wird die Nachricht 0506 vom BZSt wie eine Nachricht 0507 interpretiert und die Meldebehörde reagiert auf die 0501 mit der Nachricht **dateneubermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513**.

Bitte beachten Sie, dass die Übermittlung dieser Nachricht dann zur endgültigen Löschung des Datensatzes beim Bundeszentralamt für Steuern führt. Die betroffene Person erhält in diesem Fall automatisch ein Schreiben zur Stilllegung der IdNr.

Sollte die Anforderung eine Konfliktmeldung ausgelöst haben, so wird die Nachricht 0506 vom BZSt ignoriert und die Meldebehörde muss den (ihr per Nachricht 0503 mitgeteilten) Konflikt per Nachricht **dateneubermittlung.nichtzustaendigkeit.0511** auflösen.

Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO

Bild 7-25 dateneubermittlung.stornoanforderungidnr.0506



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps **type.dateneubermittlung.b2b** (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelemente von dateneubermittlung.stornoanforderungidnr.0506				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
zeichennachricht	String.Latin	1	J.1	
Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.				
stornoanforderungidnr		1..n		
Stornierung <i>eines</i> Anforderungsfalles.				

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.stornieranforderungidnr.0506</code>					
Kindelement		Typ	Anz.	Ref.	Seite
	zeicheneinzelfall	<code>type.bzst.zeicheneinzelfall</code>	1	7.4.5	440
	Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.				
	vbm	<code>type.BZSt.VBM</code>	1	1.3.19	45
	plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	7.4.10	445
	technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	2.4.3	118

7.5.7 Mitteilung der Stornierung einer Person an das BZSt

Nachricht: `datenuebermittlung.stornierungperson.0507`

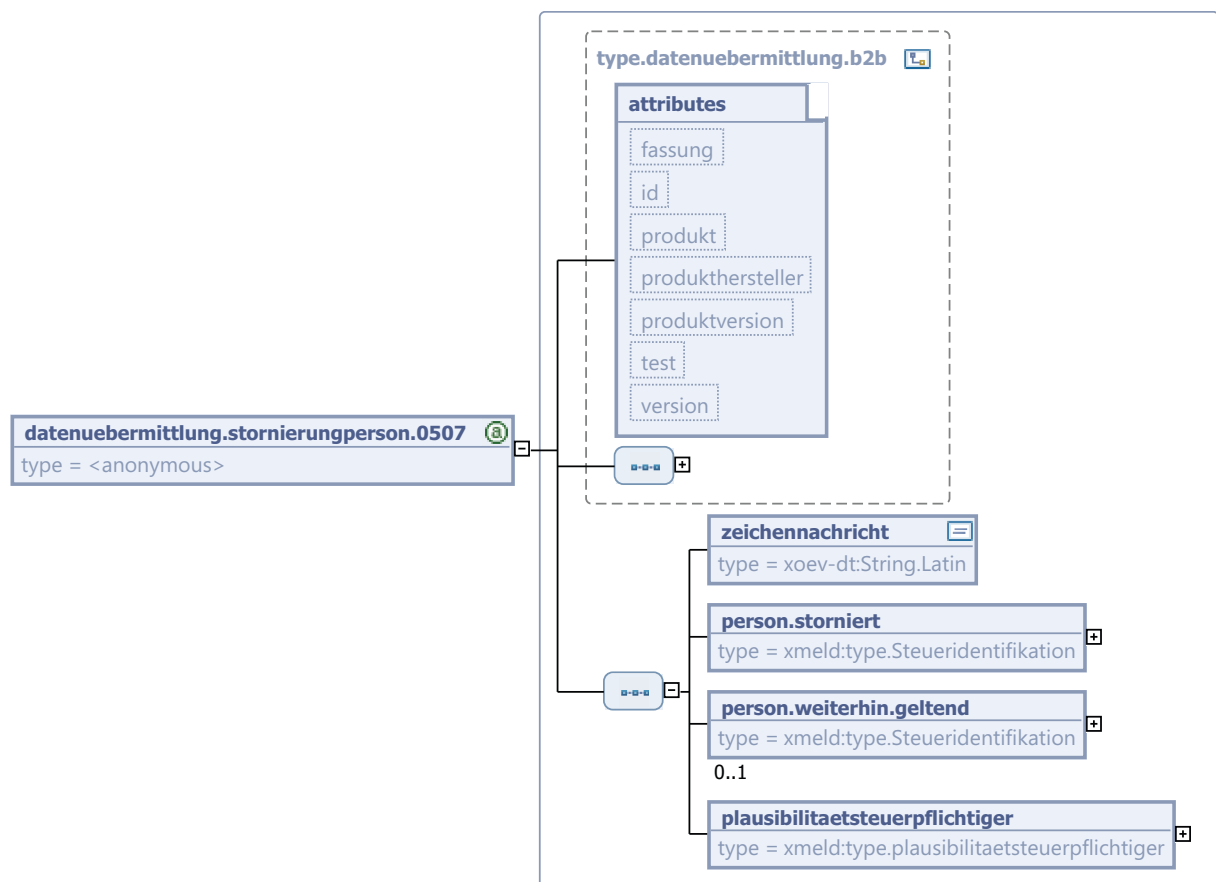
Mit dieser Nachricht wird eine IdNr und der dazugehörige Datensatz im Bundeszentralamt für Steuern storniert. Hiermit kann

- ein irrtümlich erfasster erstmaliger Zuzug einer Person aus dem Ausland,
- eine irrtümlich erfasste Geburt oder
- eine doppelte Bestandsführung einer Person im Melderegister

rückgängig gemacht werden.

Bitte beachten Sie, dass die Übermittlung dieser Nachricht immer zur endgültigen Löschung des Datensatzes beim Bundeszentralamt für Steuern führt. Die betroffene Person erhält in diesem Fall automatisch ein Schreiben zur Stilllegung der IdNr.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG

Bild 7-26 datenuebermittlung.stornierungperson.0507

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps **type.datenuebermittlung.b2b** (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelemente von datenuebermittlung.stornierungperson.0507				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
zeichennachricht	String.Latin	1	J.1	
Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.				
person.storniert	type.Steueridentifikation	1	1.3.17	44
Dies ist die Steueridentifikation der in der Meldebehörde gelöschten Person.				
person.weiterhin.geltend	type.Steueridentifikation	0..1	1.3.17	44
Dies ist die Steueridentifikation der in der Meldebehörde weiterhin geltenden Person.				
plausibilitaetsteuerpflichtiger	type.plausibilitaetsteuerpflichtiger	1	7.4.10	445

7.5.8 Mitteilung eines Fehlers an die Meldebehörde

Nachricht: datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508

Wird in einer von einer Meldebehörde erhaltenen Nachricht bei der BZSt-seitigen Plausibilitätskontrolle ein Fehler entdeckt, so sendet das BZSt eine Nachricht 0508 an die entsprechende Meldebehörde.

Darin wird mit der Schlüsseltabelle 49 der Meldebehörde eine grobe Fehlerklassifizierung übermittelt. Mit differenzierten Hinweisen resp. Freitexten in den zusätzlichen Feldern kann das BZSt eine eigene Fehlerbeschreibung angeben. – Damit bekommt das BZSt einen Gestaltungsspielraum unabhängig von OSCI–XMeld.

Beispiele für Fehler sind: Geburts- oder Todesdatum liegt in der Zukunft, übermittelte Felder sind leer, etc.

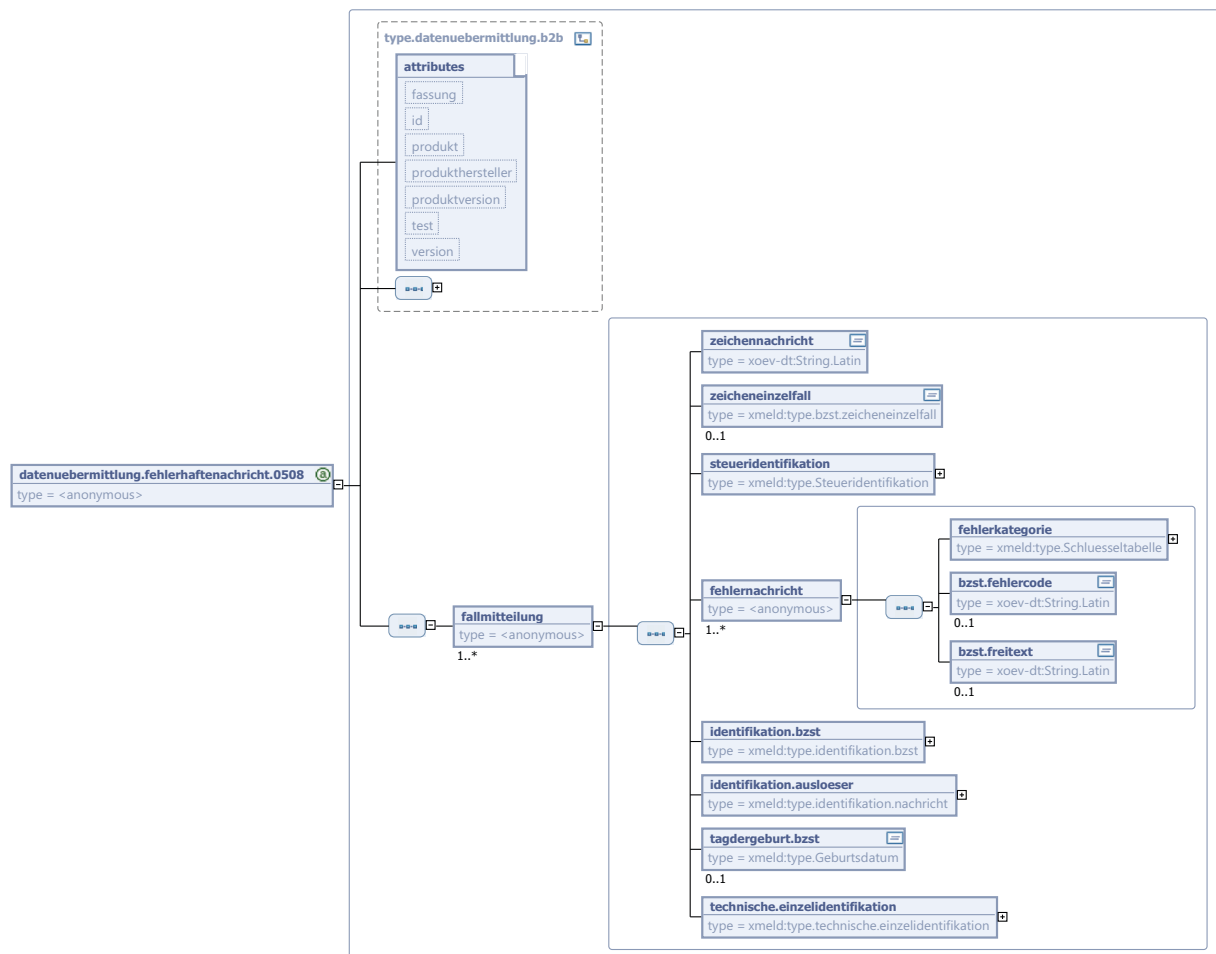
Bei dieser Nachricht handelt es sich um eine Sammelnachricht. Somit kann das BZSt mehrere Fälle, die sich auf verschiedene fehlerhafte Datensätze aus einer Sammelnachricht beziehen, an eine Meldebehörde übermitteln.

Auf nicht spezifikationskonforme Nachrichten (z.B. Verwendung von nicht in den Schlüsseltabellen aufgeführten Schlüsseln, syntaktisch nicht korrekte IdNr, vgl. [Abschnitt auf Seite 10](#)) reagiert das BZSt – wie grundsätzlich in OSCI–XMeld geregelt – mit der administrativen Nachricht **administration.returntosender.0900** und nicht mit der Nachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508**.

Das im Element *tagdergeburt.bzst* übermittelte BZSt-seitig gespeicherte Geburtsdatum der Person muss von der Meldebehörde bei einer erneuten Übermittlung eines Sachverhalts als Plausibilisierungsdatum verwendet werden.

Rechtsgrundlage: §§ 4a Abs. 3 MRRG und 139b Abs. 9 AO

Bild 7-27 datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
fallmitteilung		1..n		
<p>Mit diesem Element wird genau ein konkreter Fall übermittelt. Um auf Seiten der Meldebehörde eine eindeutige Zuordnung zu der von dort versendeten, fehlerhaften Nachricht zu ermöglichen, übermittelt das BZSt je Fall die folgenden Felder:</p> <ul style="list-style-type: none"> zeichennachricht: Zeichenkette, die die von der Meldebehörde gesendete, fehlerhafte Nachricht identifiziert zeicheneinzelfall: Zeichenkette, mit der der fehlerhafte Fall innerhalb der Nachricht identifiziert wird (wichtig bei Sammelnachrichten) <p>Da je Fall durchaus mehrere Fehlerarten möglich sind, kann das Element fehlernachricht mehrfach auftreten.</p>				
zeichennachricht	String.Latin	1	J.1	
Zeichenkette, mit der die von der Meldebehörde gesendete, fehlerhafte Nachricht identifiziert werden kann				

Kindelement von datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508					
Kindelement		Typ	Anz.	Ref.	Seite
zeicheneinzelfall		type.bzst.zeicheneinzelfall	0..1	7.4.5	440
Zeichenkette, mit der innerhalb der von der Meldebehörde gesendeten, fehlerhaften Nachricht ein konkreter Fall identifiziert werden kann. (Dieses Element ist nur vorhanden, wenn auf eine Sammelnachricht geantwortet wird.)					
steueridentifikation		type.Steueridentifikation	1	1.3.17	44
fehlernachricht			1..n		
Mit diesem Element wird genau ein konkreter Fehler beschrieben, der sich innerhalb einer Nachricht in einem konkreten Fall befindet.					
fehlerkategorie		type.Schluesseltabelle	1		
Das BZSt kann hier eine grobe Vorklassifizierung des gefundenen Fehlers vornehmen. Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 49: Fehlermeldungen des BZSt auf Seite 883.					
bzst.fehlercode		String.Latin	0..1	J.1	
Hier wird der BZSt-interne Fehlercode für den zu beschreibenden Fehler abgelegt.					
bzst.freitext		String.Latin	0..1	J.1	
Das BZSt hat mit diesem Feld die Möglichkeit, eine Freitext-Beschreibung des gefundenen Fehlers mitzuliefern.					
identifikation.bzst		type.identifikation.bzst	1	7.4.11	446
Wenn die Nachricht 0508 als Reaktion auf eine Bruttonachricht geschickt wird, sind hier die Daten aus der eingehenden Nachricht eingetragen. Als Reaktion auf eine Nettonachricht werden die Daten so eingetragen, wie sie im BZSt vorhanden sind. Sollten die Daten im BZSt nicht vorhanden sein, ist die Dummy-Regelung (siehe Abschnitt 7.3.4.1 auf Seite 427) anzuwenden.					
Umsetzungshinweise: Die im BZSt als zuständig geführte Meldebehörde ist bei Fehlercode 30001 aus dem Fehlertext und nicht aus diesem Kindelement zu übernehmen. Die derzeit noch zuständige Meldebehörde ist im Fehlertext genannt. Eine melderechtliche Klärung ist herbeizuführen.					
identifikation.ausloeser		type.identifikation.nachricht	1	2.3.11	114
Die Identifikation der Nachricht der Meldebehörde, welche diese fehlerhafte Nachricht auslöst.					
tagdergeburt.bzst		type.Geburtsdatum	0..1		
Das im BZSt gespeicherte Geburtsdatum zu dieser Person. Um eine, vom BZSt wegen abweichendem Geburtsdatum abgewiesene Nachricht erneut versenden zu können, muss beim erneuten Versenden dieses Geburtsdatum als Plausibilisierungsdatum verwendet werden.					
technische.einzelidentifikation		type.technische.einzelidentifikation	1	2.4.3	118

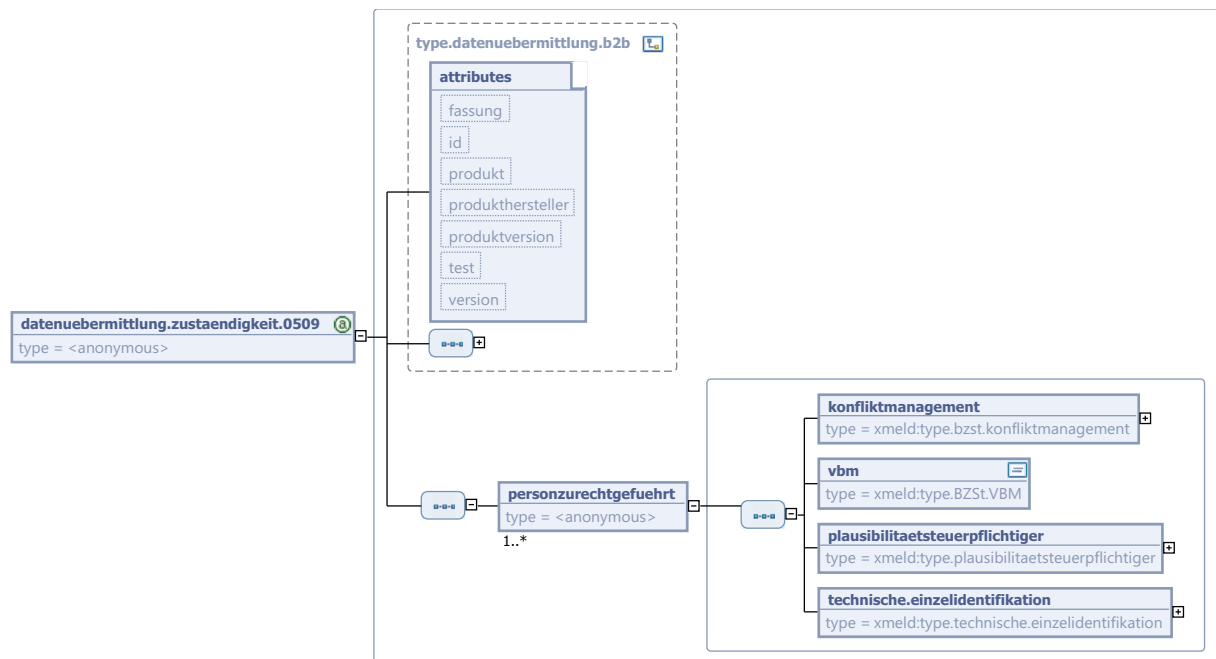
7.5.9 Mitteilung, dass eine Person zu Recht im Melderegister geführt wird

Nachricht: *datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509*

Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit dem angegebenen VBM zu Recht geführt wird (in dieser Konstellation handelt es sich in dem Konfliktfall um mindestens zwei verschiedene Personen, die in den beteiligten Meldebehörden zu Recht geführt werden), die Meldebehörde also zuständig ist. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0503 geschickt werden (mit Ausnahme der Sachverhalte, die in [Abschnitt 7.3.9 auf Seite 435](#) bzw. [Abschnitt 7.3.10 auf Seite 435](#) dargestellt sind).

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG

Bild 7-28 datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps *type.datenuebermittlung.b2b* (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelement von datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509					
Kindelement		Typ	Anz.	Ref.	Seite
personzurechtgefuehrt			1..n		
Auf Anforderung durch das BZSt wurde für diese Person die rechtmäßige Führung im Melderegister festgestellt.					
	konfliktmanagement	type.bzst.konfliktmanagement	1	7.4.8	443
	vbm	type.BZSt.VBM	1	1.3.19	45
	plausibilitaetsteuerpflichtiger	type.plausibilitaetsteuerpflichtiger	1	7.4.10	445
	technische.einzelidentifikation	type.technische.einzelidentifikation	1	2.4.3	118

7.5.10 Mitteilung einer Meldebehörde über das Ende der Zuständigkeit für einen Steuerpflichtigen

Nachricht: `dateneuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510`

Mit dieser Nachricht teilt eine Meldebehörde dem BZSt mit, dass sie nicht mehr für den Betroffenen zuständig ist. Diese Nachricht wird geschickt, wenn entweder eine Abmeldung ins Ausland/Unbekannt, eine Abmeldung von Amts wegen oder der Tod des Betroffenen vorliegt. Außerdem wird diese Nachricht verwendet, wenn dem BZSt mitgeteilt werden muss, dass eine Person irrtümlich im Melderegister angelegt wurde, sofern es sich nicht um einen Anwendungsfall der Nachricht 0507 handelt, oder ein Sterbedatum korrigiert werden muss.

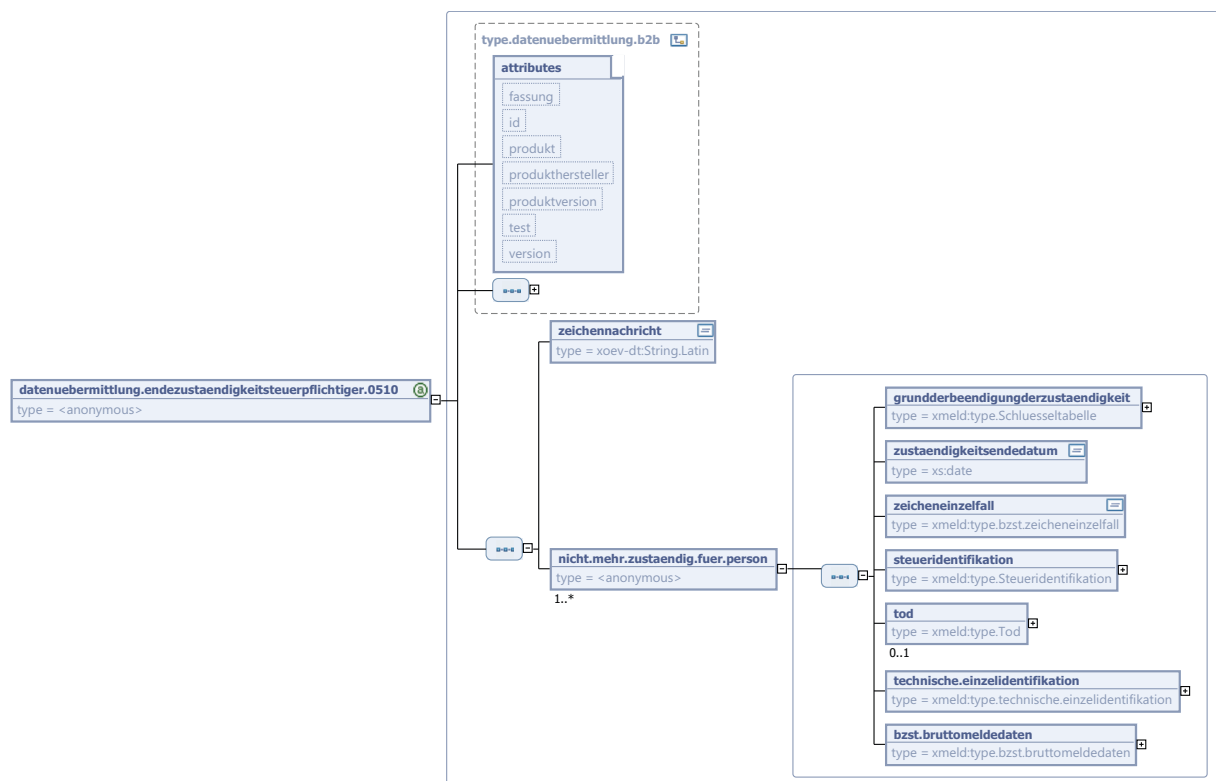
Die Nachricht ist nicht im Falle von Adoptionen oder Änderungen nach dem Transsexuellengesetz zu verwenden – diese sind über eine Nachricht `dateneuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502` zu übermitteln, da die IdNr ein Leben lang erhalten bleiben muss.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (8) AO

Umsetzungshinweise:

Bei Vorliegen eines Pseudo-AGS (*“nach unbekannt”, “auf See”, “auf Reisen”, etc*) ist dieser nicht zu übermitteln.

Bild 7-29 `dateneuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510`



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.dateneuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

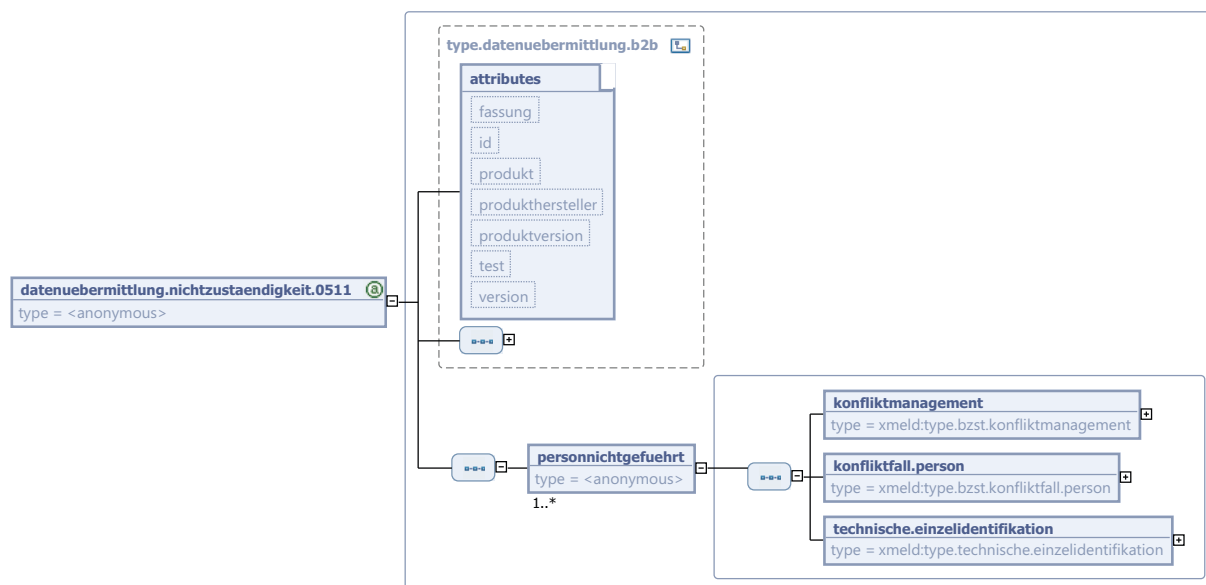
Kindelemente von <code>datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
zeichennachricht	<code>String.Latin</code>	1	J.1	
Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.				
nicht.mehr.zustaendig.fuer.person		1..n		
Für jede Person, für die die Zuständigkeit der Meldebehörde erloschen ist, wird ein derartiges Element erzeugt.				
grundderbeendigungderzustaendigkeit	<code>type.Schluesseltabelle</code>	1		
Beendigung der Zuständigkeit Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 48: <i>Mitteilung der Beendigung der Zuständigkeit</i> auf Seite 882.				
zustaendigkeitsendedatum	<code>xs:date</code>	1		
Mit diesem Datum teilt die Meldebehörde den Zeitpunkt des Endes ihrer Zuständigkeit mit. Falls das Zuständigkeitsende durch den Tod des Betroffenen ausgelöst wird, wird der Sterbetag sowohl in (diesem) Element zustaendigkeitsendedatum als auch im Kindelement sterbetag des Elementes tod eingetragen.				
zeicheneinzelfall	<code>type.bzst.zeicheneinzelfall</code>	1	7.4.5	440
Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.				
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	1.3.17	44
tod	<code>type.Tod</code>	0..1	1.3.12	40
Es darf nur das Todesdatum (ohne -ort) übermittelt werden. Nachweisdaten dürfen nicht übermittelt werden.				
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	2.4.3	118
bzst.bruttomeldedaten	<code>type.bzst.bruttomeldedaten</code>	1	7.4.12	447

7.5.11 Mitteilung, dass eine Person nicht (mehr) im Melderegister geführt wird

Nachricht: `datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511`

Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit dem angegebenen VBM nicht geführt wird. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0503 geschickt werden. Aus diesen Nachrichten sind dafür die Daten der auslösenden Person in das Element **konfliktfall.person** zu übernehmen.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG

Bild 7-30 datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
personnichtgefuehrt		1..n		
Auf Anforderung durch das BZSt wurde für diese Person festgestellt, dass sie nicht mit HW oder AW im Melderegister geführt wird..				
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	7.4.8	443
konfliktfall.person	<code>type.bzst.konfliktfall.person</code>	1	7.4.9	444
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	2.4.3	118

7.5.12 Mitteilung an BZSt, welche IdNr nach Klärung gelten soll

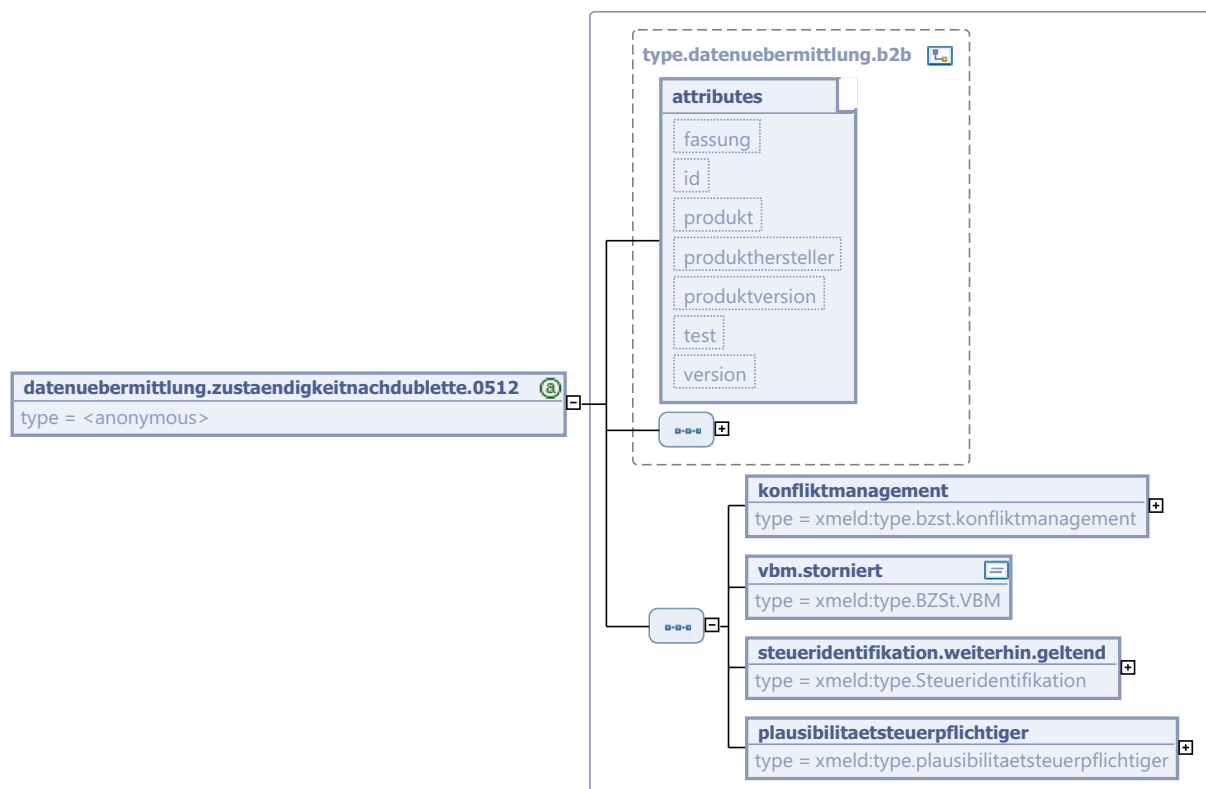
Nachricht: `datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512`

Mit dieser Nachricht kann eine Meldebehörde (nach Klärung) eine fehlerhafte Beantragung einer IdNr zurückziehen. Gleichzeitig teilt sie dem BZSt die Steueridentifikation mit, die sie im Rahmen des Klärungsprozesses ermittelt hat (bei dieser Konstellation handelt es sich um ein und die selbe Person bei den, am Konfliktfall beteiligten Meldebehörden).

Diese Nachricht ist daher eine der möglichen Antwortnachrichten auf die Konfliktmitteilungsnachricht 0503.

Nach dem Erhalt dieser Nachricht übermittelt das Bundeszentralamt für Steuern die vergebene IdNr mit der Nachricht 0501 an die Meldebehörde. Erst mit dem Erhalt der Nachricht 0501 darf im Melderegister das vorläufige Bearbeitungsmerkmal durch die IdNr ersetzt werden.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG

Bild 7-31 datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	7.4.8	443
Mit diesem Element werden die Informationen übermittelt, die für eine Referenzierung auf den Sachverhalt notwendig ist.				
vbm.storniert	<code>type.BZSt.VBM</code>	1	1.3.19	45
In diesem Element übermittelt die (auslösende) Meldebehörde abschließend noch einmal das VBM, damit BZSt-seitig dieser Vorgang abgeschlossen werden kann.				
steueridentifikation.weiterhin.geltend	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	1.3.17	44
Dies ist die Steueridentifikation derjenigen Person, die nach der Dublettenklärung als weiterhin geltende Person erhalten bleibt.				
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	7.4.10	445

7.5.13 Antwort “Meldebehörde nicht mehr zuständig”

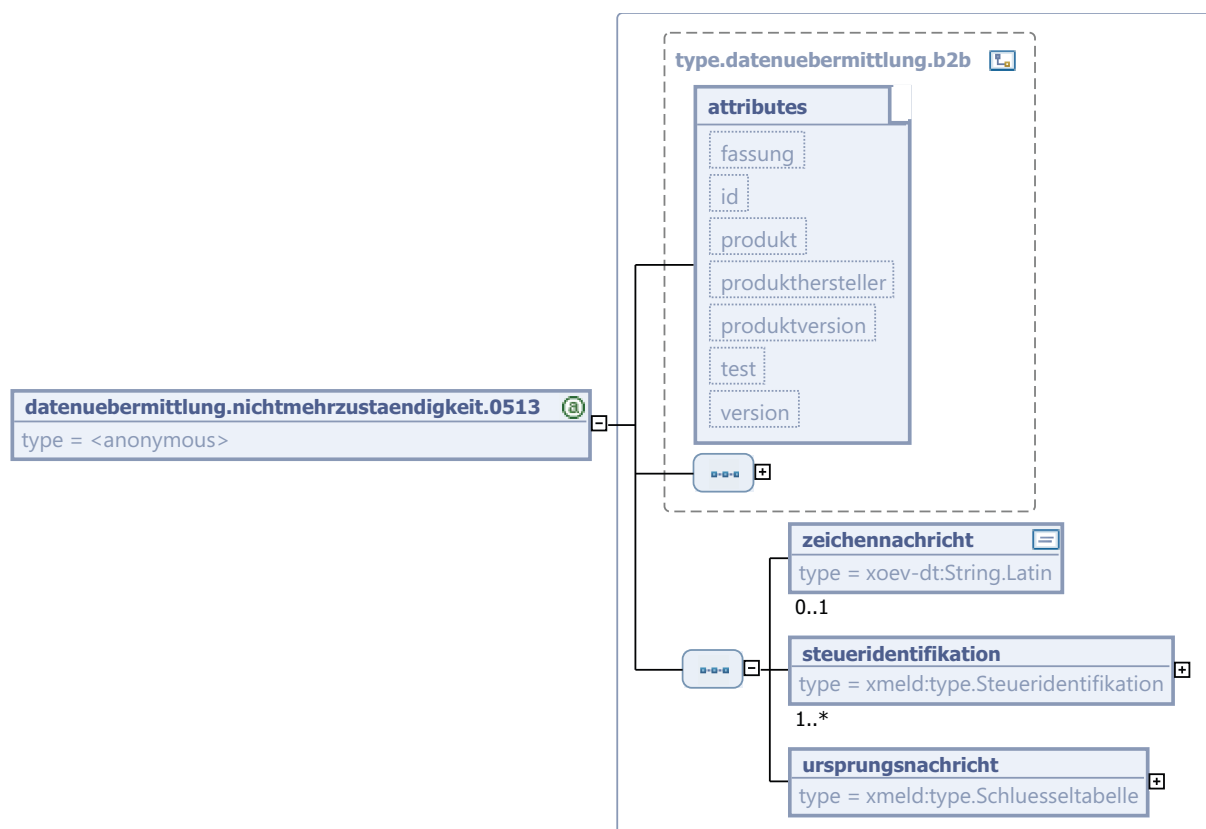
Nachricht: `datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513`

Diese Nachricht wird in folgenden Fällen von der Meldebehörde an das BZSt geschickt:

- Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0501 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM-Zuordnung möglich ist
- Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachrichten 0508 oder 0516 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM/IdNr-Zuordnung möglich ist
- Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0517 für die betroffene Person (Element `steueridentifikation.betroffener`) nicht mehr zuständig, so dass keine VBM/IDNr-Zuordnung möglich ist

Aufgrund dessen können nur die Angaben aus der erhaltenen Nachricht (0501, 0508, 0516 oder 0517) zurückgesendet werden.

Bild 7-32 datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
zeichennachricht	<code>String.Latin</code>	0..1	J.1	
Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.				

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1..n	1.3.17	44
ursprungsnachricht	<code>type.Schluesseltabelle</code>	1		

Mit diesem Kindelement wird die Nachrichtennummer der ursächlichen Nachricht übermittelt. Als Schlüssel dürfen nur die Werte 0501, 0508, 0516 oder 0517 übermittelt werden.

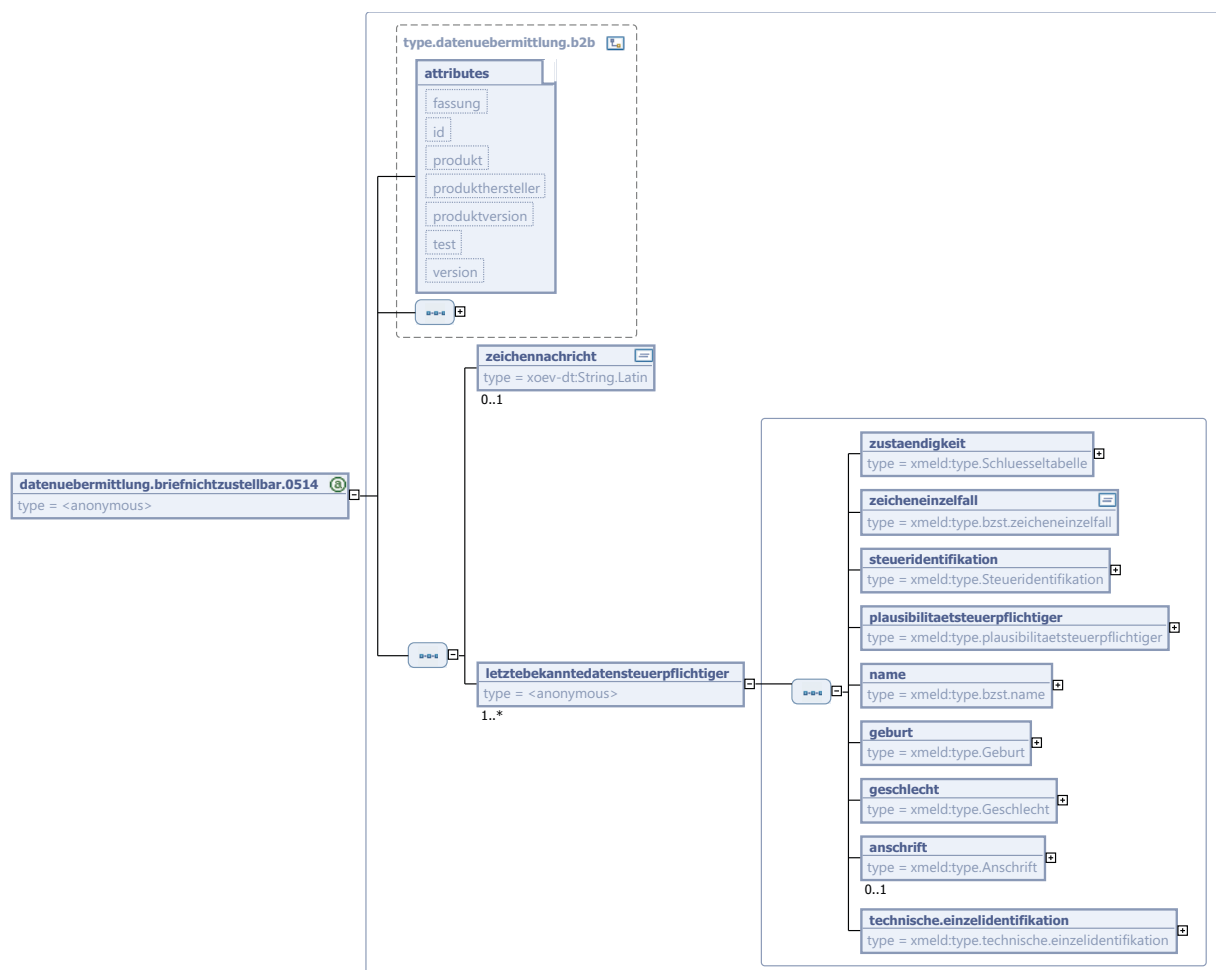
Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 0: *XMeld-Ereignisse* auf [Seite 845](#).

7.5.14 Brief mit IdNr nicht zustellbar

Nachricht: `datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514`

Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, falls der Brief mit der IdNr nicht zugestellt werden konnte.

Bild 7-33 `datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514`



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelemente von datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
zeichennachricht	String.Latin	0..1	J.1	
Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.				
letztebekanntedatensteuerpflichtiger		1..n		
Dies sind die letzten bekannten Daten des Steuerpflichtigen, für den die sendende Meldebehörde nicht mehr zuständig ist.				
Für jede Person, für die dieser Sachverhalt zutrifft, ist ein derartiges Element zu übermitteln.				
zustaendigkeit	type.Schluesseltabelle	1		
Mit diesem Element teilt die Meldebehörde dem BZSt Informationen über die (Nicht-)Zuständigkeit für den Steuerpflichtigen mit.				
Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 61: <i>Zuständigkeit</i> auf Seite 895 .				
zeicheneinzelfall	type.bzst.zeicheneinzelfall	1	7.4.5	440
Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.				
steueridentifikation	type.Steueridentifikation	1	1.3.17	44
plausibilitaetsteuerpflichtiger	type.plausibilitaetsteuerpflichtiger	1	7.4.10	445
name	type.bzst.name	1	7.4.6	440
Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Rufname, der Familienname, der Ehepartnername, der Lebenspartnername, der Geburtsname sowie der Doktorgrad übermittelt werden.				
geburt	type.Geburt	1	1.3.5	33
Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.				
geschlecht	type.Geschlecht	1	1.3.6	34
anschrift	type.Anschrift	0..1	1.7.4	63
Es ist die aus Sicht der Meldebehörde derzeitige aktuelle Anschrift der Haupt- oder alleinigen Wohnung mitzuteilen, sofern sie bekannt ist.				
Umsetzungshinweise:				
Bei Anschriften im Geltungsbereich des MRRG sind mindestens der AGS, die Postleitzahl, die Gemeinde, der frühere Gemeindenamen und die Straße zu erfassen.				
technische.einzelidentifikation	type.technische.einzelidentifikation	1	2.4.3	118

7.5.15 Mitteilung veränderter Anschriftdaten aufgrund der Ab- oder Aufspaltung einer Gemeinde

Nachricht: `datenuebermittlung.umbenennungagswohnort.0515`

Mit dieser Nachricht teilt die Meldebehörde dem BZSt die sich aufgrund einer Abspaltung ergebende Änderung des AGS der abgespaltenen Gemeinde oder die sich aufgrund einer Aufspaltung ergebenden AGS-Änderungen aller neuen Gemeinden mit (vgl. Abschnitt [Abschnitt 7.3.15 auf Seite 439](#)).

Ändern sich in diesem Zusammenhang weitere Anschriftendaten (z.B. Änderung von Straßennamen), werden diese ebenfalls mit dieser Nachricht mitgeteilt.

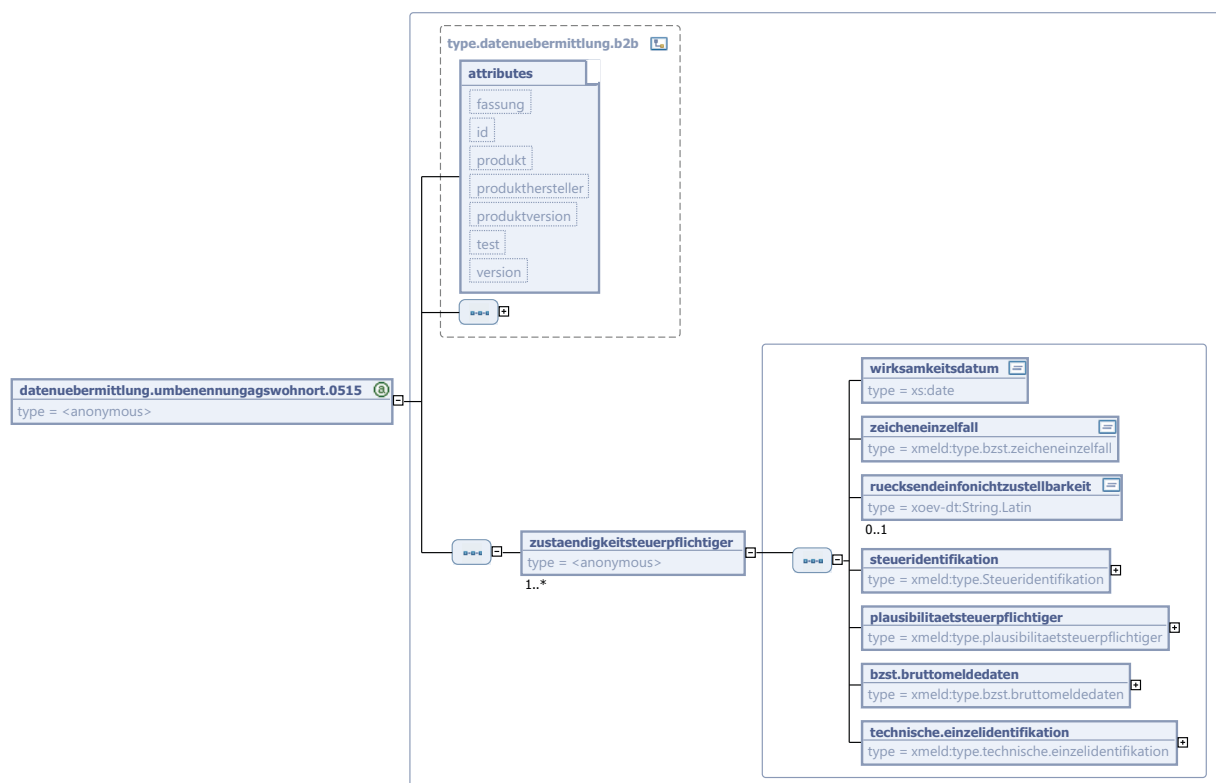
Es werden der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen gemäß §§ 139b Abs. 6 Nr. 1-10 AO und 39e Abs. 2 Nr. 1-3 EStG sowie alle Plausibilitätsdaten übermittelt.

Der Erhalt der Nachricht `datenuebermittlung.umbenennungagswohnort.0515` wird auf Seiten des BZSt als Erklärung der Zuständigkeit aufgefasst, d. h. dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von der entsprechenden Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden.

Änderungen der Anschriftendaten die nicht im Zusammenhang mit der Ab- oder Aufspaltung einer Gemeinde stehen sind ausschließlich mit `datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502` zu übermitteln.

Rechtsgrundlage: §§ 139b Abs. 8 AO und 39e Abs. 2 EStG

Bild 7-34 datenuebermittlung.umbenennungagswohnort.0515



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.umbenennungagswohnort.0515</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
zustaendigkeitsteuerpflichtiger		1..n		
Dieses Element enthält den kompletten Datensatz über den Steuerpflichtigen sowie das Datum, zu dem die Änderung rechtswirksam geworden ist.				
wirksamkeitsdatum	<code>xs:date</code>	1		
Zu diesem Datum wurde die Änderung rechtswirksam.				
zeicheneinzelfall	<code>type.bzst.zeicheneinzelfall</code>	1	7.4.5	440
Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.				
ruecksendeinfonichtzustellbarkeit	<code>String.Latin</code>	0..1	J.1	
<p>Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.)</p> <p>Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann ermittelt das BZSt über den AGS gegen eine bereinigte Bundesgemeindedatei die Angaben zur Aufbereitung der Absenderzeile für den Fall der Unzustellbarkeit selbst.</p> <p>Die Übermittlung dieser Information ist nur erforderlich, bis die Erstzuteilung der IdNr abgeschlossen ist.</p> <p>Umsetzungshinweise:</p> <p>Wenn vorhanden, ist hier die Postfachadresse der Meldebehörde (Behördenname, Postfach, PLZ, Ort bzw. Behördenname, PLZ-Großkunde, Ort) anzugeben.</p>				
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	1.3.17	44
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	7.4.10	445
bzst.bruttomeldedaten	<code>type.bzst.bruttomeldedaten</code>	1	7.4.12	447
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	2.4.3	118

7.5.16 Hinweis auf eine vermutete Inkonsistenz der Melderegister

Nachricht: `datenuebermittlung.hinweisaufinkonsistenz.0516`

Mit dieser Nachricht informiert das BZSt die Meldebehörde über das Vorliegen konkreter Anhaltspunkte, die auf eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit im Melderegister hinweisen. Je nach Art des Hinweises (Schlüsseltabelle Hinweisart) kann diese Nachricht Daten von einer oder mehreren, von der vermuteten Unrichtigkeit betroffenen, Personen aus der eigenen und aus weiteren beteiligten Meldebehörden enthalten.

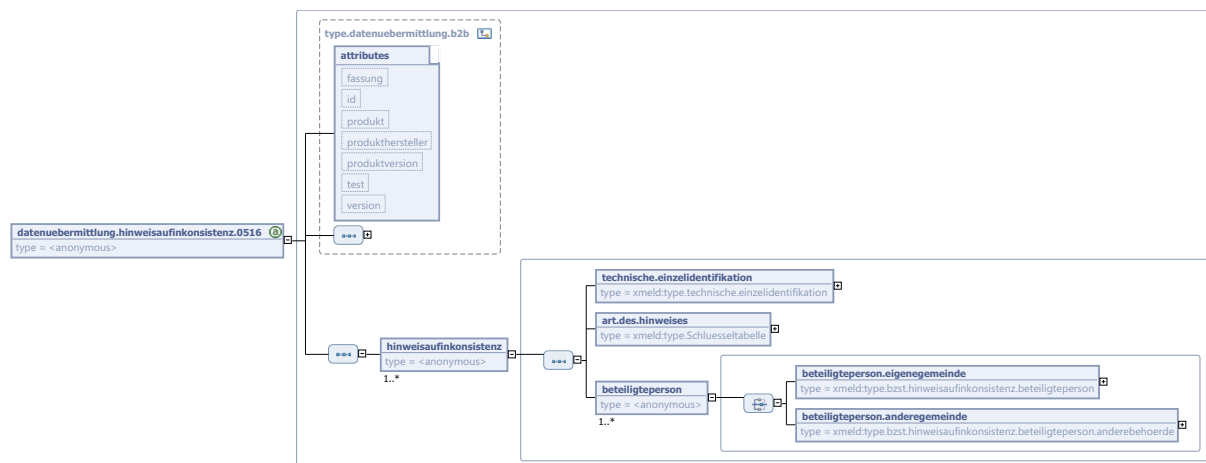
Bei Hinweisen, die mehrere Meldebehörden betreffen, versendet das BZSt den Hinweis immer nur an eine führende Meldebehörde (welche dies ist, ist pro Hinweisart festgelegt).

Im Gegensatz zur Nachricht 0508 wird diese Nachricht aus Sicht der Meldebehörde nicht zwingend als unmittelbare Reaktion auf eine eigene gesendete Nachricht empfangen (es findet keine Abweisung einer Nachricht durch das BZSt statt).

Konfliktfälle / Dubletten werden durch die gesonderte Nachricht 0503 mitgeteilt.

Siehe dazu auch [Abschnitt 7.3.4 auf Seite 427](#).

Bild 7-35 datenuebermittlung.hinweisaufinkonsistenz.0516



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.hinweisaufinkonsistenz.0516</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
hinweisaufinkonsistenz		1..n		
In diesem Element wird ein Hinweis auf eine (vermutete) Inkonsistenz innerhalb der Sammelnachricht übermittelt.				
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	2.4.3	118
art.des.hinweises	<code>type.Schluesseltabelle</code>	1		
Die Art des Hinweises gemäß Schlüsseltabelle. Je nach Art des Hinweises werden in den Elementen <code>beteiligteperson</code> Informationen zu verschiedenen beteiligten Personen übermittelt (siehe Abschnitt 7.3.4.2 auf Seite 430). Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 77: <i>Hinweis auf Inkonsistenz durch das BZSt - Art</i> auf Seite 912 .				
beteiligteperson		1..n		
Zu einem Hinweis auf Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit des Melderegister können sowohl Informationen über beteiligte Personen übermittelt werden, die im eigenen Melderegister geführt werden, als auch über Personen, die in einem anderen Melderegister geführt werden (beispielsweise in der Rolle des Ehegatten).				
beteiligteperson.eigenegemeinde	<code>type.bzst.hinweisaufinkonsistenz.beteiligteperson</code>	1	7.4.16	452
beteiligteperson.anderegemeinde	<code>type.bzst.hinweisaufinkonsistenz.beteiligteperson.anderebehoerde</code>	1	7.4.17	454

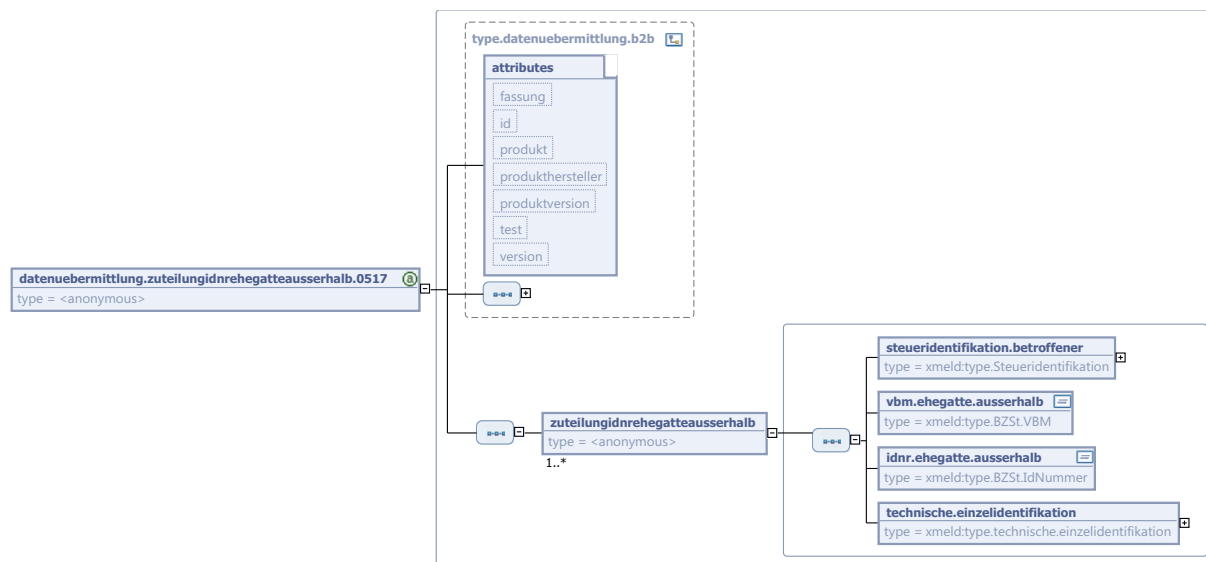
7.5.17 Zuteilung der IdNr des Ehegatten außerhalb

Nachricht: `datenuebermittlung.zuteilungidnrehegatteausserhalb.0517`

Mit dieser Nachricht informiert das Bundeszentralamt für Steuern über die Zuteilung einer IdNr für einen nicht mit Haupt- oder alleinigem Wohnsitz in der Gemeinde gemeldeten Ehegatten, für den jedoch ein vorläufiges Bearbeitungsmerkmal gespeichert ist. Neben der Steueridentifikation des Betroffenen wird das bisher gespeicherte vorläufige Bearbeitungsmerkmal des auswärtigen Ehegatten zur Identifizierung mitgeliefert. Die Meldebehörde ersetzt auf diese Nachricht hin das vorläufige Bearbeitungsmerkmal des auswärtigen Ehegatten durch die gelieferte IdNr des auswärtigen Ehegatten.

Falls die Meldebehörde die Nachricht `datenuebermittlung.zuteilungidnrehegatteausserhalb.0517` erhält, obwohl sie für die in der Nachricht genannte betroffene Person (Element `steueridentifikation.betroffener`) nicht zuständig ist, so übermittelt die Meldebehörde die Nachricht `datenuebermittlung.nichtmehrzustandigkeit.0513` für diese Person.

Bild 7-36 `datenuebermittlung.zuteilungidnrehegatteausserhalb.0517`



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelement von datenuebermittlung.zuteilungidnrehegatteausserhalb.0517					
Kindelement		Typ	Anz.	Ref.	Seite
zuteilungidnrehegatteausserhalb			1..n		
Das Element mitteilungidnrehegatteausserhalb enthält die Steueridentifikation eines Betroffenen sowie das vorläufige Bearbeitungsmerkmal und die IdNr des auswärtigen Ehegatten.					
	steueridentifikation.betroffener	type.Steueridentifikation	1	1.3.17	44
	vbm.ehegatte.ausserhalb	type.BZSt.VBM	1	1.3.19	45
	idnr.ehegatte.ausserhalb	type.BZSt.IdNummer	1	1.3.18	45
	technische.einzelidentifikation	type.technische.einzelidentifikation	1	2.4.3	118

7.5.18 Anfrage der IdNr eines auswärtigen Ehegatten

Nachricht: `datenuebermittlung.anfrageidnrauswaertigerehegatte.0518`

Mit dieser Nachricht fragt die Meldebehörde die IdNr eines im Inland gemeldeten Ehegatten an, der nicht in der gleichen Gemeinde mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldet ist. Dazu übermittelt die Meldebehörde neben den Identifikationsdaten für den auswärtigen Ehegatten zur Plausibilisierung auch die IdNr und das Geburtsdatum für die in der anfragenden Gemeinde gemeldete Person.

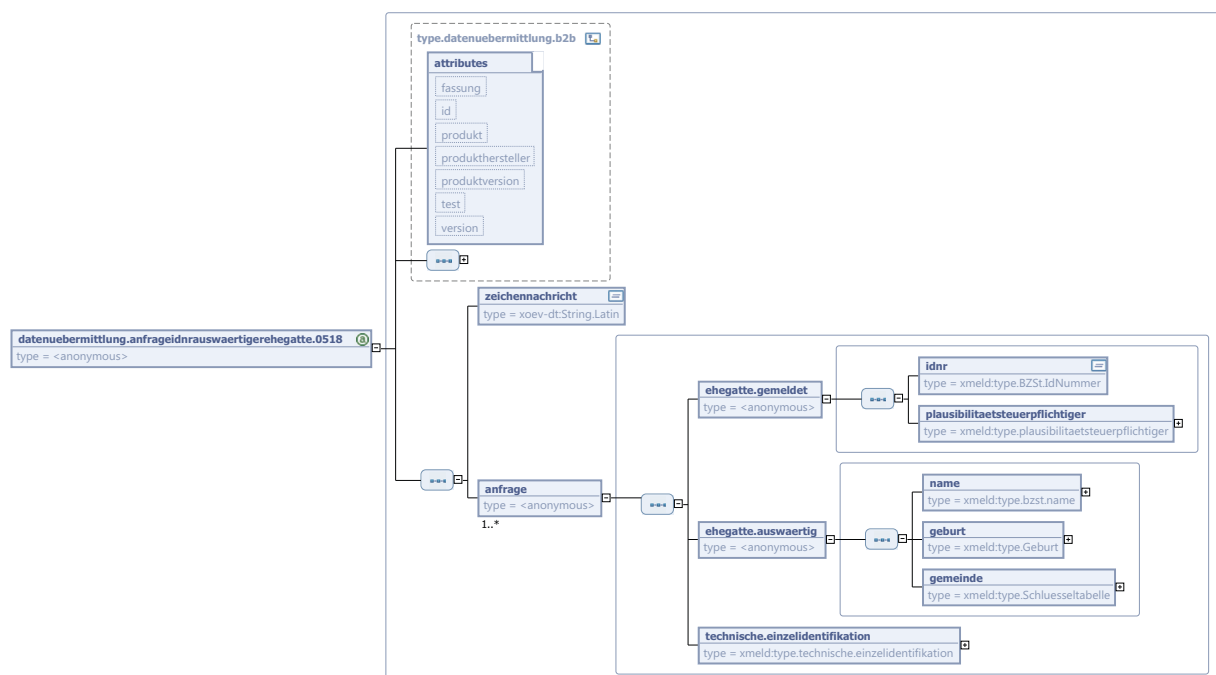
Ergeben die übermittelten Identifikationsdaten des auswärtigen Ehegatten (Name, Geburtsdatum, AGS des Wohnorts) einen eindeutigen Treffer im Datenbestand des BZSt, so übermittelt das BZSt die IdNr des Ehegatten mit der Nachricht `datenuebermittlung.antwortidnrauswaertigerehegatte.0519` an die Meldebehörde. – Sofern die Identifikationsdaten des auswärtigen Ehegatten nicht vollständig sind, darf diese Anfrage nicht gestellt werden. In diesem Fall würde das BZSt mit einer Nachricht `administration.returntosender.0900` antworten.

Die Anwendung des Anfrageverfahrens soll in der Regel automatisiert, ohne Einbeziehung des Sachbearbeiters erfolgen (vgl. [Abschnitt 7.3.1.1 auf Seite 421](#)).

Bei der Anfrage wird die IdNr der Person aus der anfragenden Gemeinde plausibilisiert. In den folgenden Fällen wird eine Nachricht 0508 übermittelt:

1. die übermittelte IdNr ist laut BZSt nicht in dieser Gemeinde gemeldet (Fehlercode 30001)
2. die übermittelte IdNr ist dem BZSt unbekannt (Fehlercode 30006)
3. das übermittelte Geburtsdatum ist nicht mit dem im BZSt gespeicherten Geburtsdatum identisch (Fehlercode 30016)

Bild 7-37 datenuebermittlung.anfrageidnrauswaertigerehegatte.0518



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.b2b` (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.anfrageidnrauswaertigerehegatte.0518</code>				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
zeichennachricht	<code>String.Latin</code>	1	J.1	
Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.				
anfrage		1..n		
Die einzelne Anfrage innerhalb der Sammelnachricht.				
ehegatte.gemeldet		1		
Die Steueridentifikation des in dieser Gemeinde gemeldeten Ehegatten, für den die IdNr des auswärtigen Ehegatten angefragt werden soll.				
idnr	<code>type.BZSt.IdNummer</code>	1	1.3.18	45
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	7.4.10	445
ehegatte.auswaertig		1		
Die Identifikationsdaten zum auswärtigen Ehegatten, die in der Gemeinde des gemeldeten Ehegatten gespeichert sind.				
name	<code>type.bzst.name</code>	1	7.4.6	440
Es dürfen nur die aktuellen Vornamen und der Familienname des auswärtigen Ehegatten übermittelt werden.				
geburt	<code>type.Geburt</code>	1	1.3.5	33
Die Übermittlung der Geburtsinformationen des auswärtigen Ehegatten ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt (nur das Element <code>tagdergeburt</code> darf befüllt werden).				
gemeinde	<code>type.Schluesseltabelle</code>	1		
Die Gemeinde, in welcher der auswärtige Ehegatte gemeldet ist. Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der externen Schlüsseltabelle 36: <i>Amtlicher Gemeindeschlüssel</i> auf Seite 873 .				
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	2.4.3	118

7.5.19 Antwort auf die Anfrage der IdNr eines auswärtigen Ehegatten

Nachricht: `datenuebermittlung.antwortidnrauswaertigerehegatte.0519`

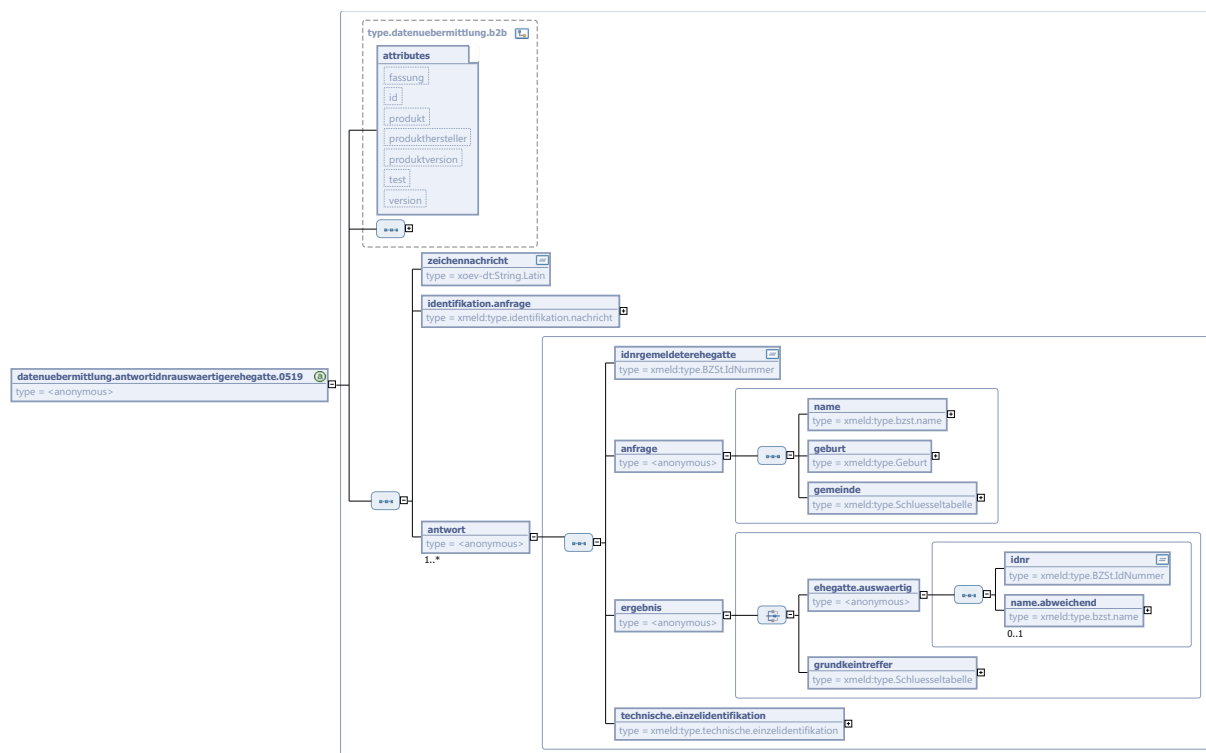
Mit dieser Nachricht beantwortet das Bundeszentralamt für Steuern eine Anfrage der IdNr eines auswärtigen Ehegatten (Nachricht `datenuebermittlung.anfrageidnrauswaertigerehegatte.0518`)

Die Verarbeitung dieser Nachricht in der Meldebehörde soll in der Regel automatisiert ohne Einbeziehung des Sachbearbeiters erfolgen (vgl. [Abschnitt 7.3.1.1 auf Seite 421](#)).

Mit dem Erhalt dieser Nachricht ist der Prozess abgeschlossen. Sollte die Antwortnachricht auf eine nicht (mehr) zuständige Meldebehörde treffen, so ist die Nachricht zu ignorieren.

Wie alle Änderungen an den an das BZSt zu übermittelnden Daten hat auch die Hinzuspeicherung der IdNr eines Ehegatten eine Nachricht **datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502** zur Folge.

Bild 7-38 datenuebermittlung.antwortidnrauswaertigerehegatte.0519



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps **type.datenuebermittlung.b2b** (siehe [Abschnitt 2.2.3.2 auf Seite 93](#)).

Kindelemente von datenuebermittlung.antwortidnrauswaertigerehegatte.0519				
Kindelement	Typ	Anz.	Ref.	Seite
zeichennachricht	String.Latin	1	J.1	
Zeichenkette, mit der die von der Meldebehörde gesendete, Anfragenachricht identifiziert werden kann				
identifikation.anfrage	type.identifikation.nachricht	1	2.3.11	114
Die Identifikation der Anfrage, die mit dieser Nachricht beantwortet wird.				
antwort		1..n		
Die einzelne Antwort innerhalb der Sammelnachricht.				
idnrgemeldeterehegatte	type.BZSt.IdNummer	1	1.3.18	45
anfrage		1		
Die Identifikationsdaten zum auswärtigen Ehegatten, welche die Meldebehörde in der zugrundliegenden Nachricht datenuebermittlung.anfrageidnrauswaertigerehegatte.0518 verwendet hat.				
name	type.bzst.name	1	7.4.6	440
geburt	type.Geburt	1	1.3.5	33

Kindelemente von datenuebermittlung.antwortidnrauswaertigerehegatte.0519					
Kindelement		Typ	Anz.	Ref.	Seite
	gemeinde	type.Schluesseltabelle	1		
	ergebnis		1		
	<p>Die Antwort des BZSt auf die Anfrage.</p> <p>Eine IdNr für den auswärtigen Ehegatten wird nur übermittelt, wenn die Suche in der IdNr-Datenbank anhand der übermittelten Identifikationsdaten exakt einen Treffer geliefert hat. Andernfalls wird anhand der Schlüsseltabelle 83 der Grund mitgeteilt, warum keine IdNr übermittelt wird.</p>				
	ehegatte.auswaertig		1		
	<p>Die vom BZSt ermittelte IdNr des auswärtigen Ehegatten. Weicht der im BZSt gespeicherte Name zu der Person vom in der Anfrage übermittelten Namen ab, wird auch der abweichende Name (Vornamen und der Familienname) übermittelt.</p>				
	idnr	type.BZSt.IdNummer	1	1.3.18	45
	name.abweichend	type.bzst.name	0..1	7.4.6	440
	grundkeintreffer	type.Schluesseltabelle	1		
	technische.einzelidentifikation	type.technische.einzelidentifikation	1	2.4.3	118

7.6 Rahmenbedingungen

Verbindliche Vorgaben für die Übermittlungen von Nachrichten gemäß § 139b AO mittels OSCI-Transport sind in [Abschnitt F auf Seite 1138](#) zu finden.

7.7 Versionshistorie

In diesem Abschnitt beschreiben wir die Versionshistorie der Nachrichten-Hauptgruppe *Bundeszentralamt für Steuern*.

7.7.1 Release OSCI-XMeld 1.7

CR 2010-37: Umstellung Zeichensatz auf Unicode

Die ab dem 01.11.2011 geforderte Umstellung des Zeichensatzes wurde durch Einführung von `String.Latin` realisiert.

CR 2010-3: Tagesaktuelle Lieferung der Nachricht 0502 für den Elternteil bei Volljährigkeit des Kindes

Der Abschnitt 7.5.3 wurde ergänzt. Im Fall der Volljährigkeit eines Kindes ist es vertretbar, von der tagesaktuellen Lieferung der Nachricht 0502 abzuweichen, wenn es sich um den einzigen Übermittlungsgrund handelt. Aus wirtschaftlichen Gründen kann ein monatlicher Rythmus für die Datenübermittlung gewählt werden.

CR 2010-4: Quittierung des Erhalts von Auskunftssperren durch das BZSt

Werden Übermittlungssperren mit dem Schlüssel 1 oder 3 an das BZSt übermittelt, so hat das BZSt diese entsprechend dem, in OSCI-XMeld 1.6 erstmalig eingeführten, einheitlichen Verfahren zu quittieren. Dies ist in Abschnitt 7.3.14 beschrieben.

CR 2010-5: Erklärung der Nichtzuständigkeit bei Erhalt der Nachricht 0517

In Abschnitt 7.3.1.2 wurde der Hinweis aufgenommen, dass bei Erhalt der Nachricht 0517 eine Nachricht 0513 zu versenden ist, wenn die Meldbehörde für die betroffene Person nicht zuständig ist. Der gleiche Hinweis wurde bei der Dokumentation der Nachricht 0517 sowie bei der Nachricht 0513 aufgenommen. Ein Hinweis zu den gültigen Schlüsseln der Schlüsseltabelle 0 wurde beim Element `ursprungsnachricht` für den Schlüssel 0517 gemacht. Zusätzlich dazu wurde auch ein Hinweis zum Schlüssel 0516 aufgenommen, der zu Release 1.6 versehentlich nicht aufgenommen wurde.

CR 2010-6: Abschaffung der Nachricht 0506

Die Nachricht 0506 wird voraussichtlich zu Release H entfernt. Dies wurde bereits zu diesem Release kenntlich gemacht.

CR 2010-7: manuelle Übernahme von IdNrn

Bei der Dokumentation der Nachricht 0506 wurde der Hinweis aufgenommen, dass das Versenden der Nachricht immer zur Stilllegung der IdNr führt, woraufhin ein Schreiben an den Bürger versandt wird. Es ist der gleiche Hinweis, der bereits bei der Nachricht 0507 vorhanden ist.

CR 2010-9: Entfernen der Nachricht 0505 aus der Spezifikation

Die Nachricht 0505 wurde komplett aus der Spezifikation entfernt, da diese nur in der Phase der Erstvergabe der IdNr verwendet wurde. Alle betroffenen Stellen in Kapitel 7 wurden textuell angepasst. Ebenfalls wurde bei den Dokumentationen der Nachrichten 0509 und 0511 der Hinweis auf die Nachricht 0505 entfernt.

CR 2010-10: Änderung der Kardinalität des Kindelementes `uebermittlungssperre` in `type.bzst.bruttomelddaten` auf 0..3

Die Kardinalität des Kindelementes `uebermittlungssperre` in `type.bzst.bruttomelddaten` wird auf 0..3 geändert, da in der Realität bis zu drei unterschiedliche Übermittlungssperren in einer Nachricht mitgeteilt werden können.

CR 2010-11: Versenden der Nachricht 0515

Die Anwendungsfälle für das Versenden der Nachricht 0515 wurden reduziert. Abschnitt 7.3.15 sowie die Dokumentation der Nachrichten 0515 (inkl. eines neuen Titels) und 0502 wurden daher überarbeitet.

CR 2010-13: Stornierung Auslandszuzug

Durch die Aufnahme des Schlüssels 09 in Schlüsseltabelle 48 kann die Regelung in Tabelle 7-4 angepasst werden: Im zweiten Tabelleneintrag wird in der Spalte *Umsetzung* statt des Schlüssels 01 zukünftig der Schlüssel 09 übermittelt.

CR 2010-15: Einarbeitung von Erkenntnissen aus der sog. "BZSt-Nachrichtenmatrix"

Die Einarbeitung der zwischenzeitlich im BZSt entwickelten Nachrichtenmatrix ist nicht mehr erforderlich. Allerdings haben Erkenntnisse daraus zu Überarbeitungen in Abschnitt 7.3.2 sowie Abschnitt 7.3.13 geführt.

CR 2010-17: Konkretisierung der Dokumentation der Einbindung von `identifikation.bzst` in Nachricht 0508

An der Einbindungsstelle von `identifikation.bzst` in der Nachricht 0508 wurden ein Kommentar sowie ein Umsetzungshinweis aufgenommen. (Die beiden letzten Sätze des Umsetzungshinweises wurden auch direkt beim Schlüssel 30001 in Tabelle 7-2 aufgenommen.)

In diesem CR wurde ebenfalls festgelegt, in Abschnitt 7.4.10.3 eine Konkretisierung bzgl. der zu liefernden Anschrift vorzunehmen. Dies ist erfolgt. (Es wird die *letzte* Anschrift mitgeteilt.)

CR 2010-21: Verwendung administrativer Nachrichten im Kontext BZSt

Der Abschnitt 7.3.3 wurde grundsätzlich überarbeitet, um die Verwendung administrativer Nachricht im Kontext BZSt besser darzustellen.

CR 2010-25: Anpassungen der Nachrichten aufgrund der Nachrichtenkopfvereinfachungen

Die Nachrichtenkopfvereinfachungen führten bei 20 Nachrichten zu Anpassungen.

CR 2010-58: Steueridentifikationsnummer mit führender Null in Testfällen und Referenznachrichten

In dem Abschnitt 7.2.2.1 zur Prüfziffernberechnung der IdNr wurde folgende Ergänzung vorgenommen: Für Testzwecke ist vom BZSt ein eigener Nummernkreis von IdNr'n vorgesehen. IdNr'n zu Testzwecken beginnen zur Unterscheidung von produktiven IdNr'n immer mit einer Null (0). Diese IdNr'n werden beispielsweise im Test des Elster-Verfahrens und in den XMeld-Referenznachrichten eingesetzt.

CR 2010-59: Umgang mit der Steuernummer bei Transsexuellen

Wie bei Adoptionen (vgl. CR 2009-11-9) gilt auch bei Änderungen des Namens und des Geschlechts aufgrund des Transsexuellengesetzes, dass die IdNr erhalten bleiben muss. Daher ist in diesen Fällen die Nachricht 0502 zur Übermittlung der Änderungen zu verwenden. Eine Abmeldung per Nachricht 0510 mit anschließender Neuanlage per Nachricht 0500 ist nicht zulässig.

CR 2010-80: Einführung des neuen Datentyps `type.bzst.name`

Die in § 5c 2. BMeldDÜV aufgeführten DSMeld-Blätter mit Namensbezug stellen eine Untermenge des allg. Datentyps `type.NameNatuerlichePerson` dar. Daher wird der neue, entsprechend modellierte Datentyp `type.bzst.name` eingeführt und an allen relevanten Stellen statt des bisherigen Datentyps eingesetzt:

- `type.identifikation.bzst` (Nachrichten 0501, 0508)
- `type.bzst.bruttomelddaten` (Nachrichten 0500, 0502, 0504, 0515)
- `type.bzst.konfliktfall.person` (Nachrichten 0503, 0511)
- Nachrichten 0514, 0516, 0518, 0519 (direkt)

CR 2010-82: Unstimmigkeit zwischen Familienstand und Steueridentifikation des Ehegatten

Die Steueridentifikation des Ehegatten darf nur übermittelt werden, wenn als Familienstand 'VH' geführt wird. Die Dokumentation in Abschnitt 7.4.12.7 wurde entsprechend ergänzt.

CR 2010-87: BZSt Sonderfall der Korrektur eines Sterbedatums

Abschnitt 7.3.9 angepasst (Sonderfall Korrektur des Sterbedatums entfernt).

Abschnitt 7.3.11 (Korrektur des Sterbedatums) hinzugefügt.

Bild 7-7 (Ablauf Korrektur Sterbedatums) hinzugefügt.

Abschnitt 7.5.10 (Mitteilung, dass eine Person zu Recht im Melderegister geführt wird) ergänzt um die Fälle, in denen die Nachricht 0509 nicht zulässig ist.

Abschnitt 7.5.11 (Mitteilung einer Meldebehörde über das Ende der Zuständigkeit für einen Steuerpflichtigen) angepasst. Die Nachricht ist nun als Brutto-Nachricht realisiert.

CR 2010-91: BZSt-Kapitel, redaktionelle Anmerkungen

In der Versionshistorie zu OSCI–XMeld 1.6 hat sich bei der Bearbeitung von CR 2009-11-9 *Vorgehen bei Adoptionen* ein Fehler eingeschlichen. Korrekt muss der zweite Satz lauten:

“Der Versand einer `datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510` mit anschließender Neu-Anforderung per `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500` ist nicht zulässig.”

Der Eintrag wurde entsprechend verbessert.

In Abschnitt 7.3.2.1 wurde zur besseren Lesbarkeit das Wort "bei" hinter Meldebehörde eingefügt.

CR 2010-98: Quittungsnachricht für die erfolgreiche Einarbeitung der Nachricht 0512

- Abschnitt 7.2.3 wurde angepasst.
- Bild 7-2 wurde angepasst.
- Abschnitt 7.3.12.1 wurde angepasst.
- Abschnitt 7.5.2 wurde angepasst.
- Abschnitt 7.5.13 wurde angepasst.

CR 2010-111: Beginn der IdNr mit den Ziffern '1', '2' oder '3'

In Abschnitt 7.2.2.1 wurde der Satz zum Beginn der IdNr mit den Ziffern '1', '2' oder '3' gelöscht.

CR 2010-116: Korrektur der Darstellung des Ablaufs zur Nachricht 0509 Bild 7-2 stellte den Prozess fälschlicherweise so dar, als würde eine Nachricht 0509 nicht grundsätzlich zur Vergabe einer neuen IdNr führen. Dies ist aber der Fall. Bild 7-2 wurde entsprechend angepasst.**7.7.2 Release OSCI-XMeld 1.6.1****CR 2010-2: Maschinelles Verfahren zur Anfrage der IdNr des auswärtigen Ehegatten im BZSt**

Um die IdNr des auswärtigen Ehegatten speichern zu können, benötigen die Meldebehörden eine Anfragemöglichkeit beim Bundeszentralamt für Steuern. Mit den Nachrichten `datenuebermittlung.anfrageidnrauswaertigerehegatte.0518` und `datenuebermittlung.antwortidnrauswaertigerehegatte.0519` wird ein solches Verfahren geschaffen. Der neue Abschnitt "7.3.1.1 – Anfrage der IdNr für den auswärtigen Ehegatten" wurde vor dem bisherigen Abschnitt 7.3.1.1 eingefügt.

7.7.3 Release OSCI-XMeld 1.6**CR 2009-6-17: Regelung der zulässigen Kombinationen aus IdNr und vorläufigem Bearbeitungsmerkmal im Schema**

In den Nachrichten 0500, 0506 und 0509 wurde das Element `steueridentifikation` vom Typ `type.Steueridentifikation` durch das Kindelement `vbm` vom Typ `type.BZSt.VBM` ersetzt. Bei den Nachrichten wurden dementsprechend die Dokumentationen angepasst.

In Nachricht 0501 wurde das Kindelement `steueridentifikation` vom Typ `type.Steueridentifikation` durch die beiden Kindelemente `vbm` vom Typ `type.BZSt.VBM` und `idnr` vom Typ `type.BZSt.IdNummer` ersetzt.

In Nachricht 0512 wurde das Kindelement `id.storniert` vom Typ `type.Steueridentifikation` durch das Kindelement `vbm.storniert` vom Typ `type.BZSt.VBM` ersetzt. Das Kindelement `id.weiterhin.geltend` wurde in `steueridentifikation.weiterhin.geltend` umbenannt. Zudem wurde die Dokumentation entsprechend angepasst.

Aus dem Datentyp `type.Steueridentifikation` wurde ein Choice gemacht (siehe [Abschnitt 1.12.2 auf Seite 84](#)).

Obwohl in den Nachrichten 503, 505 und 511 nur das vorläufige Bearbeitungsmerkmal zulässig ist, wurden die entsprechenden Elemente nicht angepasst, da der verwendete Datentyp `type.bzst.konfliktfall.person` noch in anderen Nachrichten Verwendung findet. Von einer Anpassung der Nachrichten 503, 505 und 511 wurde aufgrund des zu hohen Änderungsaufwand an der Spezifikation abgesehen. Bei der Nachricht 0511 wurde die Dokumentation jedoch dahingehend angepasst, dass nur noch das VBM zulässig ist.

CR 2009-6-25: Änderung der Darstellung der Zugehörigkeit zu einer Steuer erhebenden Religionsgemeinschaft im DSMeld

Durch die Anpassung des DSMeld-Felds 1101 werden im Länderübergreifenden Datenaustausch künftig nur noch Steuer erhebende Religionsgemeinschaften übermittelt. Dies entspricht der Schlüsseltabelle 25 (Religion). Der neue Datentyp `type.bzst.religion`, der eine Einschränkung des Baukasten-Datentyps `type.religion` ist, bildet dies ab.

CR 2009-11-2: Nachricht 0508 mit fehlerhafter Nachricht

Die Nachricht `datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508` wurde um das Kindelement `identifikation.ausloeser` erweitert, welches die Elemente `nachrichtenummer`, `erstellungszeitpunkt`, `tagesvorgangszaeher` und `technischeeinzelidentifikation` beinhaltet, in denen das Bundeszentralamt für Steuern Informationen zur Ursprungsnachricht an die Meldebehörde mitliefern kann.

Die Abschnitte [Abschnitt 7.3.3.1 auf Seite 426](#), [Abschnitt 7.3.4 auf Seite 427](#) bzw. [Abschnitt 7.3.4.1 auf Seite 427](#) wurden komplett überarbeitet. Die Verwendungen der Nachrichten 0902 und `datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508` wurde in den genannten Abschnitten sowie in der Dokumentation der Nachricht 0508 klarer gefasst.

CR 2009-11-4: Plausibilität "Geburtsdatum" bei den Nachrichten an das BZSt

In die Nachricht `datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508` wurde das Kindelement `tagedergeburt.bzst` aufgenommen. Im Falle, dass das BZSt eine Nachricht aufgrund des Fehlercodes 30016 abweist, kann das im BZSt gespeicherte Geburtsdatum mitgeliefert werden. Dieses kann beim erneuten Senden der abgewiesenen Nachricht zur Plausibilisierung der Steueridentifikation von den Meldebehörden verwendet werden. Ein entsprechender Hinweis wurde beim Datentyp `type.plausibilitaetsteuerepflichtiger`, bei `datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508` und in der Tabelle in [Abschnitt 7.3.4.1 auf Seite 427](#) aufgenommen.

CR 2009-11-8: Quittungsnachricht für die Nachricht 0501

Die erfolgreiche Speicherung der IdNr in dem Melderegister infolge der Nachricht 0501 ist zukünftig per Quittungsnachricht (Nachricht 0921) der Ebene 5 an das BZSt zu quittieren. Der [Abschnitt 7.3.16 auf Seite 439](#) wurde zur näheren Erläuterung aufgenommen. Zudem wurde ein Hinweis bei der Nachricht 0501 und das Prozessmodell zum laufenden Betrieb ([Bild 7-2 auf Seite 424](#)) wurde um die Quittungsnachricht ergänzt.

CR 2009-11-9: Vorgehen bei Adoptionen

Auch bei Adoptionen muss die Namensänderung per `datenuebermittlung.aenderungsteuerepflichtiger.0502` übermittelt werden, damit die IdNr für die Person erhalten bleibt. Der Versand einer `datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerepflichtiger.0510` mit anschließender Neu-Anforderung per `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500` ist nicht zulässig. Die Dokumentation der Nachrichten wurden entsprechend ergänzt. Zudem wurde die Übermittlungssperre nach § 21 Abs. 7 Nr. 1 MRRG beim Element `uebermittlungssperre` sowie [Abschnitt 7.3.14 auf Seite 438](#) ergänzt.

CR 2009-11-10: Probleme mit der 1..*-Kardinalität der erreichbaren Meldebehörde im Datentyp `type.bzst.konfliktfall.person`

Bei der Nachricht 0503 wurde ein Umsetzungshinweis aufgenommen, dass bei Fehlen der `ORGANISATIONSEINHEIT` und der `Hierarchieebene unbekannt` bzw. 999 zu übermitteln ist.

CR 2009-11-12: Präzisierung der Dokumentation zu `datenuebermittlung.stornierungperson.0507`

Die Dokumentation der Nachricht `datenuebermittlung.stornierungperson.0507` wurde überarbeitet. Zudem wird der Komplex *„Zurücknahme der Anforderung einer Steueridentifikation oder einer Zuständigkeitserklärung gegenüber dem BZSt“* nun in [Abschnitt 7.3.6 auf Seite 433](#) in tabellarischer Form erläutert.

CR 2009-11-13: Erweiterung der Nachrichten aus Kapitel 7 um die Datenübermittlung gemäß § 39e Abs. 2 EStG

Die Dokumentation sowie Bilder und Tabellen des Kapitels 7 wurden um die Datenübermittlung nach § 39e EStG erweitert. Die Abschnitte [Abschnitt 7.3.1.2 auf Seite 422](#) und [Abschnitt 7.3.4.2 auf Seite 430](#) wurden neu eingefügt.

Die gemäß § 139b Abs. 6 Nr. 1-10 AO und § 39e Abs. 2 Nr. 1-3 EStG zu übermittelnden Daten wurden im neuen Datentyp `type.bzst.bruttomelddaten` zusammengefasst und in den Nachrichten 0500, 0502, 0504 und 0515 verwendet.

Es wurden zwei neue Nachrichten `datenuebermittlung.hinweisaufinkonsistenz.0516` und `datenuebermittlung.zuteilungidnrehegatteausserhalb.0517` wurden hinzugefügt. Die Dokumentation der Nachricht 0513 wurde auf Grund der neuen Nachricht 0516 angepasst.

CR 2009-11-15: `type.identifikation.bzst` in Nachricht `datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508` als Reaktion auf Nettonachrichten ohne Grunddatensatz

In [Abschnitt 7.3.4.1 auf Seite 427](#) wurde der Hinweis aufgenommen, dass im Falle, dass im BZSt kein Grunddatensatz zu einer fehlerhaften Nettonachricht (z.B. 509) vorliegt, in der Nachricht 0508 keine Identifikationsdaten geliefert werden können. Die Kindelemente `familiennamen` und `vornamen` werden in diesem Fall mit „nicht bekannt“ und das Kindelement `tagdergeburt` mit „0000-00-00“ befüllt.

CR 2009-11-16: Datentypen `type.bzst.familienstand` und `type.plausibilisierte.steu-eridentifikationim laufenden Betrieb` verwenden

Die Datentypen `type.bzst.familienstand` sowie `type.bzst.plausibilisiertesteu-eridentifikation`, die in OSCI-XMeld 1.5 in Kapitel 13 verwendet wurden, wurden zum laufenden Betrieb in Kapitel 7 verschoben.

CR 2009-11-19: `type.steuerpflichtiger` entfernen

Der Datentyp `type.steuerpflichtiger` wurde in keiner Nachricht verwendet, entsprach nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten und wurde aus der Spezifikation entfernt.

CR 2009-11-22: Schlüsseltabelle 46 überarbeiten

Die Schlüsseltabelle 46 wurde um einen neuen Schlüssel 06 erweitert. Die Semantik dieses Schlüssels wird in [Abschnitt 7.3.12 auf Seite 437](#) erläutert. Zudem wurde in [Abschnitt 7.3.9 auf Seite 435](#) die Schlüsselangabe 05 für „Neuanforderung IdNr wegen Rücknahme der Nichtzuständigkeit“ in 04 und die Schlüsselangabe 06 in [Abschnitt 7.3.10 auf Seite 435](#) in 05 korrigiert.

CR 2009-11-23: Überarbeitung der Dokumentation aus Kapitel 7, Entfernen der Erstvergabe

Aus der Dokumentation zu Kapitel 7 wurde die Erstvergabe der IdNr entfernt. Zudem wurde die Dokumentation für den laufenden Betrieb überarbeitet.

CR 2009-11-26: Korrektur Bezeichnung `bzst.konfliktfall.person`

An einigen Stellen des Kapitels wurde der Datentyp `type.bzst.konfliktfall.person` fälschlicherweise `type.bzst.139b.ao.konfliktfall.person` genannt. Dieser Fehler wurde korrigiert.

7.7.4 Release OSCI-XMeld 1.5

CR 2009-6-7: Nachrichten 0500, 0502, 0504 und 0515: Postfachangaben in `ruecksendeinfo-nichtzustellbarkeit`

Das betroffene Kindelement wurde um einen Umsetzungshinweis ergänzt.

Aufnahme der Nachrichtenübersichtstabelle

In [Abschnitt 7.5 auf Seite 455](#) wurde die Nachrichtenübersichtstabelle ergänzt.

CR 2009-11-6: Ungültige Schlüsselangaben in Nachricht 0500 (Kindelement anforderungsidnr, Abschnitt 7.5.1.2.1)

Die (fehlerhafte) Aufzählung der Schlüsselwerte wurde gelöscht. Über die Seitenangabe und den Hyperlink ist der direkte Zugriff auf die Schlüssel der Tabelle 46 möglich.

CR 2009-17-1: Redaktionelle Überarbeitung des Kapitels

Die vorgesehene redaktionelle Überarbeitung des Kapitels wird erst im Rahmen von OSCI-XMeld 1.6 erfolgen. Es wurde ausschließlich ein Hinweis zur Amtshilfe der Meldebehörden im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Briefe bei der Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung an den Bürger in [Abschnitt 7.3.2.2 auf Seite 425](#) aufgenommen.

7.7.5 Release OSCI-XMeld 1.4**CR 37-1: Erweiterung der Schlüsseltabelle 61 für die Nachrichten 0514**

Die Schlüsseltabelle 61 wurde um die beiden Schlüssel "6 – Anforderung IdNr zurückgezogen" und "7 – Person im Melderegister nicht gefunden" ergänzt.

CRs 37-14, 45-4: Pattern erinnerungsstatus

Bei der Übermittlung dieses Kindelementes sind nur noch folgende Werte erlaubt:

- "00"
- "1E" (1. Erinnerung)
- "2E" (2. Erinnerung)

CR 37-6: Begrenzung von Länge und Inhalt des simpleTypes zeicheneinzelfall (verwendet in den Nachrichten 0500, 0502, 0504, 0506, 0508, 0510 und 0514)

Bei diesem Element dürfen maximal nur noch 25 Zeichen übermittelt werden. Außer den Zeichen A..Z, a..z sowie den Ziffern 0..9 sind maximal zwei Sonderzeichen erlaubt. Umlaute und das "ß" gelten als Sonderzeichen.

CR 37-18, CR 37-26: Konkretisierung des Zuständigkeitsdatums in Nachricht 0504

In Nachricht datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504 ist der Kommentar des Kindelementes zustaeendigkeitsdatum überarbeitet worden: Das Datum des Wohnungsstatuswechsels ist als Zuständigkeitsdatum zu übermitteln.

CR 37-11: Neuer Umsetzungshinweis in Nachricht 0503

Es muss mindestens eine aktive oder eine inaktive Person innerhalb eines Konfliktfalls übermittelt werden. Es gibt keine Situation, bei der beide Elemente leer sind.

Mindestens zwei Personen innerhalb eines Konfliktfalls in Nachricht 0505

Da in Nachricht datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505 je Konfliktfall mindestens zwei Personen übermittelt werden müssen, wurde die Kardinalität des Kindelementes konfliktfall.person von 1..n auf 2..n geändert.

CR 37-12: Korrektur der Kommentare des Kindelementes name in den Nachrichten 0500, 0502, 0504 und 0514 wg. fehlendem Hinweis auf Ehe-/LP-Name

In den Nachrichten datenuebermittlung.anforderungidnr.0500, datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502, datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504 und datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514 ist der Kommentar des Kindelementes name korrigiert worden.

In diesem Zusammenhang wurde die Tabelle 7-1 angepasst sowie ein entsprechender Rechtshinweis aufgenommen (beides in [Abschnitt 7.1 auf Seite 415](#)).

CR 37-16 / Nachrichten 0500/0502/0504: Ausschließliche Übermittlung von Auskunftssperren, deren Befristungsdatum *nicht* in der Vergangenheit liegt

Anpassung des Kommentars des Kindelementes `uebermittlungssperre` bei den genannten Nachrichten: Es dürfen ausschließlich Auskunftssperren übermittelt werden, deren Befristungsdatum nicht in der Vergangenheit liegt.

CR 37-21, CR 37-13: Erreichbarkeit der Meldebehörde im `type.bzst.konfliktfall.person`

Eine Meldebehörde muss im Konfliktfall immer erreichbar sein. Daher wurde der neue Datentyp `type.Erreichbare.Meldebehoerde` als Kindelement `meldebehoerde` verwendet. Das Kindelement `type.Erreichbarkeit` ist damit obsolet und kann gelöscht werden.

CR 37-3: Umgang mit der Umbenennung von Straßen und Orten

Folgende Änderungen haben sich in diesem Zusammenhang ergeben:

- Nachricht 0502: Anpassung der Dokumentation um herauszustellen, dass diese Nachricht nicht verwendet wird, wenn sie AGS oder Gemeindename ändern. In diesen Fällen ist die (neue) Nachricht 0515 zu verwenden.
- Nachricht 0515: Diese neue Nachricht ist zu verwenden, wenn dem BZSt Änderungen mitzuteilen sind, die auch den AGS und/oder den amtl. Gemeindennamen betreffen. Die Nachricht wird in der Beschreibung des Prozessmodells zum *laufenden Betrieb* (siehe Abschnitt 7.3) berücksichtigt.

CR 37-10: Nachricht 0503 strukturell überarbeitet wg. Häufigkeit der Personen

Die Struktur wurde so überarbeitet, dass außer der den Konflikt auslösenden Person immer mindestens eine weitere (aktive oder inaktive) Person am Konflikt beteiligt ist.

Nachricht 0510 / Pseudo-Gemeindeschlüssel nicht an das BZSt übermitteln

Nachricht 0510 wurde um einen Umsetzungshinweis mit folgendem Text ergänzt: 'Bei Vorliegen eines Pseudo-AGS ("*nach unbekannt*", "*auf See*", "*auf Reisen*", etc) ist dieser nicht zu übermitteln.'

CR 37-35: Novellierung SGB IV: Übermittlung des früheren Gemeindennamens

Anpassungen an verschiedenen Stellen inkl. Erweiterung des `anschrift`-Umsetzungshinweises in den Nachrichten 0500, 0502, 0504, 0510, 0511, 0514 und 0515: Übermittlung des "*früheren Gemeindennamens*" (DSMeld-Blatt 1204)

CR 34-1: Identifizierung nicht verarbeitbarer Einzelfälle innerhalb von Sammelnachrichten

Um nicht verarbeitbare Einzelfälle innerhalb von Sammelnachrichten identifizieren und qualifizieren zu können, wurde der neue Datentyp `type.technische.einzelidentifikation` in folgenden Sammelnachrichten eingebunden:

- `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500`
- `datenuebermittlung.antwortidnr.0501`
- `datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502`
- `datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503`
- `datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504`
- `datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505`
- `datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506`
- `datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508`
- `datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509`
- `datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510`
- `datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511`
- `datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514`
- `datenuebermittlung.umbenennungagswohnort.0515`

7.7.6 Release OSCI-XMeld 1.3.3

Mindestanforderungen bzgl. Anschriftdaten bei Nachrichten an das BZSt

Bei Anschriften im Geltungsbereich des MRRG sind mindestens der AGS, die Postleitzahl, die Gemeinde und die Straße zu erfassen. In den betroffenen Nachrichten 0500, 0502, 0504, 0510, 0511 und 0514 wurde jeweils ein Umsetzungshinweis beim Kindelement **anschrift** aufgenommen.

Löschen und Aufbewahren von Daten

In [Abschnitt 7.1.1 auf Seite 417](#) wird in einem neuen Passus über das Löschen und Aufbewahren von IdNr/VBM-Daten darauf hingewiesen, dass entsprechende Regelungen auf Landesebene festzulegen sind.

Löschung eines falschen Umsetzungshinweises in Nachricht 0514

Der beim Kindelement **zustandigkeit** der Nachricht 0514 eingetragene Umsetzungshinweis ist falsch und wurde gelöscht.

Gelöschtes Kindelement **antwortstatus** in Nachricht 0501

Da ab OSCI-XMeld 1.3.2a nur noch ein Schlüsselwert (00 – *„Leistung erbracht“*) übermittelt werden durfte, war das Kindelement **antwortstatus** in Nachricht 0501 überflüssig. Daher wurde es gelöscht.

Neuanforderung der IdNr wegen irrtümlich gelöschter IdNr/VBM

Im Falle einer irrtümlich gelöschten IdNr/VBM ist mit dem Schlüssel 06 eine Neuanforderung durchzuführen, sofern die Meldebehörde weiterhin für den Betroffenen zuständig ist, siehe auch [Abschnitt 7.3.10 auf Seite 435](#).

Zuordenbarkeit der Nachrichten 0501 bzw. 0508 nach Löschung IdNr/VBM

Um nach einer meldebehördenseitigen Löschung der IdNr resp. des VBM eingehende 0501- bzw. 0508-Nachrichten zuordnen zu können, wurde der neue Datentyp **type.identifikation.bzst** definiert und in beiden Nachrichten (in Nachricht 0501 an Stelle des bisherigen Kindelementes **type.plausibilitaetsteuerpflichtiger**) verwendet.

Entfall von Ordens-/Künstlernamen

Da durch die Novellierung des MRRG Ordens- und Künstlernamen nicht mehr übermittelt werden dürfen, wurden die entsprechenden Stellen angepasst.

Verbesserte Kommunikation im Konfliktfall

Der Datentyp **bzst.139b.ao.konfliktfall.person** ist um Informationen zur Meldebehörde ergänzt worden, damit eine schnelle Kommunikation im Konfliktfall möglich ist.

CR 37-9: Konkretisierung von Datentypen

Die folgenden Datentypen sind auf Schema-Ebene konkretisiert worden (dies ist noch nicht Modell- und Spezifikationsbestandteil!):

- **IdNr**: Die gesetzliche Grundlage schreibt für die IdNr (§ 139b AO) eine 11-stellige Nummer vor, wobei die letzte Ziffer eine Prüfziffer ist.
- **VBM**: Die Codierung des VBM (Grundlage DSMeld) ist mit einer 20-stelligen Nummer vorzunehmen.
- Die Codierung des **konfliktkennzeichens** ist mit einer 9-stelligen Nummer vorzunehmen.
- Die Codierung der **dublettennummer** ist ebenfalls mit einer 9-stelligen Nummer vorzunehmen.
- Die Codierung der **versionsnummer** ist ebenfalls mit einer 9-stelligen Nummer vorzunehmen.
- Der **erinnerungsstatus** ist zweistellig.

Prüfzifferberechnung für die IdNr

Der Algorithmus für die Prüfzifferberechnung der IdNr wurde aufgenommen.

Löschung der IdNr

Im (neuen) [Abschnitt 7.1.1 auf Seite 417](#) wird die *“Problematik der Löschung der IdNr (bzw. des VBM)”* behandelt und einer Lösung zugeführt.

Angaben zu *“Übermittlungssperren”* und *“Zuständigkeits(ende)daten”*

Diese Daten dürfen ab 01.11.2008 dem BZSt mitgeteilt werden. Die entsprechenden Kindelemente wurden überarbeitet.

In diesem Zusammenhang ist der [Abschnitt 7.3.14 auf Seite 438](#) neu aufgenommen worden.

Klärungstabelle im Übersichtsabschnitt

Der Klärungspunkt ist entfallen, da das BMF die derzeitige Verfahrensweise der Meldebehörden akzeptiert.

7.7.7 Patch OSCI–XMeld 1.3.2a

Angaben zu *“Übermittlungssperren”* und *“Zuständigkeits(ende)daten”*

Diese Daten dürfen derzeit (Juni 2007) nicht dem BZSt mitgeteilt werden. Die entsprechenden Kindelemente wurden als optional gekennzeichnet, da wir davon ausgehen, dass eine entsprechende rechtliche Regelung kommen wird. Im einleitenden Text dieses Kapitels wird auf diesen Sachverhalt hingewiesen.

BZSt-Nachrichtenübersichtstabelle jetzt standardisiert und automatisch generiert

Die bisher in [Abschnitt 7.2 auf Seite 418](#) manuell gepflegte Übersichtstabelle aller BZSt-Nachrichten ist entfallen. Statt dessen gibt es zu Beginn von [Abschnitt 7.5 auf Seite 455](#) eine automatisch generierte Tabelle, so dass die einzelnen Stellen, an denen die BZSt-Nachrichten beschrieben werden, einen identischen Inhalt haben.

Korrektur Rücknahme der Nichtzuständigkeit (inkl. Sonderfall *“Korrektur Sterbedatum”*)

Bisher war davon ausgegangen worden, dass mit der Nachricht `dateneuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510` die Rücknahme der Nichtzuständigkeit (vier Sachverhalte) möglich ist. Dies ist nicht der Fall, da *“Nichtzuständigkeit”* auf Seiten der Meldebehörde bedeutet, dass VBM/IdNr gelöscht werden, so dass zu einem späteren Zeitpunkt diese notwendigen Identifikationsdaten für eine Nachricht `dateneuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510` überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen, so dass die Schlüssel 05 – 08 in Schlüsseltabelle 48 obsolet sind.

Um diesen Sachverhalt zu beschreiben, wurde der neue Abschnitt [Abschnitt 7.3.9 auf Seite 435](#) definiert. Darin werden sowohl die Rücknahme der Nichtzuständigkeit als auch der Sonderfall *“Korrektur Sterbedatum”* behandelt.

Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung

Das Prozessmodell zum Komplex *“Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung”* ist neu, siehe [Abschnitt 7.3.2.2 auf Seite 425](#). In diesem Zusammenhang wurden die beiden Nachrichten `dateneuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513` und `dateneuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514` neu erarbeitet. Dabei wurde auch die neue Schlüsseltabelle 61 (*“Zuständigkeit”*) angelegt.

Rückweisung von Nachrichten

Es wurde ein neuer Abschnitt zum Thema *“Rückweisung von Nachrichten”* eingeführt, siehe [Abschnitt 7.3.3.1 auf Seite 426](#).

Überarbeitung *“Plausibilitätsprüfung”*

Dieser Abschnitt wurde überarbeitet, in dem grafischen Prozessmodell die Nachricht 0513 aufgenommen, siehe [Abschnitt 7.3.4 auf Seite 427](#).

Nachricht 0508

Ergänzung des Nachrichtenkommentars: Wenn in einer (beliebigen) Nachricht von einer Meldebehörde an das BZSt im Rahmen der Plausibilitätskontrolle ein Fehler entdeckt wird, so führt dies zu einer Nachricht 0508.

Überarbeitung Nachricht 0511

Aus Vereinheitlichungsgründen wird in Nachricht 0511 statt der Kindelemente `steueridentifikation` und `plausibilitaetsteuerpflichtiger` jetzt das Element `bzst.konfliktfall.person` verwendet.

Kommentaränderung im Element `bzst.konfliktmanagement/versionsnummer`

“Ein Konfliktfall wird nur bei Zuständigkeitswechsel durch Umzug vom BZSt fortgeschrieben. ...”

7.7.8 Release OSCI–XMeld 1.3.2

Aufgrund der vollständigen Überarbeitung dieses Kapitels ist eine detaillierte Versionshistorie nicht sinnvoll. – Das Kapitel sollte daher *wie ein neues* gelesen werden.

7.7.9 Release OSCI–XMeld 1.3.1

In ??? (Hinweis: Dieser Link ist ab OSCI–XMeld 1.3.2 nicht mehr gültig!) wird jetzt die Änderung im Rückmeldungs-Prozessmodell (siehe [Bild 4-1 auf Seite 154](#)) berücksichtigt, aus der hervorgeht, dass immer eine Rückmeldungsauswertungsnachricht `rueckmeldung.auswertung.0203` geschickt wird.

7.7.10 Release OSCI–XMeld 1.3.0

Die Namensänderung des “Bundesamtes für Finanzen” in “Bundeszentralamt für Steuern” ab 01.01.2006 wurde überall berücksichtigt. Damit verbunden waren Änderungen sowohl in den beschreibenden Texten als auch auf struktureller Ebene.

7.7.11 Release OSCI–XMeld 1.3

In den Nachrichten `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500`, `datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502` und `datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504` wurde mit Hilfe eines entsprechenden Attributes (*ruecksendeinforichtzustellbarkeit*) dafür Sorge getragen, dass bei Nichtzustellbarkeit eines vom BZSt verschickten Briefes eine Weiterleitung an die jeweils zuständige Meldebehörde erfolgt.

7.7.12 Release OSCI–XMeld 1.2

Die Nachrichten-Hauptgruppe *Bundeszentralamt für Steuern* ist im Rahmen des Projektes OSCI–XMeld 1.2 neu entwickelt worden. Da der Datenaustausch gemäß § 139b AO ganz neu entwickelt werden musste, und da auf Seiten des BZSt das zugehörige Fachverfahren erst noch aufgebaut wird, ist von Konsolidierungsbedarf auszugehen. Wir gehen davon aus, dass es im ersten Halbjahr 2005 zu Integrationstests kommen wird. Deren Ergebnisse werden für die nächste Version von OSCI–XMeld zu einer Konsolidierung der Nachrichten an das BZSt führen.